

Heft 195

Ausgabe 2 | 2013

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

spow



Entgrenzte Arbeitswelten – ausgebrannte Arbeitnehmer?

Olaf Struck
Psychische Belastungen
– Ursachen, Wirkungen, Maßnahmen

Michael Braun
„Alle ab nach Hause?“
Zur politischen Situation nach
den Wahlen in Italien

Michael R. Krätke
Die Aktualität der Rosa Luxemburg

Interview mit Manuela Schwesig
„Der Arbeitsmarkt muss endlich familien-
freundlicher werden“

Kurzum | von Felix Welti

Demokratie ist Volksherrschaft. Aber wer ist das Volk? – Wir sind es. Aber wie stellen wir uns als herrschende Bürgerinnen und Bürger vor? Marktkonforme Demokratie hat das Leitbild homo oeconomicus, vereinzelt entscheidend, um Nutzen zu maximieren. Homines oeconomici sind Klienten, Wählermarkt. Soziale Demokratie hat das Leitbild gesellschaftlicher, politischer Menschen, die Gesellschaft in Familie, Gemeinde und Betrieb, Beruf und Verein gestalten. Sie sind Freie und Gleiche, mit Verantwortung und Eigensinn. Homines oeconomici sind in der Politik anonym. Mit ihrer Stimme geben sie die Verantwortung ab. Demoskopie ist politische Marktforschung. Marktkonforme Demokratie modernisiert sich wie der Handel, vom Stammkunden zum Online-Shop: Anonyme Abstimmungen und flüssige Rückkopplungen beschleunigen das Geschäft. Politische Menschen gestalten Lebensbereiche in Gemeinschaft mit Menschen, die sie sich nicht jeden Tag neu aussuchen. Sie erkennen andere an, indem sie sich offen mit ihnen auseinandersetzen.

Kurzum: Politische Menschen in der sozialen Demokratie sind keine käuflichen Klienten. Demokratie ist kein Konsumgut, sondern Koproduktion.

Demokratie ist Volksherrschaft. Aber wen beherrscht das Volk? Sich selbst, uns alle. Soziale Demokratie hat kein unbeherrschtes Volk mit schrankenloser Freiheit zum Waffentragen und zur Beleidigung. Was früher die Latrinensparole war, ist heute der anonyme Shitstorm im Internet. Privat gibt es auch Kommunikation ohne Ernst und Verantwortung. Als Leitbild der öffentlichen Sphäre einer sozialen Demokratie taugt sie nicht.

Ein Volk, das sich beherrscht, ist kein Volk von Wutbürgerinnen und -bürgern. Mit den Regeln rechtsstaatlicher sozialer Demokratie soll sich auch ein Volk von Teufelchen selbst regieren können, weil sie miteinander beraten



↳ Dr. Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Institut Sozialwesen des Fachbereichs Humanwissenschaften und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto:privat

und entscheiden, sich als gleiche anerkennen müssen. Wer Politik „von oben“ mit Geschäftsgeheimnis und Werbung wie ein Unternehmen behandelt und sich „von unten“ nur als betrogenes Opfer geriert, macht Demokratie marktähnlich, aber nicht sozial.

Kurzum: Politische Menschen in der sozialen Demokratie müssen zur Kooperation bereit sein, Meinungen und Informationen mitteilen, das Geteilte mit Respekt behandeln.

Demokratie ist Volksherrschaft. Aber wie herrscht das Volk? In der rechtsstaatlichen, föderalen und sozialen Demokratie herrscht es nicht absolut. Die Regeln der Verfassung und die Vielfalt der Gesellschaft teilen und zähmen seine Gewalten. Demokratie ist nicht widerspruchsfreies Durchregieren einer Mehrheit. In ihr können Widersprüche sich entfalten und bewegen.

Die Grundrechte sollen in einer sozialen Demokratie nicht vor allem den homo oeconomicus entfesseln und die Demokratie marktkonform machen. Wenn die freie Entfaltung jedes Einzelnen Bedingung für die freie Entfaltung aller ist, müssen Grundrechte Freiheit und Gleichheit auch in der Gesellschaft gegen ökonomische Macht sichern und Märkte mit Demokratie und Freiheit vereinbar halten.

Kurzum: Die soziale Demokratie fordert kein absolutes Primat der Politik, sondern gibt auch dem privaten und dem ökonomischen Menschen Raum. Aber sie schützt Freiheit und Gleichheit auch in der ökonomischen Sphäre. ■

■ Meinung

Die Ankunft der globalen Linken in Arabien – Das Weltsozialforum in Tunis | Henrik Meyer 4

„Alle ab nach Hause?“ Zur politischen Situation nach den Wahlen in Italien | Michael Braun 6

Debatte:

Den Wohnungsneubau fördern | Jutta Blankau 8

Warum wir die Bremse ziehen müssen | Maria Vassilakou 9

Eine kurze Erinnerung für ein langes Gedächtnis – Eine Erwiderung auf Ernst-Dieter Rossmann | Axel Schäfer 10

■ ■ Im Fokus: Entgrenzte Arbeitswelten – ausgebrannte Arbeitnehmer?

Einleitung zum Schwerpunkt
| Kai Burmeister, Knut Lambertin, Holger Schoneville 11

Psychische Belastungen – Ursachen, Wirkungen, Maßnahmen
| Olaf Struck 18

Gesundheitsbelastung und Gestaltung der Erwerbsarbeit in Zeiten des demografischen Wandels | Thomas Langhoff 24

Sozial- und Erziehungsberufe unter Stress | Norbert Hocke 33

Black- statt „Crackberry“ – Kleine Betriebsvereinbarung mit großem Potenzial | Frederic Speidel 36

„Der Arbeitsmarkt muss endlich familienfreundlicher werden“
| Interview mit Manuela Schwesig 40

Länderinitiative „Schutz vor Gefährdung durch psychische Belastung bei der Arbeit“ | Rainer Hellbach 43

■ ■ ■ Magazin

Stichwort Wirtschaftspolitik: Managementgehälter – Macht oder ökonomisches Gesetz? | Arne Heise 48

Die aktuelle Zahl: 11 Milliarden | Claudia Bogedan 51

150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

„Ist der Apparat tot, lebt die Bewegung?“
Arkadij Gurland (1904-1979) | Dieter Emig 52

Die Aktualität der Rosa Luxemburg | Michael R. Krätke 58

Eine Staatstheorie des Reformismus? | Michael Wendt 62

Sammelrezension:

Viele Geschichten einer langen Geschichte | Robert von Olberg 65

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Neuerscheinung: Deutschland neu erfinden, spw-Frühjahrsworkshop 24.-25. Mai 2013 70

DL 21 Aktuell 72

Fünf Fragen an... Uta Biermann 73

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Oliver Kaczmarek (Kamen)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Uwe Meinhardt (Stuttgart)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Röspel (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Carsten Sieling (Bremen)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Spies (Marburg)
Michael Vester (Hannover)
Felix Welti (Lübeck)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Ole Erdmann
Björn Hacker
Sebastian Jobelius
Lars Neumann
Michael Reschke
Sarah Ryglewski
Thilo Scholle
Holger Schoneville
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Kai Burmeister
Holger Schoneville

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache
Telefon 0177 - 525 049 8
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,
IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,
BIC: PBNKDEFF, UST.-ID.-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.

Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461-K 5361
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: photocase.de © Janine Wittig
Bildnachweis: S.48 www.fotolia.com
© ferkelraggae.

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Inselhorn
1.-3. Tausend, April 2013

Die Ankunft der globalen Linken in Arabien – Das Weltsozialforum in Tunis

von Henrik Meyer



⇒ Henrik Meyer arbeitet im Referat Globale Politik und Entwicklung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Er koordinierte die Aktivitäten der FES auf dem Weltsozialforum 2013.

Foto: privat

Es war laut auf dem Campus der Universität Manar. Tunis erlebte in der Woche vor Ostern die größte politische Demonstration seit dem Sturz des Regimes Ben Ali vor zwei Jahren. Während aber damals die Menschen ein Ziel vereinte, das die Massen wie aus einer Stimme dem Machthaber „Dégage! – Hau ab!“ entgegenschreien ließ, war der Aufruhr diesmal bunter, mehrstimmiger, diverser – und schwerer zu verstehen. Das Weltsozialforum, das zuletzt 2011 in Dakar die globale Linke versammelt hatte, war auf die andere Seite der Sahara gewechselt und versuchte sich mit seiner Premiere in der arabischen Welt an einem gewagten Experiment.

Weltsozialforen bemühen sich seit ihrem Bestehen um die Quadratur des Kreises: Sie wollen eine Plattform für diverse Anliegen sein bei gleichzeitigem Ringen um ein gemeinsames Projekt; die großen Fragen der globalen sozialen Gerechtigkeit werden mit einer unendlichen Vielzahl regionaler und lokaler Probleme verknüpft; und schlussendlich ist das WSF mit weit über 1.000 Veranstaltungen eine gewaltige Maschinerie, die sich im gleichen Atemzug gegen Organisation und Vermachtung wehrt.

Aus diesen Widersprüchen ergibt sich ein ganz eigener Reiz. Ein ungeordneter Aufschrei aus 50.000 Kehlen gegen globale Ungerechtigkeiten.

Weltsozialforen sind immer Spiegel ihrer Zeit. Als Gegenentwurf zur neoliberalen Konformität konzipiert, greifen sie die Missstände auf und versuchen sich an einem pluralistischen Entwurf einer anderen Welt. Der eigene Entwurf allerdings verlor sich in Tunis häufig im bloß Anklagenden. Dies wiederum deutet auf Zweierlei hin: Negativ gewendet auf das Fehlen des großen, vereinigenden linken Projekts, an dem die Menschen aus aller Welt gemeinsam arbeiten; positiv gewendet auf die Porosität der neoliberalen Front.

Der Gegner der globalen Linken ist heute nicht mehr der monolithische Block des neoliberalen Weltentwurfs, sondern die multiple globale Krise, die ihre Janusköpfe in aller Welt zeigt: Massenarbeitslosigkeit vor allem junger Menschen in Südeuropa, Klimakatastrophen in Entwicklungsländern, nicht zuletzt eine tiefe Demokratiekrise in den Ländern, die durch Finanzmarktverwerfungen ihrer Handlungsfähigkeit beraubt wurden. Mit dieser Vielgesichtigkeit der globalen Krise korrespondieren neue Organisationsformen des globalen Kampfes um soziale Gerechtigkeit. In aller Welt haben sich Menschen zusammengefunden, um in neuen sozialen Bewegungen ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Indignados, Occupy, Y'en a marre – der glühende Kern des sozialen Wandels findet sich heute außerhalb der organisierten Zivilgesellschaft wieder. Diesen in das Weltsozialforum einzubinden war erklärtes Ziel. Ein Ziel, das allerdings in Tunis kaum erreicht worden ist. Die Themen der neuen sozialen Bewegungen fanden sich wieder; die

sozialen Bewegungen selbst blieben aber zum großen Teil dort, wo sie sich konstituierten: In Madrid, New York, Santiago de Chile, Dakar und Tel Aviv.

Das Weltsozialforum hatte – wie jedes Weltsozialforum zuvor – seine eigene Identität. Jenseits der Diskussionen über globale Fragen war das tunesische Element dominierend. Hiermit korrespondiert eine noch viel weiter reichende Entwicklung: Die Inklusion der arabischen Welt in die Diskurse der globalen Linken – nicht mehr nur als Diskussionsobjekt, sondern als Teilnehmer.

Dieser Prozess war, gerade für die etablierte WSF-Gemeinde, mit Reibungen verbunden. Denn die Inklusion einer neuen Weltregion erwies sich wenig überraschend nicht als diskursive Einbahnstraße. Auf der einen Seite wurden in der arabischen Welt in einem vorher nicht gekannten Maße die Diskurse der globalen Linken geführt. Wohl noch nie fanden in solcher Anzahl und solcher Offenheit Diskussionen über die Rechte von Homo-, Bi- und Transsexuellen und anarchistische Gesellschaftsentwürfe statt, wurden die sozio-ökologischen Folgen des Klimawandels und Verwerfungen des Finanzkapitalismus so lautstark angeprangert, wurden strukturelle Jugendarbeitslosigkeit und Rechte indigener Völker so vielstimmig diskutiert.

Auf der anderen Seite sahen sich die WSF-Veteranen mit der Herausforderung konfrontiert, dass Tunesier, Marokkaner und Algerier auch *ihre* Themen diskutierten. Der arabische Frühling, der antiimperialistisch verstandene Kampf um nationale Souveränität, das Ringen um die Bewahrung der erkämpften demokratischen Freiheiten – und eben auch eine glühende Palästinasolidarität, die weit über das hinausging, was auf früheren Weltsozialforen zu sehen war.

Weit über 1.000 Veranstaltungen zählt das Programmheft des Weltsozialforums auf, und

stellt doch nur einen Bruchteil dessen dar, was in Tunesien passierte. Auf dem Campus trafen tunesische Gewerkschafter auf brasilianische Landlose, spanische Sozialisten auf indische Landärzte – aber eben auch syrische Oppositionelle auf Ba'athisten und tunesische Anarchisten auf vereinzelte Salafisten.

Das Weltsozialforum war schon immer so etwas wie eine globale Volksuniversität: Ein Ort, an dem komplexe Probleme vermittelt, auf ihren operativen Kern reduziert und partizipativ diskutiert werden. Häufig, und so auch in diesem Jahr, wurde kritisiert, dass es das Weltsozialforum versäume, politische Diskussionen in kampagnenfähige Erklärungen zu transformieren. Diese Kritik ist jedoch doppelt fehlgeleitet: Das WSF ist seinem Wesen nach multilateral, meinungsplural und inhaltlich divers; jede vereinende Erklärung würde das WSF entweder dieses Charakters berauben oder sich in belangloser Allgemeingültigkeit verlieren. Zum anderen ist die wichtigste Erregungenschaft eines jeden WSF stets der Lernerfolg, der bei den Teilnehmenden erzielt wird.

Die tunesische Zivilgesellschaft hat sich konsolidiert, vernetzt und die eigenen Organisationsstrukturen professionalisiert. Die tausendfachen Kontakte zu anderen Akteuren aus aller Welt werden für Jahre hilfreich sein, das erworbene Wissen wird die tunesischen Diskussionen befruchten. Und auch die globale Zivilgesellschaft geht bereichert hervor: Sie hat mit Tunesien nicht nur einen neuen Mitstreiter gewonnen; sie hat auf nicht immer konfliktfreie Art und Weise gelernt, welche Diskurse auch geführt werden müssen, um das Bild des globalen linken Kampfes zu vervollständigen.

Dennoch stößt das Weltsozialforum inhaltlich an die Grenzen dessen, was es erreichen kann. Der einzigartige Mehrwert in diesem Jahr bestand in der Inklusion der arabischen Welt. Will das Weltsozialform eine Zukunft haben, muss es sich die Frage stellen: Was kommt als Nächstes? ■

„Alle ab nach Hause?“

Zur politischen Situation nach den Wahlen in Italien

von Michael Braun

Die Wahlen des Jahres 2013 werden in Italien als ähnlich tiefer Einschnitt in die Geschichte eingehen wie die Wahlen von 1994. 1994: Damals betrat Silvio Berlusconi die politische Bühne, schlug aus dem Stand eine Linke, die absolut siegesgewiss in den Wahlkampf gegangen war, wurde zum Protagonisten, der die politische Szene des Landes fast 20 Jahre lang beherrschen sollte.

Auch 2013 war die Linke unter Pierluigi Bersani, Chef des Partito Democratico (PD), felsenfest von ihrem Sieg überzeugt gewesen. Die Frage, die intern debattiert wurde, war eigentlich nur: Wie hoch würde der Sieg ausfallen? Und würde er für eine Alleinregierung ausreichen – oder würde der PD auf ein Zusammengehen mit den Zentrumskräften unter Mario Monti angewiesen sein? Umfragen hatten der PD und ihren Bündnispartnern immerhin 35-40 Prozent vorhergesagt; nach dem italienischen Wahlrecht hätte das eine absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus, eine wohl knappere Mehrheit auch im Senat bedeutet.

Doch auch 2013 wurde, wie 1994, die Wahl zur Riesenüberraschung, zum spektakulären Erfolg eines Protagonisten, der gleichsam aus dem Nichts kam, der die Siegeshoffnungen der Linken durchkreuzte, der zum neuen Star der italienischen Politik aufstieg: Beppe Grillo, Chef des Movimento5Stelle (M5S), der „5-Sterne-Bewegung“.

25 Prozent holte diese Bewegung, während sich die Mitte-Links-Allianz mit knapp 30 Prozent bescheiden musste und damit nur hauchdünn vor der Berlusconi-Rechten (ebenfalls knapp 30 Prozent) lag; derweil war der im Ausland mit großer Sympathie betrachtete Mitte-Block unter Monti bei 10 Prozent hängen ge-



☞ Dr. Michael Braun, geboren 1957, Studium und Promotion in Politikwissenschaften, 1985-1995 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Unis Duisburg und Essen, lebt seit 1996 als Journalist in Rom. Er ist Korrespondent der taz, freier Mitarbeiter des WDR sowie Autor der italienischen Zeitschrift „Internazionale“.

Foto: privat

blieben. Statt eines bipolaren Systems, in dem sich Rechts gegen Links gegenüberstanden, wie es Italien in den Berlusconi-Jahren seit 1994 geprägt hatte, sah das Land plötzlich ein System mit drei Polen, die fast gleichauf liegen – und die stabile Regierungsallianzen auf den ersten Blick unmöglich machen.

Und es sah eine Linke, die zwar auf dem Papier arithmetischer Sieger der Wahl wurde, die zugleich aber als moralischer Verlierer dastand. Zwar hält die Mitte-Links-Allianz die absolute Mehrheit in der Kammer, zwar hat sie auch die relative Mehrheit im Senat, doch niemand zweifelt daran, dass sie eine tiefe Schlappe erlitten hat. Bloß 25 Prozent holte der PD: Bei den im Jahr 2008 gegen Berlusconi verlorenen Wahlen waren es noch 33 Prozent gewesen; bloß 30 Prozent holte die gesamte Mitte-Links-Allianz, statt 37 Prozent fünf Jahre zuvor. Vor allem aber musste es die Linke hinnehmen, dass Berlusconi sein x-tes Wiederauferstehungserlebnis feierte und weiterhin ein entscheidender Faktor in der italienischen Politik bleibt.

Noch bitterer aber: Während ihr Berlusconi auf der Rechten erhalten bleibt, erwächst der Linken mit Beppe Grillo ein zweiter starker Gegner. Viel ist über die Gründe seines Erfolges geschrieben worden, beginnend bei dem Ver-

gleich mit Berlusconi. Auch die „Fünf Sterne“ seien populistisch, angeführt durch einen demagogischen Seiteneinsteiger in die Politik, der die Wut auf die etablierten Parteien mobilisiert, hieß es immer wieder. Eine Anti-Euro-Partei sei da am Werk, und auch Berlusconi habe ja mit Anti-Merkel-Rhetorik zu punkten gesucht. Manchmal auch wurde M5S mit den deutschen „Piraten“ verglichen.

Doch scheinbar vorliegende Parallelen – ob mit Berlusconi oder mit den Piraten – bringen in der Analyse nicht weiter, ebenso wenig wie die Fokussierung auf die vorgebliche Anti-Euro-Stoßrichtung, die übrigens im Wahlkampf Grillos und des M5S eine völlig marginale Rolle spielte. Richtig ist, dass Italien eine Wutwahl erlebte, eine Wutwahl mitten in der tiefsten Rezession des Landes seit 1945. Doch schon die Wahrnehmung, da sei eine Protestliste, getragen von der Welle der Empörung, gleichsam von Null auf Hundert gesprungen, eben ganz so wie Berlusconi 1994, greift für Grillos Sieg zu kurz.

Denn anders als die deutschen Piraten ist M5S seit 2007 zunächst langsam, aber stetig vor Ort gewachsen, konnte erst lokale, dann auch regionale Erfolge verbuchen. Zwei Themenfelder spielten bei der Entstehung und Entwicklung der „Fünf Sterne“ eine entscheidende Rolle. Zum einen führten die lokalen Aktivisten immer wieder Kampagnen zu Umweltfragen in ihren Gemeinden, zu Müllverbrennungsanlagen oder kommunalen Bebauungsplänen, zur öffentlichen Wasserversorgung und alternativen Energien. Sie besetzten damit eine Leerstelle: Italien hat keine Grüne Partei von nennenswertem Einfluss.

Und zum anderen stellten sie die Kritik der „Kaste der Politiker“ in den Vordergrund, forderten zum Beispiel den Ausschluss vorbestrafter Politiker aus dem Parlament oder die Begrenzung von Amtszeiten auf zwei Legislaturperioden. Dieses Thema – weit mehr als der Euro – stand denn auch im Mittelpunkt

des letzten Wahlkampfs, mit der alles beherrschenden Losung gegen die Alt-Parteien: „Alle ab nach Hause!“. Eine Losung, die deshalb so gut griff, weil die Italiener einerseits von Rezession und Sparpolitik in der Euro-Krise schwer gebeutelt wurden, weil sie andererseits fast täglich von immer neuen Korruptions- und Selbstbedienungsskandalen in der Politik lesen konnten, Skandalen, die zwar in erster Linie das Berlusconi-Lager trafen, in die aber immer wieder auch Vertreter des Mitte-Links-Lagers verwickelt waren.

Darüber wurde M5S zu einer politischen Kraft, die vom hohen Norden bis hinunter nach Sizilien so homogen wie keine andere Partei Stimmen von fast immer über 20 Prozent gewinnen konnte. Zu einer Partei, die zudem links wie rechts wilderte, die in den Hochburgen der rechtspopulistischen Lega Nord im Norden genauso wie der Linken in Mittelitalien erfolgreich wurde. Zu einer Liste, die Konsens quer durch alle Bevölkerungsschichten zu mobilisieren wusste, vom Studenten über den Unternehmer zum Arbeiter. Besonders gute Resultate erreichte M5S bei den Jungwählern – dort gewann sie nach Auskunft einiger Wahlforscher etwa 50 Prozent –, aber auch in klassischen Krisenregionen oder in den Volksvierteln der großen Städte, wo sie oft genug etwa 35 Prozent erhielt.

Die PD unter Bersani reagierte auf diesen Triumph mit einer weitgehenden Öffnung, bot M5S die Schaffung einer Quasi-Koalition (Stützung einer PD-Minderheitsregierung durch M5S) an. Doch Grillo verweigert sich vorerst diesem Ansinnen und setzt hingegen auf die Fortsetzung des Kurses der Fundamentallopposition gegen die „Altparteien“. Damit bliebe Bersani nur die Kooperation mit Berlusconi – eine Kooperation allerdings, die weitere Millionen PD-Wähler in die Arme Grillos treiben würde. Vor diesem Hintergrund erwarten durchweg alle politischen Beobachter in Italien die Bildung einer schwachen Übergangsregierung und schnelle Neuwahlen. ■

Debatte: Den Wohnungsneubau fördern

von Jutta Blankau

Deutschland ist ein Mieterland. Über die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger wohnen zur Miete. In den Großstädten ist der Anteil noch höher. In Hamburg liegt er bei rund 75 Prozent. Die Mietwohnung bleibt daher die dominante Wohnform in unseren Großstädten. Gerade für die Mieterinnen und Mieter sind die Kosten des Wohnens – sowohl Nettomieten als auch Nebenkosten – in den letzten Jahren stark gestiegen. Hier bilden sich zum einen der hohe Nachfragedruck in den Metropolen und die höheren Energiekosten ab, für deren Senkung wiederum Kosten der energetischen Sanierung bei den Mieterinnen und Mietern anfallen. Eine gesetzlich geregelte Mietobergrenze erscheint vor diesem Hintergrund als Option, Mieterinnen und Mieter vor diesen Kostensteigerung zu schützen. Allerdings packt sie das Problem nicht an der Wurzel. In den Metropolen steht zu wenig attraktiver und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung. Wohnungsbau – auch energetisch auf dem neuesten Stand – ist die beste Möglichkeit, den Mietanstieg in den Großstädten zu dämpfen.

In Hamburg haben wir deshalb eine Strategie für mehr Wohnungsbau entwickelt: Wir schaffen die Rahmenbedingungen für 6.000 neue Wohnungen pro Jahr. Mindestens 2.000 sind geförderte Wohnungen für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen. Dafür haben wir mit den Hamburger Bezirken den „Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau“ für mehr und schnellere Wohnungsbaugenehmigungen geschlossen. Und mit den Wohnungswirtschaftlichen Verbänden und den Mietervereinen sind wir das „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ eingegangen. Neben der Förderung des Neubaus haben wir uns die energetische Modernisierung des Wohnungsbestandes auf die Fahnen geschrieben. Mit über 8.000 Genehmigungen



☞ Jutta Blankau, geb. 1954, seit 2011 Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt in Hamburg, von 2005 bis 2011 Bezirksleiterin der IG Metall Küste, lebt in Hamburg.

Foto: © malzkornfoto-Hamburg

liegen wir 2012 deutlich über den 6.800 von 2011. Auch wurden 2012 wieder über 2.000 Sozialwohnungen bewilligt, die von der stadt eigenen Wohnungsbaukreditanstalt gefördert werden. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft beruht auf einem fairen Interessenausgleich. Unsere Bündnispartner, zu denen neben den freien Wohnungsunternehmen die Wohnungsbaugenossenschaften und unser städtisches Unternehmen SAGA GWG gehören, brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für den Neubau. Als Bestandhalter bewirtschaften sie ihre Wohnungsbestände langfristig bei moderaten Mieten. Weitere Regulierungen im Mietrecht würden den Neubauimpuls schwächen. Die Mieterinnen und Mieter profitieren vom Wohnungsneubau doppelt: Für Wohnungssuchende wird es mehr Angebote geben, der Nachfragedruck auf die Mieten nimmt ab und kommt so auch den Bestandmietern zu Gute. Flankierend dazu hat Hamburg zwei Bundesratsinitiativen auf den Weg gebracht, um Wohnungssuchende zu schützen und zu entlasten: Mit der Revitalisierung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz wollen wir gegen Wuchermieten bei Neuvermietungen (20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete) vorgehen und mit der Einführung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung zahlt die Maklercourtage die Seite, die ihn beauftragt – also in den meisten Fällen der Vermieter. Eine gesetzlich geregelte Mietobergrenze könnte den Aufschwung beim Wohnungsneubau in Hamburg empfindlich beeinträchtigen und damit eine nachhaltige Entlastung der Mieterinnen und Mieter nicht erreicht werden. ■

Debatte: Warum wir die Bremse ziehen müssen

von Maria Vassilakou

Das Bild ist dasselbe von Wien bis Berlin, von Hamburg bis Freiburg: Wohnen wird teurer, der finanzielle Aufwand für das Wohnen steigt über die allgemeine Teuerung und heizt die Inflation an. Die Städte geraten unter Druck.

In Wien verzeichneten wir seit dem Jahr 2000 auf dem privaten Wohnungsmarkt Preisanstiege von durchschnittlich 40 Prozent, in bestimmten Segmenten des Wohnungsmarktes – den Mieten in privaten Altbauwohnungen – von fast 60 Prozent innerhalb der letzten zehn Jahre. Zwar betrifft dies in Wien, das einen sehr hohen Anteil an sozialem und gefördertem Wohnbau hat, einen kleinen Teil des Wohnungsmarktes, aber einen höchst wichtigen für junge Familien und Zuziehende. Aber auch über dieses Segment hinaus herrscht Handlungsbedarf: Mehr als 40 Prozent der Bevölkerung muss bereits die Hälfte ihres Haushaltseinkommens für Wohnen aufwenden. Daran kann die Politik nicht vorbei gehen. Wenn man beobachtet, mit welcher Verve europaweit für die Deckelung von Spritpreisen gerungen wird, so staune ich über die Gelassenheit, die bei den Wohnungsmieten an den Tag gelegt wird. Wir müssen wohnen können. Und zwar alle.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Deshalb muss Wohnen leistbar bleiben. Und deshalb brauchen wir auf diesem Markt Regelungen, weil die derzeitigen gesetzlichen Instrumente nicht funktionieren. Ein Blick ins österreichische Mietrecht macht deutlich: Das österreichische Mietrecht war immer unvollkommen und inkonsequent. Bereits beim Inkrafttreten im Jahr 1981 wurden Gebäude, die nach 1953 erbaut wurden, vom Geltungsbereich des Mietrechtes ausgenommen. Diverse Anpassungen über die Jahre haben die Situation noch verschlimmert.



↳ Maria Vassilakou ist Vizebürgermeisterin der Stadt Wien und Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung.

Foto: © Lukas Beck

Heute ist die Situation zwar so, dass es einen gesetzlichen Richtwert für die Miete gibt, dieser aber aufgrund einer Fülle von Zuschlägen, die verlangt werden dürfen, so gut wie nie auch nur annähernd erreicht wird. Mittlerweile werden Phantasiemieten von 11 bis 15 Euro pro Quadratmeter für einfache Wohnungen in nicht-privilegierter Lage verlangt. Das mag für jemanden aus Hamburg, London oder Paris lachhaft günstig scheinen. Bei einem Durchschnittseinkommen in Österreich von unter 1.500 Euro im Monat sind wir bald bei der Hälfte des Einkommens für Wohnen – und da sind Strom und Heizung noch nicht mitgerechnet. Deswegen müssen wir in Österreich eine Bremse ziehen: Wir haben heute in Wien eine Richtwertmiete im Altbau von weniger als 6 Euro pro Quadratmeter. Unser Zugang ist, Zuschläge zu diesem Richtwert mit 25 Prozent des Richtwertes gesetzlich zu begrenzen. Damit soll in Zukunft eine durchschnittliche Miete nicht mehr als 8 Euro/qm kosten.

Die Alternative ist aus meiner Sicht für eine wachsende Stadt nicht vertretbar. Denn durch die Finanzkrise flüchten Anleger in die Grundbücher. Banken, Fonds werben mit Renditen von 8 Prozent am Immobilienmarkt. In Zeiten der Finanzkrise scheint das für viele der Rettungsanker. Wir können nicht zusehen, dass Anlegerrenditen mit ständig steigenden, hohen Mieten gesichert werden. Damit steigen die Erwartungen. Und mit den Erwartungen steigen die Grundpreise. Die Mieten können mit den Renditenerwartungen nicht mehr mithalten, Wohnen wird zum Luxus. ■

Eine kurze Erinnerung für ein langes Gedächtnis – Eine Erwiderung auf Ernst-Dieter Rossmann

von Axel Schäfer

1. Ernst-Dieter Rossmann befürchtet in seinem Beitrag „Politisiert endlich die Europa-Politik“ (SPW, Heft 194), dass „die SPD den Vorlagen der Bundesregierung im Zweifelsfall einmal mehr zustimmen müsste.“ Dies zeigt ein grundlegendes Missverständnis: Bei den Voten der SPD geht es um die Abstimmung zu Beschlüssen des Europäischen Rates, zu Maßnahmen in der Eurozone und anderem mehr. In der Währungsunion sind die sozialdemokratischen Parteien in zwölf Regierungen vertreten. Die überwiegend christdemokratisch und rechtsliberal dominierte Kommission macht eine Politik, die zumindest sozialdemokratisch mitgeprägt ist. Das EU-Parlament funktioniert im Prinzip vergleichbar: Auch hier ist das sozialdemokratische Element deutlich erkennbar und hat zudem ein Gesicht: Martin Schulz. Das ist der Unterschied zur klassischen Innenpolitik der Mitgliedstaaten, wo es allein auf die Regierungskoalition ankommt.

2. Bei wegweisenden europäischen Entscheidungen haben in Deutschland SPD, CDU/CSU, FDP und die Grünen immer mit „ja“ gestimmt. Es gab drei Ausnahmen:

- 1951 lehnte die SPD die Schaffung der EGKS ab
- 1957 stimmte die FDP gegen den EWG-Vertrag
- 1975 sagten CDU/CSU „nein“ zu einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Hätte die SPD z. B. den Fiskalpakt abgelehnt, so wäre sie in der gesamten EU und in der PSE genauso allein gewesen wie die CDU/CSU bei der Ostpolitik.

3. Wir diskutieren lange und kontrovers, wir erarbeiten Resolutionen und stellen Forderungen auf. Wir entdecken alte Programme („Für die vereinigten Staaten von Europa“) und fassen neue Beschlüsse. Das Problem in unserer internen Debatte besteht darin, dass die



☞ Axel Schäfer ist Mitglied des Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Angelegenheiten der Europäischen Union und Petitionen.

Foto: © Andreas Molatta

Halbwertszeit des Vergessens von wichtigen Beschlüssen in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer Bedeutung steht. Beispiele:

- Finanztransaktionssteuer: der zentrale Erfolg unserer Verhandlung mit der Bundesregierung beim Fiskalpakt.
- Europäisierung unseres Diskussionsprozesses in der Partei und vor allem in der Fraktion. Unsere Debatten seit zwei Jahren als SPD-Parlamentarier sind ein starker Beitrag zur politischen Kultur: Die Teilnahme von vielen europäischen Spitzenpolitikern ist im Vergleich zu den anderen Fraktionen einmalig. Wissen wir davon, kennen wir den Wert?
- Berlin ist auch Brüssel und Brüssel sind auch wir! Monat für Monat fahren MdBs zu den Institutionen in Brüssel. Wir lernen aus sozialdemokratisch-deutscher Sicht die sozialdemokratischen Positionen in Europa kennen, tauschen uns aus und nehmen neue Ideen mit nach Berlin.

4. Der wichtigste historische Erfolg der Sozialdemokratie ist die europäische Einigung. Würden wir dies gering schätzen oder gar vergessen, so ginge ein Wesenskern unserer Identität verloren. Der Internationalismus und die Einigung Europas waren gerade für SPD-Linke immer ein hoher moralischer Anspruch – in den Niederungen der alltäglichen Arbeit dürfen wir nicht Gefahr laufen, Fehler eines linken Populismus à la Kurt Schumacher von vor 60 Jahren – siehe EGKS – zu wiederholen. ■

Entgrenzte Arbeitswelten – ausgebrannte Arbeitnehmer?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Knut Lambertin und Holger Schoneville

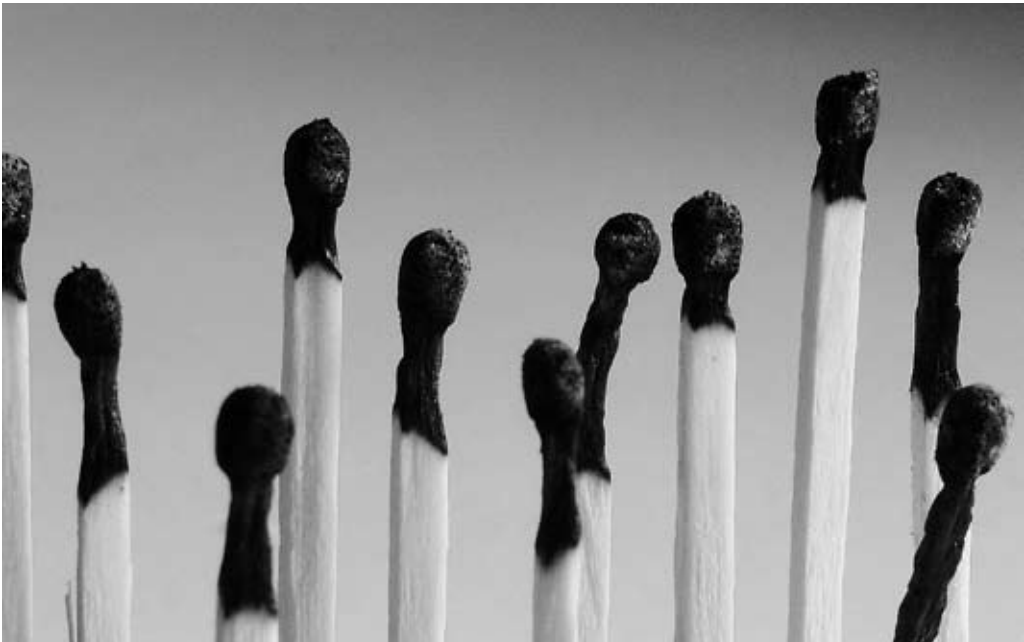


Foto: www.photocase.de, © Janine Wittig

„Die Zunahme der Arbeitsunfähigkeiten aufgrund psychischer Erkrankungen ist seit etwa 15 Jahren die bei weitem auffälligste Entwicklung im Arbeitsunfähigkeitsgeschehen“. Mit diesen Worten bringt der DAK-Gesundheitsreport 2013 einen Trend auf den Punkt, der in der öffentlichen Wahrnehmung eng mit Begriffen wie Burnout-Syndrom, Stress und ständiger Erreichbarkeit verbunden ist.

Der in der Statistik erkennbare Anstieg von offen bezeichneten psychischen Erkrankungen macht deutlich, dass es sich nicht um ein exklusives Krankheitsbild von wenigen im Sport- und Showgeschäft handelt, sondern in der Bevölkerung als Ganzes wahrgenommen

und erlitten wird. Die in der Öffentlichkeit hervorgehobenen Erkrankungen des „Ausgebrannt Seins“ von Prominenten sind demnach nur die Spitze eines Eisbergs.

In diesem spw-Schwerpunkt wollen wir über die gesundheitspolitische Dimension hinaus schauen und den Kontext beleuchten, in dem immer mehr Menschen unter seelischer Erschöpfung und Depressionen leiden. Warum scheint die Zahl derer zu steigen, die bei der Bewältigung der Lebensführung an Grenzen stoßen? Dabei wollen wir den Blick auf eine Arbeitswelt richten, die mit Versprechungen nach mehr individuellen Gestaltungsmöglichkeiten und flexiblen Berufsverläufen emanzipatorisches Potential

beinhalten könnte, gleichzeitig aber im Alltag oft genug mit erhöhtem Arbeits- und Leistungsdruck einhergeht und tatsächlich nur geringe Freiheitsgrade erlaubt. Jüngst haben arbeitsbedingte Erkrankungen massiv auch die Büroarbeitsplätze erreicht, die lange Zeit als sicher vor Verschleiß galten. Nach unserer Einschätzung verstecken sich hinter der öffentlichen Diskussion um das Burnout-Syndrom Konfliktlinien des modernen Kapitalismus. Die Diskussion muss also mehr sein als eine medizinische und psychologische Fachdebatte.

Diese Konflikte wollen wir offenlegen und näher auf die Verortung von Unternehmen und Gewerkschaften schauen. Über die Arbeitswelt hinaus hat die Debatte mittlerweile die Politik erreicht. Die IG Metall hat mit ihrer Forderung nach einer Anti-Stress-Verordnung bewusst auf den Handlungsbedarf des Gesetzgebers hingewiesen.

Kapitalismus und Formwandel der Arbeitskraft

Jede Phase kapitalistischen Wirtschaftens ging einher mit einer dominierenden Form der Ware Arbeitskraft. Der proletarische Lohnarbeiter des 19. Jahrhunderts bekam die Härte des Arbeitsalltags unvermittelt zu spüren, soziale Schutzsysteme existierten noch nicht. Der verberuflichte Lohnarbeiter des 20. Jahrhunderts war eingebunden in die Systeme der fordistischen Produktionsweise und einem strikten Zeitregime sowie einer klaren betrieblichen Hierarchie unterworfen.

Es waren genau diese Hierarchien der Fabrik, die die Freiheit der persönlichen Entfaltung, die Kreativität und die Authentizität beschnitten und allmählich zur Fessel des Wirtschaftens wurden. Der neue Geist, der den Kapitalismus heute umweht (Boltanski/Chiapello), hat in den zurückliegenden 40 Jahren diese Kritik insofern aufgenom-

men, als das eine bestimmte Vorstellung von Autonomie der Arbeitenden zum neuen ideologischen Fundament des Kapitalismus geworden ist und einen Motor für Veränderungsdynamiken darstellt. Womit gleichzeitig die umfassende soziale Kritik an den grundlegenden Prinzipien des kapitalistischen Wirtschaftens jedoch weitgehend folgenlos blieb. Die jüngsten Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise wurden mit den Stichworten Post-Fordismus, Finanzmarkt- und Netzwerkkapitalismus beschrieben. G. Günther Voß und Hans J. Pongratz haben vor rund 15 Jahren den Formwandel der Arbeitskraft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert in der Figur des „Arbeitskraftunternehmers“ typisiert.

Mit ihrer typisierten Beschreibung verweisen sie darauf, dass wir heute in allen Qualifikations- und Einkommensebenen mit einer erweiterten Selbstkontrolle der Arbeitenden, den Zwang zur verstärkten Ökonomisierung der eigenen Arbeitsfähigkeiten und -leistungen und eine Verbetrieblichung der Lebensführung konfrontiert sind. Im spw-Zusammenhang nahm diese Debatte einen breiten Platz ein, bei der sowohl die emanzipatorischen Potentiale gegenüber dem hierarchischen Kontrollsystem des Fordismus als auch die Gefahren und Risiken dieses Leittypus des Arbeitskraftunternehmers erörtert wurden (vgl. spw 112).

Das Bild des Arbeitskraftunternehmers sollte idealtypisch eine Veränderung der Arbeitsgesellschaft und des Kapitalismus am Beginn des 21. Jahrhunderts zusammenfassen. Mit welchen Folgen dieser Wandel für die Beschäftigten einhergeht, ist insbesondere in den letzten Jahren deutlich geworden.

Jede historische Etappe des Kapitalismus zeichnete sich nicht nur durch einen prägenden Leittypus der Arbeitskraft aus, jede Etappe bringt auch spezifische Erkrankungen

sowie deren Einbettung in ein Gesundheitssystem hervor. Arbeitsunfälle und Infektionskrankheiten im 19. Jahrhundert waren gleichbedeutend mit sozialer Not für die Betroffenen und oftmals frühzeitigem Tod. Im 20. Jahrhundert sank aufgrund der mühsam erkämpften sozialen Sicherungssysteme die direkte Sterblichkeit, so dass körperlicher Verschleiß durch Arbeit vermehrt offenbar wurde. Entsprechend entwickelte sich ein System von Berufs- und Zivilisationskrankheiten etwa durch Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems heraus. Nicht vergessen werden darf, dass die physischen Krankheiten weiterhin die Mehrheit der arbeitsbedingten Erkrankungen darstellen. Angesichts des wachsenden Anteils psychischer Erkrankungen stellt sich inzwischen die Frage, ob diese die prägende Krankheit des 21. Jahrhundert werden. Geradezu augenfällig erscheint der zeitliche Zusammenhang zwischen der Diskussion um den Arbeitskraftunternehmer und der Zunahme psycho-sozialer Fehlbelastungen, die in der Folge zum Anstieg psychischer Erkrankungen geführt haben.

Aktuelle Konfliktlinien der Kontroverse

Dass wir derzeit mit steigenden Ausfalltagen aufgrund psychischer Belastungen konfrontiert sind ist unstrittig. So verweisen Angaben des DAK-Gesundheitsreports darauf, dass diese im Zeitraum von 1997 bis 2012 um 165 Prozent anstiegen. Im Jahr 2012 war demnach jeder 22. Erwerbstätige wegen einer psychischen Diagnose krankgeschrieben gewesen. Kontrovers sind hingegen folgende Fragen:

- Gibt es tatsächlich einen Anstieg psychischer Erkrankungen oder werden diese heute nur häufiger diagnostiziert?
- Ist die Arbeitswelt ursächlich oder sind es die vielfältigen Anforderungen des Privat- und Familienlebens?

- Wie lässt sich überhaupt Arbeitsstress bewerten? Anders als bei den klassischen Gefahrenquellen wie Giftstoffen und Lärm sind keine klaren Grenzwerte vorhanden, die eine Gefährdung der Gesundheit klar definieren würden.

Eindeutig ist, dass eine eindeutige Verortung im Sinne eines „Da oder Dort“ der Ursachen nicht möglich ist. Es ist unser politischer Anspruch als spw-Zusammenhang, die Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben zu ermöglichen. Der Mensch ist dabei Belastungen aus beiden Sphären des Lebens ausgesetzt und muss in die Lage versetzt werden, mit beiden umgehen zu können, ohne krank zu werden.

Der Einwurf von Unternehmensverbänden auf die negativen gesundheitlichen Einflüsse des Privatlebens erscheint als vorgeschoben, um von der eigenen Verantwortung abzuweichen. Angesichts der Statistiken über ausgeweitete Arbeitszeiten und zunehmenden Arbeitsdruck, ständige Erreichbarkeit mittels der Informations- und Kommunikationstechnologien, häufigen Überstunden, wechselnden Arbeitsorten sowie langer Anfahrtswege ist es unzweifelhaft, den Großteil der Ursachen psychischer Belastungen – auch wenn sich dahinter eine Vielzahl unterschiedlicher Krankheitsdiagnosen verstecken – in der Arbeitswelt zu verorten. Das zeigt auch der Fehlzeitenreport 2012 des Wissenschaftlichen Instituts der AOK.

Auf den ersten Blick wirkt es verwunderlich, wie unterschiedlich Beschäftigte im gleichen Betrieb gesundheitlich reagieren. Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit ist inzwischen wissenschaftlich unbestritten. Dabei lässt sich folgender Begründungszusammenhang feststellen: Wo ein niedriger sozialer und wirtschaftlicher Status mit negativen gesundheitlichen Folgen verbunden ist, entwickelt sich gesund-

heitliche Ungleichheit. Negative Auswirkungen auf die Gesundheit beruhen auf der Schlussrechnung aus gesundheitlichen Belastungen sowie Erholungsmöglichkeiten und (Alltags-)Bewältigungsressourcen. Zu den (Alltags-)Bewältigungsressourcen zählen auch Geld, Macht, Prestige und Wissen. Diese wirken jedoch direkt auf die gesundheitlichen Ungleichheiten, z.B. in der Kommunikation mit Ärzten. Unterschiede im Gesundheitsverhalten verstärken die gesundheitliche Ungleichheit, sind jedoch weitgehend abhängig von der sozialen Lage.¹ Vergleichende Studien zeigen deutlich, dass das Bewältigungsvermögen entlang des sozioökonomischen Status und Milieus ebenfalls ungleich verteilt ist – je nach Einkommen und Qualifizierung. Beeinflusst werden davon sowohl die seelische Gesundheit bis hin zu Depressionen als auch die somatischen Krankheiten.² Neben den sozioökonomisch bedingten Belastungen der Arbeitswelt steigen die Belastungen durch Arbeitslosigkeit. Unabhängig vom Geschlecht leiden Arbeitslose mehr unter körperlichen und emotionalen Beschwerden sowie funktionalen Beeinträchtigungen als Erwerbstätige.³

Während auf der einen Seite die Krankheitsbetroffenheit steigt, wird auf der anderen Seite dennoch der Umgang mit Arbeitsstress vor allem als Ausdruck individueller Stärke bzw. Schwäche eingeordnet. Entsprechend boomt die Ratgeberliteratur, die die Selbstoptimierung und die Anpassung an die Realitäten der harten Arbeitswelt zum Inhalt haben. Die Personalabteilungen suchen nach

den berühmten Stehaufmännchen, an denen Stress besser abprallt. Oder sie arbeiten an Konzepten des betrieblichen Gesundheitsmanagements, die die Beschäftigten zu solchen Stehaufmännchen macht. Diese in der Psychologie als Resilienz bezeichnete Eigenschaft ist zum neuen Zauberwort zahlreicher Personalkonzepte geworden.

Einzelne Unternehmen reagieren auf den Anstieg psychischer Erkrankungen damit, dass sie den Betroffenen einen schnellen und exklusiven Zugang zu medizinischer Hilfe verschaffen. Gesundheitsschulungen und Trainings die darauf zielen, individuelle Gewohnheiten und Dispositionen beispielsweise in der Ernährung zu verändern, sind en vogue und machen dabei keinesfalls an den Toren der Fabriken und den Türen der Büros halt. Mit ihnen wird vielmehr auch die Schwelle in die private Lebensführung, bis hinein in den häuslichen Kühlschrank, überschritten. So wichtig und sinnvoll verhaltensbezogene Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit im Einzelfall sein können, an den krankmachenden Ursachen des Arbeitsalltags ändern sie nichts – egal wie die Maßnahmen genannt werden.

Arbeitsschutz und betriebliche Gesundheitsförderung

Bereits heute existieren wirksame Instrumente zur Reduzierung arbeitsbedingter Erkrankungen, insbesondere im Arbeitsschutz und in der betrieblichen Gesundheitsförderung. In der Debatte führen die Begriffsvielfalt und die unterschiedlichen dahinterstehenden Konzepte jedoch zu Verwirrungen, die politische Initiativen und deren Umsetzung in der Praxis erschweren.

Schon die Gesundheitskonzepte der beiden Ansätze sehen unterschiedlich aus: Während der Arbeitsschutz sich traditionell an den Entstehungsursachen von Krankheiten (Ätiolo-

1 Schott, Thomas / Kuntz, Benjamin: Sozialepidemiologie: Über die Wechselwirkungen von Gesundheit und Gesellschaft. in: Schott, Thomas/ Hornberg, Claudia (Hrsg.): Die Gesellschaft und ihre Gesundheit. 20 Jahre Public Health in Deutschland: Bilanz und Ausblick einer Wissenschaft, Wiesbaden 2011, S. 159 – 171.

2 vgl. Kristenson, Margareta; Sozioökonomische Lage und Gesundheit – die Rolle des Bewältigungsverhaltens. in: Siegrist, Johannes / Marmot, Michael (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und Gesundheit: Erklärungsansätze und gesundheitspolitische Forderungen, Bern 2008, S. 163 – 194.

3 vgl. Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Zentrales Datenmanagement (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 245ff.

gie) orientiert, liegt der betrieblichen Gesundheitsförderung ein psychosoziales Konzept von Gesundheitsfaktoren und deren Wechselwirkungen (Salutogenese) zugrunde. Dies führt zu andersgearteten Bezugspunkten für die jeweiligen Interventionen: Während sich der Arbeitsschutz auf die betriebliche Sphäre konzentriert, nimmt die betriebliche Gesundheitsförderung darüber hinaus die private Sphäre in den Blick. Damit verbunden verfolgt die betriebliche Gesundheitsförderung einen sozialkompensatorischen Ansatz, der Arbeitsschutz hingegen nicht. Darüberhinaus sind sowohl die Rechtsgrundlagen als auch die Finanzierung in hohem Maße unterschiedlich: Der Arbeitsschutz, rein arbeitgeberfinanziert, beruht auf konkreten, sanktionsgebundenen Pflichtregelungen. Die betriebliche Gesundheitsförderung wird über die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung finanziert. Der entsprechende Teil des Sozialgesetzbuches (SGB V) enthält eine offene Rahmenvorschrift, die auf freiwilliger Basis erfüllt werden soll.⁴

Diese Unterschiede führen dazu, dass die unterschiedlichen Begriffe, die derzeit in der Praxis Verwendung finden, jeweils auf deren inhaltlichen Gehalt hin abgeklopft werden müssen. Betriebliche Prävention, betriebliche Gesundheitsförderung, betriebliches Gesundheitsmanagement und gesundheitsfördernde Organisationsentwicklung, um nur einige Begriffe aus der Praxis zu nennen, zielen alle auf die Gesundheit der Arbeitnehmer. Während einige der Konzepte jedoch mit weitreichenden Strategien verknüpft sind und an krankmachenden Strukturen ansetzen, belassen es andere eher bei guten Ratschlägen zum gesundheitsfördernden Verhalten.

⁴ vgl. Niehoff, Jens-Uwe / Braun, Bernard: Sozialmedizin und Public Health, Baden-Baden 2010, S. 46f.

Schwerpunktbeiträge

In den Beiträgen dieses spw-Schwerpunktes kommen Stimmen aus der Wissenschaft, den Gewerkschaften und der Politik zu Wort. Die unterschiedlichen Sichtweisen sollen dazu beitragen, die Wechselwirkungen zwischen entgrenzten Arbeitswelten und ausgebrannten Arbeitnehmern darzustellen. *Olaf Struck* verdeutlicht, dass die Arbeitsbedingungen eine größere Rolle beim Auftreten von psychischen Erkrankungen spielen als individuelle und soziale Faktoren außerhalb des Arbeitslebens. Zudem ist der Selbstschutz vor Überbeanspruchung auch Menschen mit vergleichsweise hoher Widerstandskraft und hohem Selbstwertgefühl erschwert. Denn häufig müssen denjenigen vorgesetzten Kollegen Grenzen gesetzt werden, die für Belastungen mitverantwortlich sind und zugleich über die berufliche Perspektive des Beschäftigten entscheiden. Demografie ist häufig angeführt worden, um von neoliberaler Seite Sozialabbau zu begründen. In den Betrieben weisen Betriebsräte hingegen auf die Erfahrung hin, dass es an alters- und alternsgerechten Arbeitsplätzen mangelt. *Thomas Langhoff* stellt ebenfalls aus wissenschaftlicher Perspektive den Zusammenhang von Gesundheitsbelastungen und Erwerbsarbeit in Zeiten des demografischen Wandels dar. Hervorzuheben ist die Einschätzung, dass durch einen Mix aus verstärkter Gesundheitsprävention, neuen Formen der Arbeits(zeit)organisation, durch eine aktive Qualifizierungspolitik sowie durch stabile anstelle von prekärer Arbeit sich künftige Herausforderungen in der Arbeitswelt bewältigen lassen.

Nicht selten findet sich in der Debatte die Vorstellung, dass es sich bei den psychischen Belastungen um ein Phänomen des Managements handelt. *Norbert Hocke* hingegen macht in seinem Beitrag darauf aufmerksam, dass es insbesondere Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter sind, die

in besonderer Weise von psychischen Belastungen betroffen sind. Gleichwohl seien die Sozial- und Erziehungsberufe bislang eher unbeachtet geblieben. Die Arbeitswelten in den Bereichen von Bildung, Erziehung, Betreuung und Pflege gehen dabei gleich mit zahlreichen Belastungsfaktoren einher: hoher Geräuschpegel, starke körperliche Beanspruchung und Verantwortung für Menschen, die in besonderer Weise auf Unterstützung angewiesen sind sowie unsichere Arbeitsplätze bei niedriger Bezahlung, sind nur einige dieser Faktoren. Die steigenden gesellschaftlichen Anforderungen an die Qualität dieser Tätigkeiten schlagen sich beispielsweise im Bereich der frühen Bildung in den hohen Zahlen der Teilnahme von Erzieherinnen an Fort- und Weiterbildungsangeboten nieder, nicht jedoch in Veränderungen der Arbeitsbedingungen. *Frederic Speidel* beschreibt Erfahrungen mit der Regelung zur Nutzung von Smartphones am Beispiel VW Wolfsburg, mit der nach Willen des Betriebsrats die Work-Life-Balance gestärkt werden soll. Deutlich wird dabei, dass jede Regulierung auch von Betroffenen verstanden und akzeptiert werden muss, so dass um mehr als um Stellvertreterpolitik gehen muss.

Manuela Schwesig beschreibt aus ihrer Sicht als Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Antworten auf veränderte Arbeitswelten und stellt politische Konfliktlinien klar. Die Länderinitiative im Bundesrat zum Schutz von Gefährdung durch psychische Belastung bei der Arbeit wird von Rainer Hellbach ausführlich dargestellt. Dabei wird deutlich, dass angesichts der politischen Ausgangslage nicht mit einem schnellen Durchbruch zu rechnen ist.

Perspektiven für die weitere Debatte – Humanisierung der Arbeit?

Die Einführung der geforderten Anti-Stress-Verordnung wäre ein rechtlicher Fort-

schritt, die Konfliktlinie rund um Arbeitsstress wäre damit freilich noch nicht befriedet. Eine Anti-Stress-Verordnung wäre ein nötiger Ansatzpunkt für Betriebsräte und die betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschützer, um in den Unternehmen die gesundheitliche Gefährdung besser thematisieren und Abhilfe einfordern zu können.

Dies kann aber nur ein erster Schritt sein, denn rechtliche Regelungen müssen auch gelebt und ihre Einhaltung überprüft werden. Derzeit ist der Regelungsvollzug im Arbeitsschutz ein großes Manko und die schlechte materielle Ausstattung der Arbeitsschutzbehörden führt nicht zu einer optimistischen Einschätzung für die nähere Zukunft.

Die Auseinandersetzung mit übermäßigem Arbeitsstress wird in den Betrieben auf die nächsten Jahre hin eine der zentralen Konfliktfelder bleiben und die Interessenvertretung der Arbeit eher mehr als weniger fordern. Gewerkschaften stehen vor der Entscheidung, ob und wie sie die unterschiedlichen Dimensionen des aus dem Lot geratenen Arbeitsalltags angehen wollen. Im ersten Schritt geht es um konkrete Hilfestellung im Betrieb: Wer erkrankt, für den ist der Zugang zu Hilfeeinrichtungen mit professioneller Kompetenz in der Arbeitswelt wichtig und die Interessenvertretungen der Arbeit müssen dies thematisieren und einfordern. Ein zweiter Schritt ist aber notwendig, um sich nicht nur mit Symptomen auseinanderzusetzen zu müssen. So ist auch das beste Hilfsangebot zu wenig und erinnert an End-of-pipe-Technologien in der Umweltpolitik, bei der am Schornstein Filter vor negativen Umweltbelastungen schützen sollen. Es ist für die Umwelt wie für die Gesundheit besser, Belastungen im Produktionsprozess gar nicht erst entstehen zu lassen. Ein solch integrativer Ansatz setzt voraus, stärker in die Auseinandersetzung um Arbeitszeiten, -umfänge und -belastungen zu kommen.

Angesichts der Dominanz renditegetriebener Unternehmenssteuerung und damit verbundener permanenter Restrukturierungen ist es keine leichte Aufgabe, Arbeitsstress wirksam zu reduzieren. Es geht um nicht weniger als um einen Kulturkampf um die Deutungshoheit des Wirtschaftens sowie um einen Verteilungskonflikt mit Auseinandersetzungen um Arbeitszeiten und ständig steigende Produktivitätsanforderungen.

Sind Begriffe wie „Work-Life-Balance“ und „Gute Arbeit“ nur schön klingende Etiketten oder aber Ansätze von Widerstandskonzepten gegen überzogene kapitalistische Renditeansprüche? Die Entscheidung darüber ist offen, angesichts der wachsenden, aber doch weitgehend stummen Unzufriedenheit über die Realität moderner Arbeitswelten könnte ein neuer Ansatz zur **Humanisierung der Arbeit** im 21. Jahrhundert ein Beitrag sein, auf diese Unzufriedenheit konzeptionell zu reagieren. Diese Herkulesaufgabe kann nicht allein von Gewerkschaften getragen werden, sondern braucht Resonanz aus der politischen Linken und der progressiven Wissenschaft. Mit diesem spw-Schwerpunkt wollen wir für einen solchen Anlauf einen Anstoß geben. ■

☞ Kai Burmeister, Mitglied der spw-Redaktion und Gewerkschaftssekretär in Stuttgart.

☞ Knut Lambertin, DGB-Bundessekretär, ist stellvertretender Bundesvorsitzender der DL 21 und Vorsitzender des Kasseler Kreis – Forum sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V.

☞ Holger Schoneville, Mitglied der spw-Redaktion und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet für „Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Soziale Arbeit und außerschulische Bildung“ an der Universität Kassel

PapyRossa Verlag



Ingrid Mittenzwei

**Friedrich II.
von Preußen**
Eine Biographie

978-3-89438-502-6
298 Seiten | 16,90 Euro

Ingrid Mittenzwei stellt die Politik Friedrichs II. und nicht zuletzt seine Kriege dar und bettet sie ein in die Zustände Preußens. Zugleich entwirft sie ein differenziertes Bild des preußischen Königs und macht mit Menschen seiner Umgebung bekannt. Ihre Biographie kurriert noch immer kursierende Legenden.



Markus Bernhardt

Das braune Netz
Naziterror: Hintergründe,
Verhamloser, Förderer

978-3-89438-482-1
117 Seiten | 9,90 Euro

Warum konnte der NSU so lange ungehindert agieren? Nur Fehler und Pannen? Oder Kalkül und System? Bernhardt stellt unbequeme Fragen und verweist auf Hintergründe, die gerne übergangen werden. Und er zeigt, wie die offiziöse Extremismustheorie Nazis begünstigt und Antifaschismus kriminalisiert.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Psychische Belastungen – Ursachen, Wirkungen, Maßnahmen

von Olaf Struck

Foto: www.fotolia.com, © vali_11



Der Wandel der Arbeitswelt erzeugt immer neue Herausforderungen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Damit Beschäftigte über den Erwerbsverlauf hinweg arbeitsfähig bleiben, bildet die Gestaltung von Arbeitsbedingungen einen zentralen Ansatzpunkt. Auch wenn der Forschungsstand mit Blick auf kausale Zusammenhänge zwischen Arbeitsbedingungen und Gesundheit im Einzelnen noch Lücken aufweist, lassen sich gleichwohl grundlegende Aussagen ableiten. So kann gezeigt werden, dass gesundheitliche Beanspruchungen u.a. auch eine direkte Folge belastender Arbeitsbedingungen sind. Soll ein gesundheitsförderliches Arbeiten in Unternehmen erreicht werden, dann sind insbesondere auch die Verhältnisse am Arbeitsplatz und arbeitsorganisatorische Strukturen zu verändern.

1. Veränderungen in der Arbeitswelt

Lange Zeit war Industrialisierung durch standardisierte Massenproduktion und Taylo-

risierung gekennzeichnet. Die Arbeitsprozesse waren kleinteilig gegliedert und in den Unternehmen bestanden hierarchische Strukturen und klare Arbeitsvorgaben. Gesundheitliche Beanspruchungen wurden vergleichsweise einfach und kausal auf Belastungsfaktoren wie Arbeitsstoffe, Lärm, Unfälle oder Körper-, Handhaltungen etc. am Arbeitsplatz zurückgeführt. Aufgrund der einfachen Zuordnung konnten gesetzliche Rahmenvorgaben oder Initiativen der Humanisierung der Arbeit gute Erfolge erzielen.

Schon in dieser Zeit waren Belastungs-Beanspruchungszusammenhänge aber durchaus auch umstritten. Ein Beispiel hierfür ist die Geschichte der schwierigen Anerkennungspraxis von Berufskrankheit bei Arbeitsplatzbelastungen durch Asbest oder ionisierende Strahlung. Zudem wird seit langem – vor allem in der Wissenschaft – auf das Problem einer mangelnden Anerkennung psychischer Belastungen etwa bei Emotionsarbeit oder arbeitsorganisatorischer Überbeanspruchung

hingewiesen. Hierbei löst besonders die Frage, inwieweit vorrangig das individuelle Verhalten oder die Verhältnisse am Arbeitsplatz auf gesundheitsgefährdende Beanspruchungen wirken, Kontroversen aus. Ursächlich sind unterschiedliche Interessen auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Aber auch ein mangelndes wissenschaftliches Wissen, insbesondere zu langfristig wirkenden (z.T. zusammenwirkenden) und damit zu kausal kaum abzuleitenden Belastungen auf Arbeitnehmer tragen – damals wie heute – zu den Disputen bei.

Heute ist die Arbeitswelt für sehr viel mehr Menschen flexibler und insgesamt vielschichtiger geworden. Insbesondere psychische Belastungen entwickeln sich zu einem zunehmend Produktivität gefährdenden und kostenintensiven Massenphänomen. Aber auch wenn sich die heutige Arbeitswelt ebenso wie die Erkenntnisse über gesundheitliche Gefährdungen als komplexer als in der Vergangenheit darstellt, lassen sich zentrale Aussagen zu Ursachen und Folgen gesundheitlicher Beanspruchungen treffen und darauf basierende Handlungsvorschläge ableiten.

Technische Innovationen und arbeits- und unternehmensorganisatorische Neuausrichtungen ermöglichten es, kleine kundenspezifische Produktserien flexibel und kosteneffizient zu produzieren. Unter verschärften Wettbewerbsbedingungen und auf der Basis ausgebauter infrastruktureller, logistischer, sozialer und qualifikatorischer Standards haben sich Unternehmen in den wirtschaftlich und sozial entwickelten Industrieländern auf eine flexible und hochproduktive kundenspezifische Qualitätsproduktion ausgerichtet. Standardisierte Massengüter und Zulieferprodukte werden hingegen in „Billiglohnländern“ produziert. So gelingt es Unternehmen in den entwickelten Zentren, ungeachtet hoher Investitionskosten, in eine multifunktionale Technik und hierauf abgestimmte Abläufe und Qualifikationen, auch bei hohen Löhnen und trotz vergleichsweise hohen Sozialstan-

dards, erfolgreich und kostengünstig kundenspezifische Produkte und Dienstleistungen in kurzen Produktionsläufen auf volatileren Märkten anzubieten.

Eine hochproduktive kundenspezifische Qualitätsproduktion bedingt spezifische Formen der Arbeitsorganisation. Strenge Hierarchien und zentralisierte Anweisungs- und Entscheidungssysteme verlieren an Bedeutung. Vermarktlichung innerbetrieblicher Prozesse, Dezentralisierung von Entscheidungen, Zielvereinbarungen, horizontale Kommunikationswege, Projekt- und Teamstrukturen sowie Aufgabenzuwachs (etwa Vertriebs-, und Reparaturtätigkeit und Mitarbeit bei der Produktentwicklung) etc. gewinnen an Bedeutung. Auf diese Weise versuchen Unternehmen, schneller auf Zuliefer- und Nachfrageveränderungen zu reagieren, um im Umfeld von gesteigener Konkurrenz und erhöhtem Innovationsdruck eine höhere Effizienz zu erzielen.

2. Veränderungen von Belastungen und Beanspruchungen

Diese veränderten Bedingungen flexiblerer Fertigungssysteme und die darauf neu angepasste flexiblere Arbeitsorganisation erhöhen die Anforderungen an Beschäftigte. Dabei kann ein höheres Maß an Möglichkeiten für Flexibilität und Mit- oder Selbstbestimmung über die Art, die Zeit und den Ort der Arbeitsverrichtung im Grundsatz die Chance von Selbstverwirklichung oder auch von freien zeitlichen Arrangements mit der Familie etc. erhöhen.

Aber: Das Primat von Effizienzsteigerung und Gewinnmaximierung unter Wettbewerbsbedingungen und die enge Abhängigkeit von Kundenbedürfnissen geben der ausgeweiteten Selbstorganisation und Mitbestimmung eine rigorose Zielrichtung vor. Damit kommt es *erstens* deutlich vermehrt zu „Übergriffen“ von Arbeit auf Freizeit, vom Arbeits- auf den Wohnort etc.. Durch Systeme

und der damit verbundenen Datenverfügbarkeit sowie der ständigen persönlichen Erreich- und Verfügbarkeit sind diese Grenzübertritte noch intensiviert worden. *Zweitens* lassen sich Veränderung der Rolle von anweisungsabhängigen Lohnarbeitnehmern hin zu unternehmerisch strategie- und effizienzorientierten Mitverantwortlichen z.T. mit erfolgsabhängiger Bezahlung beobachten.

Infolgedessen steigen *erstens* Qualifikationsanforderungen. Gefordert werden hohe und multifunktional einsetzbare Qualifikationen, wie sie in modernen Ausbildungsberufen und in Hochschulen vermittelt werden. Personen mit geringen Qualifikationen oder mit eng geschnittenen beruflichen Fertigungs- und Fähigkeitsprofilen – wie sie sich auch heute noch zu häufig in Ausbildungsordnungen finden lassen – werden in standardisierten einfachen Tätigen ohne Chance auf eine stabile Beschäftigung eingesetzt.

Mit der Entwicklung verändern sich *zweitens* die gesundheitlichen Belastungen. Die „klassischen“ körperlichen Belastungen haben sich bis in die 1990er Jahre hinein stetig verringert. Berechnungen anhand der Erwerbstätigenbefragung 2012 verdeutlichen jedoch auch, dass sich diese im Vergleich zu Ergebnissen vorheriger Befragungen auf einem immer noch beachtlichen Niveau eingependelt haben (Wittig u.a. 2013). Um nur zwei Beispiele zu nennen: Etwa 24 Prozent Männer und ca. 22 Prozent Frauen in Vollzeitbeschäftigung geben an, häufig schwere Lasten zu heben oder zu tragen, wobei 2/3 dieser Personen dies als belastend empfinden. Etwa 50 Prozent der Beschäftigten berichten von häufigen Schmerzen im unteren Rückenbereich während oder direkt nach der Arbeit. Davon wiederum waren mehr als ein Viertel der Betroffenen in den letzten 12 Monaten in ärztlicher Behandlung. Gut 30 Prozent der Vollzeit beschäftigten Männer und knapp 20 Prozent der Frauen arbeiten häufig bei Lärm, wobei etwa die Hälfte der Betroffenen (Männer etwas weniger, Frau-

en etwas mehr) angeben, dies als belastend zu erleben. Immerhin gut 8 Prozent der 25-34jährigen, knapp 13 Prozent der 35-44jährigen und etwa 20 Prozent der über 44jährigen berichten über Hörverschlechterung und/oder Ohrgeräusche während oder direkt nach der Arbeit. Etwa ein Drittel dieses Personenkreises befand sich deshalb in den letzten 12 Monaten in ärztlicher Behandlung (ebd.).

Auch körperlich wirkende Belastungen können psychisch beanspruchend wirken. Zugenommen haben jedoch psychische Belastungen und psychische Erkrankungen. Bestehen für eine hohe übertragene Verantwortung oder hohe selbstgesteckte Ziele keine hinreichenden Mittel zu ihrer Bewältigung, dann sprechen wir von Stress – messbar etwa anhand von Cortisol-, Adrenalin-, Noradrenalin-ausschüttung, Unruhe oder Angst. Gut 50 Prozent der Beschäftigten berichten von häufigem Zeit- und Termindruck während der Arbeit (Lohmann-Haislah 2012). Hält etwa diese Belastung längerfristig an und erhalten diese Beschäftigten zugleich keine oder zu geringe Unterstützung oder Hilfeleistungen von Vorgesetzten oder Kolleginnen und Kollegen – letzteres betrifft immerhin 10 Prozent der Beschäftigten (ebd.) – dann führen derartige Konstellationen von Dauerstress zu Erschöpfung, Bluthochdruck, koronarer Herzkrankheit (Kivimäki et al. 2012) bis hin zu depressiven Störungen (Rau et al. 2010).

Ebenso wie bei körperlichen Belastungen trainiert auch psychische Belastung den Organismus. Sind aber die Belastungen von zu langer Dauer oder zu hoch, dann werden Anpassungsmechanismen überfordert, das Widerstands- und Regenerationsvermögen des Organismus bricht zusammen. Hier ist es dann auch in Phasen, in denen keine akute Belastung vorliegt, nicht mehr möglich, auf ein normales Ruhenniveau zurückzukehren. Schlafstörungen oder muskuläre Anspannungsreaktionen tragen zu weiteren Überbeanspruchungen, ggf. bis zu einer totalen Erschöpfung, bei.

3. Hohe Arbeitsbelastungen können psychisch überfordern

Ursachen und Folgen gesundheitlicher Beeinträchtigungen sowie Möglichkeiten der Regeneration hängen immer auch von individuellen und sozialen Faktoren jenseits der Arbeitswelt ab. Hierauf weisen u.a. Arbeitgeberverbände insbesondere mit Blick auf psychische Beanspruchungen immer wieder mit Nachdruck hin (BDA 2005; BDA/ VDRW 2012).

Richtig ist: Personen mit einem stabilen Selbstwertgefühl, hoher Widerstandsfähigkeit und einem nicht zu hohen Perfektionsverlangen sind vergleichsweise stressresistenter als unsichere Personen, die zudem versuchen eine hohe Perfektion zu erzielen. Dabei werden Anforderungen an Arbeitnehmer dann zu einer ernsthaften Gefährdung, wenn diese nicht in der Lage sind, bzw. sich nicht in die Lage versetzt sehen, sich selbst und anderen Grenzen zu setzen (Burisch 2006). Jedoch sind eben diese Grenzen ungünstigerweise genau gegenüber jenen Vorgesetzten, Kollegen und Kunden zu ziehen, die für Überbeanspruchungen mitverantwortlich sind und die zugleich auch Anerkennung und Karriere fördernde oder hindernde Bewertungen vornehmen – sei es formell über Zielvereinbarungen oder Evaluationen etc., sei es informell über den zu Grenzziehung bereiten Arbeitnehmer. Keinesfalls nur eher „unsichere“ Personen oder „Perfektionisten“, die mit hoher Leistungsbereitschaft nach Anerkennung streben, geraten in Anbetracht der Gefahr, ihr Ansehen oder sogar ihre Anstellung zu verlieren, in ein Dilemma, das sich individuell nicht lösen lässt.

Wahr ist auch, dass stabile soziale Beziehungen und Hobbys geeignet sind, psychische Überbeanspruchungen im Arbeitsleben zu vermeiden, etwa weil sie Zeit jenseits der Arbeitswelt einfordern, binden und strukturieren. So ist z.B. die Wahrscheinlichkeit als unverheiratete Person zu erschöpfen größer

als bei verheirateten Personen (Weber et al. 2000).

Doch unabhängig davon lassen sich auch direkte Zusammenhänge zwischen psychischer Arbeitsbelastung und psychischer Erkrankung nachweisen (vgl. zu folgendem auch Hien 2010). In großen, sorgfältig durchgeführten Untersuchungen wird gewissenhaft zwischen arbeitsbezogenen und privaten Ursachen unterschieden. Dabei zeigt sich, dass bei Personen, die bei der Erstbefragung hohen Anforderungen ausgesetzt waren und einen geringen Handlungsspielraum hatten, ein etwa 60 Prozent erhöhtes Risiko auftrat, während der nächsten 7 Jahre eine schwere Depression zu erleiden. Bei anhaltenden Belastungen steigt das Risiko auf das 3,2-fache. Kommt ein fortgesetzter Mangel an sozialer Unterstützung hinzu, dann erhöht sich das Risiko auf das 5,8-fache (Clays et al. 2007). Zu vergleichbaren Ergebnissen kommen Wang et al. (2012). Sie können zeigen, dass Arbeitsbelastungen in deutlich gewichtigerem Maße die Wahrscheinlichkeit depressiver Erkrankungen erhöhen, als etwa familiäre Konflikte oder der familiäre Status etc. Hoher Arbeitsstress erhöht das Depressionsrisiko um das 2,9-fache. Ein Ungleichgewicht zwischen Verausgabung und Anerkennung erhöht dieses Risiko um das 2,8-fache. Auch Konflikte durch „Übergriffe“ von Arbeit auf Familie wirken sich krankheitsverstärkend aus. Zweifellos beinhalten evtl. bestehende private Belastungen wie Scheidung, finanzielle Krise etc. sowie auch psychische Vorerkrankungen Risikopotentiale. Wichtig ist aber, dass Wirkungen arbeitsbezogener Belastungen auch bei umfänglicher Kontrolle privater und individueller Risikofaktoren bestehen bleiben (ebd., Stansfeld et al. 2008). Damit unterstützen die Großstudien die Befunde der zahlreichen kleineren Erhebungen.

Dies gilt noch einmal mehr für Arbeitnehmer, die sich ihrer Beschäftigung nicht sicher sein können, sei es, weil sie befristet ohne

Übernahmeversprechen oder in Zeitarbeit tätig sind, oder sei es, dass die Lage des Betriebes als schlecht eingeschätzt wird oder der eigene Arbeitsplatz aus anderen Gründen nicht sicher erscheint usw. (Virtanen et al. 2005). Diese Beschäftigten sehen sich – in der Hoffnung auf einen Übergang in eine Anschlussbeschäftigung – vielfach einem erhöhten Leistungsdruck ausgesetzt.

Insgesamt erfordert ein angemessener Umgang mit psychisch erlebten Überforderungen nicht nur die individuelle Befähigung und Bereitschaft von Arbeitnehmern zum Umgang mit Zeit-, Termin- und Leistungsdruck, Verantwortung und Entscheidungsrisiken u.ä., sondern er erfordert vorrangig organisatorisch verankerte Strukturen, die Überlastungssituationen vermeiden.

4. Was tun gegen psychische Belastungen

In der Forschung herrscht große Einigkeit darüber, dass insbesondere zusammenwirkende verhaltens- und verhältnisbezogene Maßnahmen gesundheitsförderliche Wirkung entfalten (Sockoll et al. 2008). Die in der Praxis – nicht zuletzt aus Kostengründen – vorrangig anzutreffenden Interventionen, die sich auf einzelne Personen richten, sind geeignet, Symptome zu mindern. Allerdings sind die Wirkungen häufig von begrenzter Dauer, da sie die Veränderung der verursachenden Quellen vernachlässigen. Sinnvoll ist eine vorausschauende und langfristige wirkende Gestaltung des Arbeitsumfeldes. Dabei weisen sowohl zahlreiche Studien, wie auch die theoretischen Grundlagen der Arbeitswissenschaft einhellig darauf hin, dass insbesondere vollständige, beeinflussbare und zumutbare Arbeitsvollzüge, welche die Menschen weder über- noch unterfordern und die neben der Arbeitsausführung auch Partizipation und Planung, Transparenz, Rückmeldungen und Unterstützung einschließen, gesundheits- und lernfördernde Handlungsstrukturen erzeugen. Diese sind

dann einzubetten in zeitliche Strukturen, die eine Trennung von Arbeit und Freizeit, eine Organisation von zeitlichen Puffern sowie eine Verhinderung regelmäßiger Überstunden sicherstellen.

Schon derzeit bietet insb. das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) Möglichkeiten, Arbeitgeber zu verpflichten, Verbesserungen auch des psychischen Gesundheitsschutzes durch erforderliche Maßnahmen des Arbeitsschutzes, einschließlich Gefährdungsbeurteilung und Wirksamkeitsprüfung, anzustreben. Die Maßnahmen haben dabei Stand der Arbeitsmedizin und der Arbeitswissenschaften zu berücksichtigen. Allerdings sind hinsichtlich psychischer Belastungen Gesetze und Verordnungen deutlich unpräziser als etwa im Falle von Arbeitsstoffen, Maschinen etc. Indem gesetzliche Regelungen und Verordnungen sehr unkonkret und unübersichtlich geregelt sind, werden in der Praxis psychische Arbeitsbelastungen deutlich seltener erfasst (Ahlers 2010). Arbeitgeber, aber auch andere Akteure, die über den Arbeitsschutz wachen, sehen sich vielfach nicht in der Lage, und Arbeitgeber vielfach auch nicht in der Pflicht, psychosozialen Risiken vorzubeugen.

Offenbar bedarf es zur Beurteilung und Gestaltung psychischer Belastungen eines verbindlicheren Regelwerkes, wie es für physische Belastungen vorliegt. Hierfür wäre es *erstens* förderlich, psychische Gesundheitsgefahren insbesondere in die Begriffsbestimmung in §2(1) ArbSchG sowie in die Gefährdungsbeschreibung der präventiven Regeln in §4 ArbSchG aufzunehmen. In §5(3) sind zudem die Gefährdungen durch die Arbeitsaufgabe und durch soziale Bedingungen zu ergänzen. Die knapp formulierten Gesetzesnormen sind wichtig. Gleichwohl bedürfen sie *zweitens* der weiteren Konkretisierung etwa durch Verordnungen und technische Regeln. Diese haben den Vorteil, dass sie konkreter, ausführlicher und entsprechend verständlicher die Rechte und Pflichten der Akteure,

die Kriterien und Maßnahmen der Gefährdungsbeurteilung und der entsprechenden gesundheitsförderlichen, organisatorischen Gestaltung der Arbeitsaufgabe und der Arbeitszeit sowie der (sozialen) Umgebungsbedingungen etc. festlegen können. Indem gesundheitlich- (ebenso wie lern-)fördernde Handlungsstrukturen, technische und insbesondere organisatorische Voraussetzungen haben, sind diese möglichst frühzeitig – und ggf. unter Einbezug von Experten – bei der Planung einzubeziehen.

Viele Akteure am Arbeitsmarkt, in der Forschung und im Gesundheitssystem wissen um die Ursachen und die individuell beeinträchtigenden aber zugleich auch kostenintensiven Folgen psychischer Beanspruchungen. Auf europäischer Ebene und in vielen Nachbarstaaten konkretisieren sich Regelungen, um psychischen Arbeitsbelastungen entgegenzuwirken. In Deutschland hat die IG Metall eine Initiative zur Ergänzung des Arbeitsschutzgesetzes und zur Durchsetzung einer so genannten „Anti-Stress-Verordnung“ gestartet, die wichtige Erkenntnisse aus Forschung und Praxis aufnimmt. Hier handelt es sich um wichtige Schritte zu einer Fortentwicklung von Maßnahmen und konkretisierenden Regeln, um die Herausforderungen in einer sich stetig verändernden Arbeitsgesellschaft zukunftsfähig zu gestalten. ■

Literatur

- Ahlers, E. (2011): Belastungen am Arbeitsplatz und betrieblicher Gesundheitsschutz vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. (WSI-Diskussionspapier Nr. 175). Düsseldorf.
- BDA (2005): Position der Arbeitgeber zur Bedeutung psychischer Belastungen bei der Arbeit. Berlin.
- BDA/VDBW (2012): Bedeutung der psychischen Gesundheit im Betrieb. Gemeinsame Erklärung des BDA und des VDBW. Berlin.
- Burisch, M. (2006): Das Burnout-Syndrom. Theorie der inneren Erschöpfung. Heidelberg.
- Clark, C.; Pike C.; McManus S.; Harris J.; Bebbington P.; Brugha T.; Jenkins R.; Meltzer H.; Weich S.; Stansfeld S. (2011): The contribution of work and non-work stressors to common mental disorders in the 2007 Adult Psychiatric Morbidity Survey. *Psychological Medicine* 42: 829-842.
- Clays, E.; De Bacquer, D.; Leynen, F.; Kornitzer, M.; Kittel, F.; De Backer, G. (2007): Job stress and depression symptoms in middle-aged workers – prospective results from the Belstress study. *Scandinavian Journal of Work, Environment and Health* 33: 252-259.
- Hien, W. (2010): Sich verbiegen lassen oder aufrecht gehen? Zur Psychopathologie arbeitsbedingter psychischer Erkrankungen. *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 34 (4), 85-103.
- Kivimäki, M. et al. (2012): Job strain as a risk factor for coronary heart disease: a collaborative meta-analysis of individual participant data. *The Lancet*. Vol. 380: 1491-1497.
- Lohmann-Haislah A. (2012): Stressreport Deutschland 2012. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden. Dortmund u.a.
- Rau, R.; Morling, K.; Rösler, U. (2010): Is there a relationship between major depression and both objective assessed and perceived job demand and job control? *Work and Stress* 24, 1-18.
- Sockoll, I.; Kramer, I.; Bödeker, W. (2008): Wirksamkeit und Nutzen betrieblicher Gesundheitsförderung und Prävention. Zusammenstellung der wissenschaftlichen Evidenz 2000-2006. IGA-Report 13.
- Stansfeld, S.; Clark, C.; Caldwell, T.; Rodgers, B.; Power, C. (2008): Psychosocial work characteristics and anxiety and depressive disorders in midlife: the effects of prior psychological distress. *Occupational and Environmental Medicine* 65, 634-642.
- Virtanen, M.; Kivimäki, M.; Joensuu, M.; Virtanen, P.; Elovainio, M.; Vahtera, J. (2005). Temporary employment and health: a review. *International Journal of Epidemiology* 34: 610-622.
- Wang, J.; Smailes, E.; Sareen, J.; Schmitz, N.; Fick, G.; Patten, S. (2012): Three job-related stress models and depression: a population-based study. *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology* 47: 185-193.
- Weber, A.; Jaekel-Reinhard, A. (2000): Burnout syndrome: a disease of modern societies? *Occupational Medicine* 50, 512-517.
- Wittig, P.; Nöllenheidt, C.; Brenscheidt S. (2012): Grundausswertung der BIBB/ BauA-Erwerbstätigenbefragung 2012. Dortmund u.a.

☞ Olaf Struck ist Professor für Arbeitswissenschaft an der Universität Bamberg.

Gesundheitsbelastung und Gestaltung der Erwerbsarbeit in Zeiten des demografischen Wandels

von Thomas Langhoff

Gesundheit und Arbeitsgestaltung als Bausteine der Arbeitsfähigkeit

Will man den Gesundheitszustand von Erwerbstätigen betrachten, macht es Sinn, dies im Kontext des Konstrukts der Arbeitsfähigkeit zu tun. Die folgende Abbildung beschreibt die Ursache-Wirkungs-Ketten, die letztlich die Arbeitsfähigkeit von Erwerbstätigen ausmachen.

Die dunkel dargestellten Felder kennzeichnen Dimensionen der Arbeitsgestaltung, die kausal auf die zentralen personalen Dimensionen der Arbeitsfähigkeit von Erwerbstätigen zielen: Gesundheit, Kompetenz und Motivation.

Die Arbeitsgestaltung umfasst:

- den Zuschnitt von Aufgabeninhalten bzw. Tätigkeitsprofilen
- die Arbeitsorganisation (Grad der Arbeitsteilung; Einzel- oder Teamarbeit)
- die Arbeitszeit (Vollzeit, Teilzeit, Schichtarbeit mit/ohne Nachtschicht, Bereitschaft etc.) und die
- Gestaltung des Arbeitsumfelds (Ergonomie; physikalische Gefährdungen, Arbeitsstätte).

Das bedeutet, dass mit der Gestaltung von Arbeit die Bedingungen im Unternehmen ge-

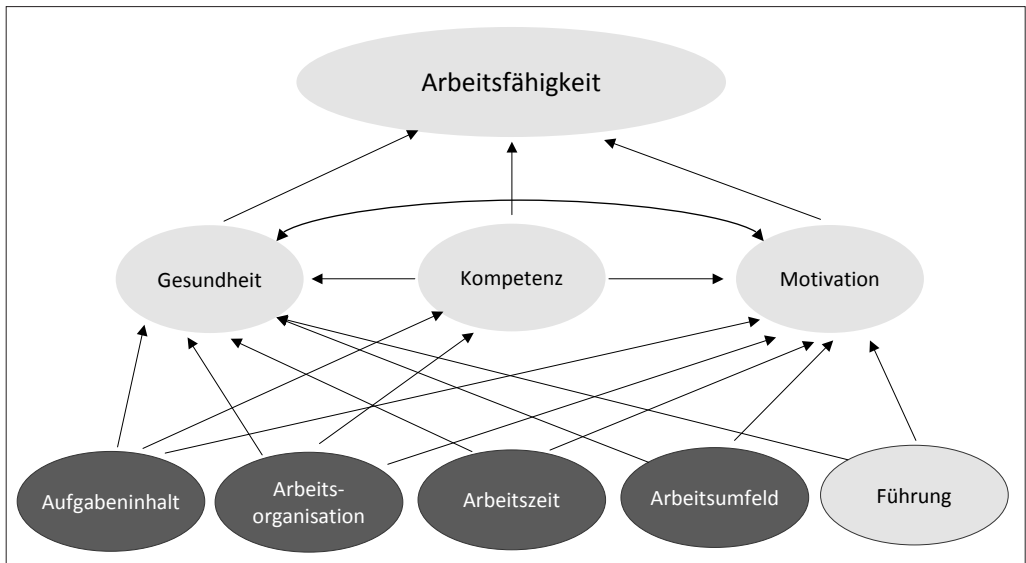


Abb. 1: Ursache-Wirkungsketten nach dem Konzept der Arbeitsfähigkeit von Ilmarinen (Quelle: Langhoff 2009)

schaffen werden, auf dessen Basis die Beschäftigten arbeiten. Das heißt aber auch, dass die Qualität dieser Bedingungen einen großen Einfluss auf den Gesundheitszustand, die Vorhaltung und Abforderung der Qualifikation und die Motivation der Beschäftigten hat. Insbesondere der Gesundheitszustand und das Engagement der Beschäftigten werden durch alle Arbeitsgestaltungsfaktoren unmittelbar beeinflusst. Als weiterer wichtiger Einflussfaktor ist das Führungsverhalten bzw. der Führungsstil zu sehen. Nach Tuomi und Ilmarinen (1999) ist „Gutes Führungsverhalten von Vorgesetzten der einzige hoch signifikante Faktor, für den eine Verbesserung der Arbeitsfähigkeit zwischen dem 51. und 62. Lebensjahr nachgewiesen wurde.“

Bewertet man die Bedeutung der Arbeitsgestaltung aktuell vor dem **Hintergrund des demografischen Wandels**, dann wird die Arbeitsgestaltung beeinflusst durch:

- die Alterung der Belegschaft,
- den längeren Verbleib in Tätigkeiten im Unternehmen,
- den Wandel von Beschäftigungsverhältnissen (z. B. Leiharbeit, geringfügig Beschäftigte, Werkvertragsarbeit),
- technische Entwicklungen (z. B. RFID),
- veränderte Aufgabenanforderungen (z. B. Servicequalität, alternde Kunden)
- zunehmende psychische Belastungen durch Arbeitsverdichtung, Angst vor Arbeitsplatzverlust etc.
- veränderte Anforderungen an das Arbeitszeitregime sowohl aus mitarbeiterorientierter Sicht (z. B. Work-Life-Balance) wie auch aus unternehmerischer Sicht (z. B. Kundenfrequenz; flexibler Einsatz auf Abruf).

All diese demografisch bestimmten Einflüsse wirken sich auf die Gestaltungen von Arbeitsaufgaben und deren Organisation im Unternehmen aus.

Inzwischen gibt es bei einigen Unternehmen, die die Herausforderungen des demografischen Wandels „richtig“ einschätzen, ein Revival der **Arbeits- und Aufgabenanalyse**. Der demografische Wandel verlangt, dass man im Unternehmen hinsichtlich der Aufgabenverteilung, der Art der Arbeitsorganisation und natürlich auch hinsichtlich der Arbeitszeit (z. B. unterschiedliche Schichtmodelle) genauestens unterrichtet ist (Demografie-reporting). Es ist notwendig, sich jederzeit Daten unterschiedlicher Aufgabenprofile im Hinblick auf Alter, Fehlzeiten, Qualifizierungsteilnahme, Fluktuation usw. anzuschauen, zu interpretieren und Maßnahmen in Gang zu setzen. Insgesamt gilt, dass bis auf den einzelnen Beschäftigten runtergebrochen, eine gute Datenlage für Personaleinsatz, Prävention und Berufslaufbahn zur Verfügung stehen muss. Dies macht vor allem die Streuung der Leistungsfähigkeit im Alter notwendig (siehe Abbildung 2: BALTES-Kurve, S.26).

Zahlreiche Einflussfaktoren auf die Leistungsfähigkeit bewirken, dass mit zunehmendem Alter die ermittelten Leistungsfähigkeiten stark variieren. Individuelles Altern ist also geprägt von der Lebens- und Arbeitsbiografie der Individuen. Der Einfluss von Gesundheit, Leistung und Lernen ist bei Jüngeren in der Phase von Schule und Ausbildung noch relativ standardisiert zu betrachten, während mit zunehmendem Alter der Umfang möglicher Einflüsse ständig zunimmt und zu einer Streuung der individuellen Leistungsfähigkeiten führt. Auch wenn der augenscheinliche Zusammenhang mit zunehmendem Alter zu der Leistungsvariabilität führt, so ist nicht das kalendrische Alter ursächlich verantwortlich, sondern die zahlreichen Einflussfaktoren, die hier multikausal wirken. BALTES hat festgestellt, dass die Variabilität der Leistung im Alter größer ist, als zwischen allen Altersgruppen, was in der oben dargestellten

Altersvariabilität nach Baltes (schematische Skizze)

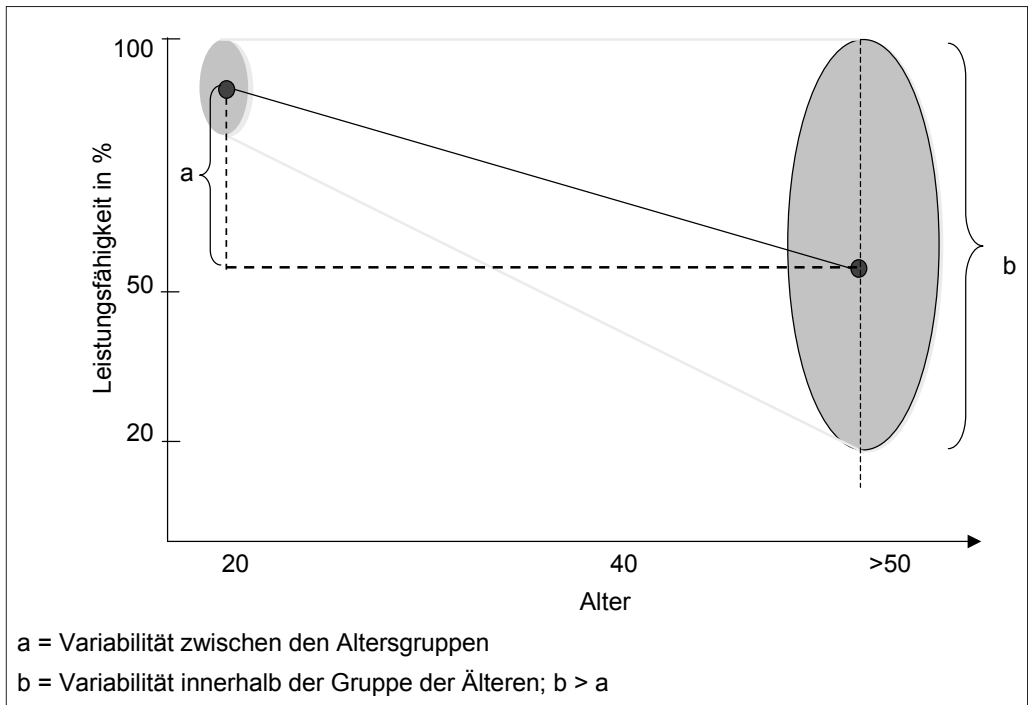


Abb. 2: Baltes-Kurve“: Zunahme der Leistungsvariabilität im Alter (Quelle: Langhoff 2009, nach Baltes 1996)

Prinzipiskizze verdeutlicht wird. Für das betriebliche Personalmanagement und für die Gestaltung von Arbeit bedeutet dies, dass man sich mit zunehmendem Alter um jeden einzelnen Beschäftigten kümmern muss.

Der Einfluss des Megatrends Demografischer Wandel auf die Erwerbsarbeit

Die Thematiken Demografischer Wandel, Alterung sowie damit verbundenen Zukunftsprognosen sind inzwischen Alltag. Man fragt sich dennoch, ob die Wahrheiten richtig verstanden und angemessene Aktivitäten gestartet worden sind. Man fragt sich auch, wenn die demografische Entwicklung so allmächtig ist, warum man sich nicht schon viel früher mit dem Thema

beschäftigt hat, wo doch die wissenschaftlichen Erkenntnisse hierzu seit Jahrzehnten vorliegen. Dazu passt, dass vieles, was heute im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel beklagt wird, eigentlich hausgemacht ist, es wird nur als – quasi naturgegebene – Auswirkung der demografischen Entwicklung in der Gesellschaft ausgegeben.

Der demografische Wandel ist der sicherste **Zukunftsindikator**, den wir haben, weitaus sicherer als politische oder wirtschaftliche Indikatoren.

Er hängt in erster Linie von der Größe der verschiedenen Altersgruppen ab (Kohortenwanderung) und erst in zweiter Linie vom

menschlichen Verhalten, das sich natürlich ändern kann. Aber auch die Verhaltensänderungen lassen sich relativ gut prognostizieren und bei den Annahmen berücksichtigen. Die statistischen Hochrechnungen sind also bis auf geringe Abweichungen sehr sicher. Bspw. lag der Prognosefehler, der von der UN in den 50er Jahren für das Jahr 2000 vorhergesagten demografischen Entwicklung der Weltbevölkerung unter 2 Prozent (Birg 2001). Ebenso verhält es sich mit der demografischen Entwicklung in Deutschland, deren Prognosen auch für die nächsten Jahrzehnte etwa seit Mitte der 70er Jahre vorliegen und bekannt sind. Bisher stellt sich alles genauso dar wie vorausberechnet, und die Prognosen bis 2050 werden mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 98 Prozent ebenso eintreffen. Demnach landen wir irgendwo bei 65 Millionen, also einer Abnahme um 1/5.

Ohne die Zukunft schwarz malen zu wollen, sollten wir alle darauf bedacht sein, dass mit der demografischen Entwicklung eine bisher nicht da gewesene **Zunahme sozialer Gegensätze und sozialer Konflikte** verbunden sein könnte und zwar zwischen:

- Alten und Jungen
- Arbeitsfähigen und Leistungsgeminderten
- Menschen mit und ohne Kindern
- Zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung
- Wachsenden und schrumpfenden Bundesländern und Kommunen
- Ballungsräumen und verödeten Landschaften.

Bisher gibt es keine Hypothesen und Szenarien, die uns Vorstellungen darüber geben, ob wir die Herausforderungen durch einen Zuzug von Solidarität bewältigen können oder

ob wir uns auf explosive Entladungen einstellen sollten.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Rentenversicherung, die Krankenversicherung, die Pflegeversicherung, die Arbeits- und Wohnungsmärkte, die Auslastung der kommunalen Infrastruktur und der öffentlichen Finanzen können gefährlich für unser wirtschaftliches Fortbestehen werden.

Durch die demografische Alterung kommen insbesondere dramatische Belastungen auf unser soziales Sicherungssystem zu. Die Zahl der verrenteten Erwerbstätigen, die Rentenbezüge erhalten, nimmt immer mehr zu, während die Zahl der Erwerbstätigen, also der Beitragszahler, immer mehr abnimmt. Statt eine Vollbeschäftigung mit sozialversicherungspflichtiger Vollzeit, eine gute Lohngestaltung, gesunderhaltende Arbeitsbedingungen und die Zukunftssicherheit, die man braucht, um eine Familie zu gründen, anzustreben, wird das Gegenteil realisiert.

Statt die Arbeitslosenzahlen durch systematische Qualifizierung zu Fachkräften weiter nach unten zu bewegen, wird nach qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland gerufen, die dann gar nicht kommen, weil sie Deutschland auch nicht so attraktiv finden oder gar Angst vor Übergriffen haben.

Sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung nimmt immer mehr ab und wird ersetzt durch prekäre Arbeit mit prekären Lohnbedingungen (Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, Werkvertragsarbeit, Teilzeit). Ebenso verringert sich durch die Bevölkerungsschrumpfung und durch die demografische Alterung die Wachstumsrate des Volkseinkommens. Das bedeutet wiederum geringere Steuereinnahmen. Eine negative wirtschaftliche Entwicklung hat ihrerseits wiederum auf einen negativen Einfluss auf die Geburtenrate, so dass Deutschland Gefahr läuft, in einen negativen, sich selbst verstärkenden Kreislauf hineinzugeraten, dem unbedingt entgegenzusteuern ist.

Selbst eine Verdopplung unserer Produktivität und unseres Pro-Kopf-Einkommens bis zum Jahr 2050 würden nicht annähernd ausreichen, um die sozialen Lasten zu decken. Wer behauptet: „Unsere Renten sind sicher!“ ist ein Dummkopf (oder gar ein Lügner).

Aus wissenschaftlicher Sicht sind die Annahmen unseres Rentensystems und unseres Gesundheitssystems derart grotesk, dass sich „die demografische Alterung Deutschland in den nächsten Jahrzehnten in eine permanente **gesellschaftspolitische Großbaustelle** verwandelt wird (Birg 2006)“.

Stattdessen versucht man unser soziales Sicherungssystem durch eine schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu erhalten, ohne auch nur im Ansatz für die Arbeitsbedingungen zu sorgen, die dies überhaupt erst ermöglichen könnten.

Alles, was bis zum Ende des Jahrzehnts versäumt worden ist – und das wird nicht wenig sein – wird nur schwer zu reparieren sein, und das in einem beschleunigten aggressiven Wettbewerb um junge, qualifizierte, gesunde Arbeitskräfte und den Erhalt der Arbeitsfähigkeit als weitere Produktivgröße. Besonders schwierig aufzuholen wird unterlassene **Prävention in Bezug auf Gesundheit, Bildung und Arbeitsgestaltung**. Allenfalls können noch Verschlimmerungen abgebremst werden. Nachfolger werden den Pionieren, die sich frühzeitig im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts auf den demografischen Wandel durch intelligente arbeitsgestalterische Maßnahmen eingestellt haben, nur schwer hinterherkommen.

Es wird ein Jahrzehnt der unübersichtlichen Konflikte werden:

- Es wird Arbeitnehmer geben (die es sich leisten können), die unbedingt möglichst bald mit Abschlägen in Rente gehen wollen, obwohl sie im Betrieb wegen

des fehlenden Nachwuchses dringend gebraucht werden.

- Es wird Arbeitnehmer geben, die unbedingt noch weiterarbeiten wollen/ müssen, obgleich sie niemand mehr haben will.
- Es wird das Jahrzehnt sein, in dem eine intergenerative Umverteilung der Arbeit durchgesetzt werden muss. Ältere müssen die Arbeit von Jüngeren übernehmen, einfach, weil es von ihnen zu wenige gibt. Geschehen kann dies, indem bspw. Schichtarbeiter mehr Jahre als bisher üblich in Schichtarbeit tätig sein werden etc.
- Und schließlich gilt: in diesem Jahrzehnt (2010 bis 2019) wird das 2. Viertel dieses Jahrhunderts schon in Sichtweite sein. Und sofern sich bezüglich der Work-Life-Balance zur Erhöhung der Geburtenhäufigkeit nichts Grundlegendes ändert, wird dann allmählich sinnlich begreifbar, was zurzeit noch verdrängt wird: ein über Jahrzehnte unaufhaltbares Schrumpfen der Bevölkerung, verbunden mit einer stagnierenden bis schrumpfenden Wirtschaft. – Es kann eine Zeit für kollektive Neurosen werden.

Insgesamt ist wohl die besorgniserregendste Entwicklung **das Auseinanderklaffen von Jungen und Alten**, die, wenn es erst einmal eine dramatische Größenordnung angenommen hat, sich lange halten wird. Diese Entwicklung betrifft die gesamte Bevölkerung. Im Jahr 2050 werden wir dreimal so viel über 60-Jährige wie unter 20-Jährige haben als heute.

Neben dem Auseinanderdriften von Jung und Alt ist festzuhalten, dass in Deutschland bislang **keine Kultur der Altersarbeit** existiert. Die Entwicklungen zeigen ein enormes Ansteigen des Anteils älterer Arbeitnehmer, über dessen Größenordnungen in Deutschland bisher keine Erfahrungswerte vorliegen. Die staatlichen Maßnahmen der Verlängerung der Lebensarbeitszeit von 65 auf 67 Jahre sowie der Wegfall

geförderter Vorruhestandsregelungen und der Altersteilzeit treffen auf eine gegenwärtig existierende Erwerbsquote Älterer von ca. 66 Prozent (2010). Im Verlaufe dieses Jahrzehnts ist

der Erwerbsarbeit (Statistisches Bundesamt). Solche dramatischen Entwicklungen werden jedoch von den Unternehmen in Deutschland bislang kaum registriert (siehe Abb. 3).

Arbeitskräfte der Zukunft: Viel weniger Junge, mehr Ältere

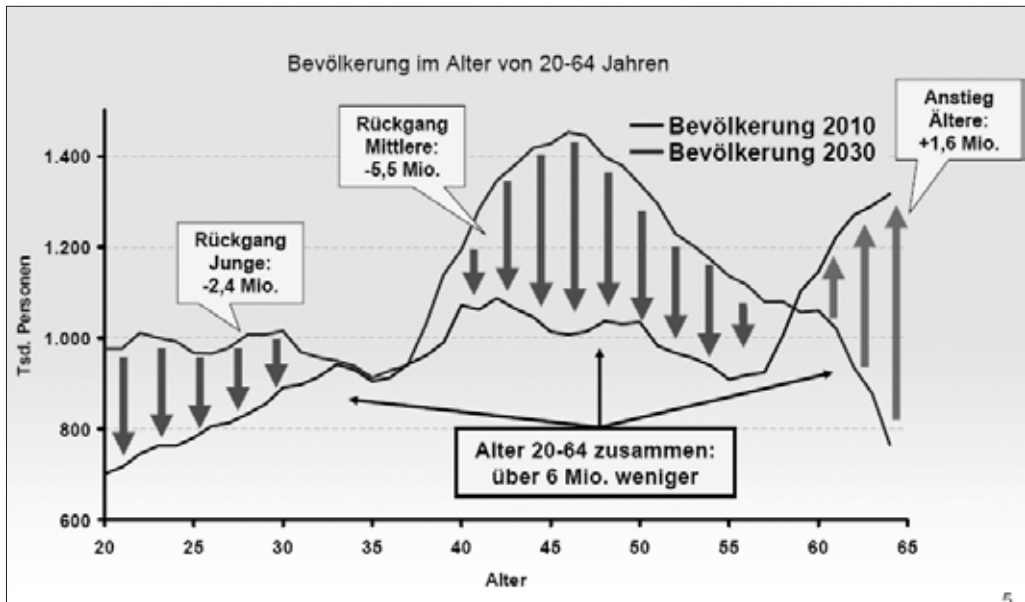


Abb. 3: Entwicklungen der Erwerbstätigen bis 2030
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

darüber hinaus eine Zunahme der Altersarbeit aufgrund von Altersarmut zu erwarten, da die Rentenhöhen für viele nicht ausreichen werden, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das trifft besonders allein stehende Frauen, die in Dienstleistungsbranchen gearbeitet haben.

Fasst man die Erkenntnisse zur Erwerbspersonenstruktur zusammen, bleibt festzuhalten, dass wir bis 2030 einen Verlust von 6 Millionen bzw. ca. 20 Prozent unseres Erwerbspersonenpotenzials zu erwarten haben bei gleichzeitiger Verdreifachung der Über- 60Jährigen in

Psychische Belastungen und Erkrankungen

Will man die fehlenden Erwerbstätigen der Zukunft kompensieren, dann geht das nur durch Einführung neuer Technologien, Lebens- und Wochenarbeitszeitverlängerung und vor allem weitere Arbeitsverdichtung, deren Zunahme bis 2030 aus arbeitswissenschaftlicher Sicht auf mindestens 15 Prozent zu schätzen ist. Das wird wiederum zu einer weiteren Zunahme der psychischen Belastungen und psychischen Erkrankungen durch die Arbeit führen.

Seit Mitte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts ist vor allem durch Befragungen, also im subjektiven Urteil von Beschäftigten, eine Zunahme erlebter psychischer Belastungen bei der Arbeit festzustellen und das über alle Altersgruppen hinweg. Aus arbeitswissenschaftlicher Sicht kann dies objektiv untermauert werden durch

- die permanente Zunahme der Arbeitsverdichtung,
- dauerhafte Restrukturierung in den Unternehmen,
- eine Zunahme von Emotionsarbeit im expandierenden Dienstleistungssektor,
- eine faktisch zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit,
- eine Zunahme atypischer Arbeitsverhältnisse.

Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in den Unternehmen wird also mitbestimmt durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Kontextfaktoren und Trends. Eine Befragung von Betriebsärzten, Fachkräften für Arbeitssicherheit und anderen Arbeitsschutzexperten ergab, dass **39 Prozent der Ursachen für psychische Belastungen der Arbeit zugeordnet werden**, 26 Prozent den gesellschaftlichen Entwicklungen, 24 Prozent der Familie und 11 Prozent der Freizeit. Dies zeigt, dass aus Sicht dieser Expertengruppen psychische Belastungen bei der Arbeit den größten Einflussfaktor bilden (HVBG 2004).

Ab wann psychische Belastungen, die sich per Definition auch als positiv darstellen können (ISO 10075), wie Anforderungsvielfalt bei der Arbeit, Übertragung von Verantwortung etc. in eine psychische Fehlbelastung umschlagen, ist ein lang geführter Diskurs, der bisher nicht abgeschlossen ist. Die Betrachtung eines Merkmals einmal als positive Anforderung und ein anderes Mal als Stressor hat sich bislang jedoch als nicht zielführend herausgestellt. Glaser & Herbig

(2012) folgen der angloamerikanischen Fachliteratur, die eine Differenzierung in hindrance demands und challenge demands vorschlägt, und haben ein differenziertes, integriertes Modell entwickelt, welches lernförderliche/aktivierende Anforderungen, unterstützende Ressourcen und beeinträchtigende Stressoren konzeptuell trennt (siehe Abb. 4).

Bedeutsam an dem Modell von Glaser & Herbig ist die Unterscheidung in positive und negative Beanspruchungsfolgen sowie in kurzfristige, mittelfristige und langfristige Beanspruchungsfolgen. Das Modell integriert damit alle zentralen Merkmale des Belastungs-Beanspruchungsmodells und geht weit über die gängige Darstellung der ISO 10075 hinaus.

Ausmaß und Dauerhaftigkeit vorhandener Stressoren und fehlender Ressourcen, die zunächst zu unmittelbar wirksam werdenden negativen Beanspruchungsfolgen führen, sind weitgehend belegt (siehe folgende Abb. 3). Unklar ist, unter welchen Bedingungen sich Ursache-Wirkungszusammenhänge ergeben, die bis zur psychischen Erkrankung führen.

Eine Befragung der LIGA (heute LIA) bei 2000 Beschäftigten in 2009 zeigt, dass sehr häufig erlebte Wirkungen wie Erschöpfung, Ausgebranntsein, Schlafstörungen, Niedergeschlagenheit etc. schon ein erhöhtes Risiko im Hinblick auf die Entstehung von psychischen Erkrankungen ergeben können.

Die Empirie bestätigt eine **rapide Zunahme der psychischen Erkrankungen** ohne bisher einen direkten kausalen Entstehungszusammenhang zu schlechten Arbeitsbedingungen herstellen zu können. So ist mittlerweile der Hauptgrund, eine Erwerbsminderungsrente zu beziehen, durch psychische Erkrankungen verursacht. Die Bewilligungen aufgrund psychischer Erkrankungen sind von 2006-2011 von 55.000 auf 75.000 gestiegen. Die Zahl psychisch Erkrankter, die eine von der Rentenversicherung finanzierte Rehabilitationsmaßnahme

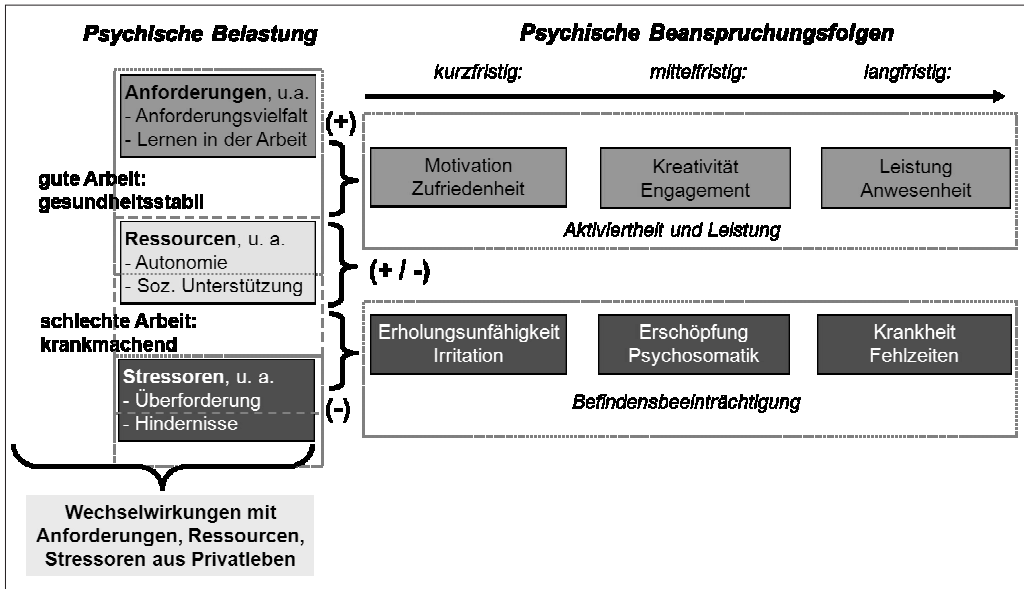


Abb. 4: Integriertes Modell zu Arbeit, Gesundheit und Leistung (weiterentwickelt nach Glaser & Herbig 2012)

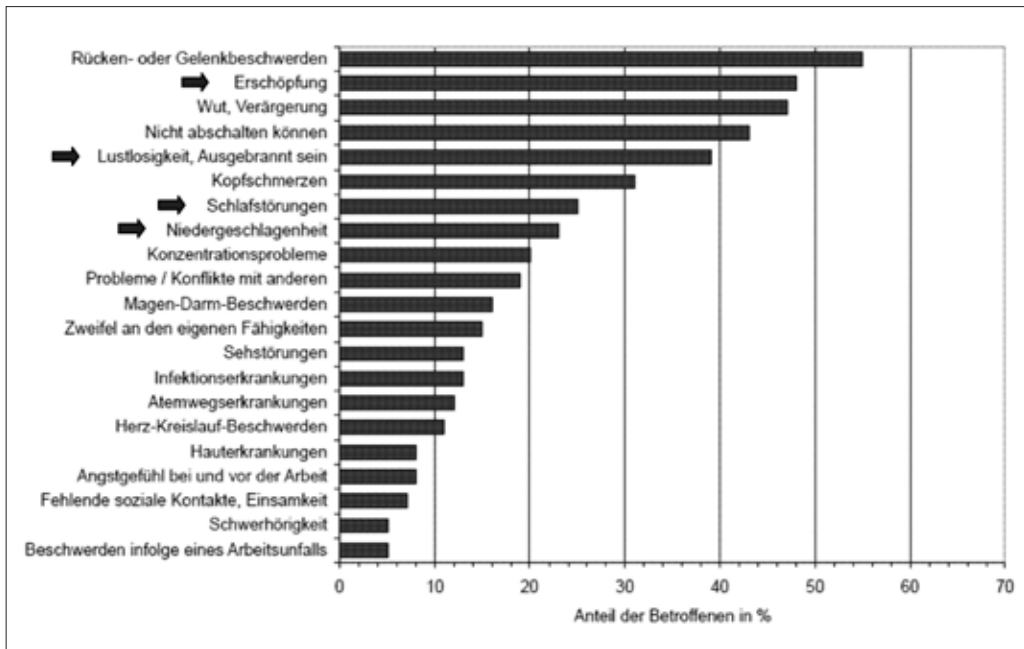


Abb. 5: Gesundheitliche Auswirkungen bei der Arbeit (n = 2000; LIGA 2009)

bezogen, stieg von 2006 auf 2011 von 86.000 auf 137.000 Personen an. Die Zahl der aufgrund von psychischen Erkrankungen diagnostizierten AU-Tage beträgt 2011 12,5 Prozent aller betrieblichen Fehltagen (siehe Abb.5).

„Damit hat sich der Anteil der AU-Tage aufgrund von psychischen Erkrankungen an allen betrieblichen Fehltagen seit 2000 in etwa verdoppelt. Die Krankschreibungen aufgrund psychischer Erkrankungen sind überdurchschnittlich lang, durchschnittlich 30 Tage. Depressiv erkrankte Arbeitnehmer fehlen im Schnitt sogar 39 Tage.“ (Quelle: BPTK 2012).

Auch wenn bisher kein evidenzbasierter, d.h. eindeutig messbarer Zusammenhang zwischen zunehmender Arbeitsverdichtung und Zunahme psychischer Erkrankungen herstellbar ist, so besteht unter Arbeitswissenschaftlern darüber kein Zweifel.

Was tun?

Kann vorbeugend gegengesteuert werden? Zumindest in Teilbereichen lautet die Antwort eindeutig „ja“. Aber wir müssen sofort anfangen. Die BabyBoomer (geburtenstarke Jahrgänge zwischen 1950 und 1965) werden zwischen 2015 und 2030 als die Ü-50jährigen die stärkste Alterskohorte in den Belegschaften sein und jährliche Verrentungszahlen einnehmen, deren Ersatzbedarf sich in einem nie zuvor erlebten Rekrutierungsschock darstellen wird.

- Das PISA-Problem, die unzulängliche schulische Entwicklung eines Viertels der Jugendlichen, ist bis dahin bewältigbar.
- Gesundheitsprävention, sowohl auf der Verhältnis- als auch der Verhaltensebene, ist deutlich besserbar (vor allem durch Beteiligung der Beschäftigten bei der Bereitstellung von Gesundheitsressourcen).
- Neue Formen der Arbeits(zeit)organisation und der Ausrichtung von Berufsbildern

können die Arbeitsfähigkeit verlängern (Mischarbeit mit organisiertem Belastungswechsel).

- Der fehlende Ersatzbedarf für (hoch) qualifizierte Fachkräfte ist zumindest in erheblichen Teilen durch größere Diversität der Beschäftigten und eine besser ausgebauten Kompetenzförderung und -entwicklung in den Betrieben auffangbar.
- Wandlung prekärer in gesundheitsstabile Beschäftigungsverhältnisse (schafft nicht nur Zukunftssicherheit für die Betroffenen sondern trägt auch zur finanziellen Sicherung unseres Rentensystems bei).

Diese Maßnahmen machen andere (Re-)Finanzierungsmaßnahmen nicht überflüssig. Aber sie können auch dazu beitragen, das allerwichtigste glaubwürdig zu fördern, nämlich die positive Einstellung, Zukunft aktiv zu gestalten. ■

⇨ Prof. Dr. habil. Thomas Langhoff ist Professor für Arbeitswissenschaft und Human Resources an der Hochschule Niederrhein und Geschäftsführer der Prospektiv Gesellschaft für betriebliche Zukunftsgestaltung mbH in Dortmund.

Literaturverzeichnis

- Baltes, P.B.: Über die Zukunft des Alterns: Hoffnung mit Trauerflor. In: Baltes, M.M. & Montada, L. (Hrsg.): Produktives Leben im Alter, S. 29-68, Frankfurt 1996
- Birg, H.: Die demografische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München 2001
- Birg, H.: Die ausgefallene Generation, 2. Auflage, München 2006
- Glaser, J.; Herbig, B.: Modelle der psychischen Belastung und Beanspruchung, in: Demerouti, E. u.a.: Psychische Belastung und Beanspruchung am Arbeitsplatz, hrsg. vom DIN e.V., Berlin 2012
- Hauptverband der Gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG); Berufsgenossen-schaftliches Institut Arbeit und Gesundheit (BGAG); BKK Bundesverband: Ausmaß, Stellenwert und Relevanz psychischer Belastungen bei der Arbeit, 5. IGA-Report, Sankt Augustin 2004
- Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit des Landes NRW (2009) (Hrsg.): Gesunde Arbeit NRW 2009. Belastung – Auswirkung – Gestaltung – Bewältigung. LIGA.Praxis 3, Düsseldorf 2009
- Langhoff, T.: Den demografischen Wandel im Unternehmen erfolgreich gestalten. Eine Zwischenbilanz aus arbeitswissenschaftlicher Sicht, Heidelberg 2009
- Tuomi, K. / Ilmarinen, J.: Work, Lifestyle, Health and Work Ability among ageing Municipal Workers in 1981-1992. In: Ilmarinen, J / Louhevaara, W. (Hrsg.), FinnAge – Respect for the aging: Action programme to promote health, work ability and well-being of aging workers in 1990-96 (S. 220-232). Helsinki 1999

Sozial- und Erziehungsberufe unter Stress

von Norbert Hocke

„Gutes Leben setzt gute Arbeit voraus“¹, diese Erkenntnis ist nicht neu, sowohl für Gewerkschaften als auch für Arbeitgeber. Dennoch ist sie für die Gruppe der Sozial- und Erziehungsberufe lange Zeit nicht zur Kenntnis genommen worden. Erziehung und Soziale Arbeit wurde – auch von den Gewerkschaften – nicht als vollwertige Berufsgruppe anerkannt. Als die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Jahr 1987 beim Münchener IMU-Institut eine systematische Untersuchung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen in sozialpädagogischen Berufen in Auftrag gab, war sie allein auf weiter Flur. Als Ergebnis stellte sich heraus: 71 Prozent der Befragten klagten darüber, dass sie nach der Arbeit völlig ausgelaugt sind. Von den über 50-Jährigen litten 44 Prozent an Angstzuständen und Depressionen. In über 60 Prozent der Einrichtungen wurde eine Unterbesetzung von Fachkräften festgestellt. Über die Hälfte der Befragten hielt ihre Bezahlung für zu gering. Und schon damals rangierten die sozialpädagogischen Fachkräfte in der Reihenfolge der Häufigkeit von Teilzeitarbeit nach den Reinigungskräften und Verkäuferinnen an 3. Stelle². Aus neueren Untersuchungen wissen wir, dass sich die Situation kaum verbessert hat: In dem 2008 vorgelegtem DGB-Index „Gute Arbeit – Wie Erzieherinnen ihre Arbeitsbedingungen beurteilen“³ ist belegt, dass nur 26 Prozent der Beschäftigten in Kindertagesstätten sich vorstellen können, gesund das Rentenalter zu erreichen. Verglichen mit Beschäftigten aus anderen Dienstleistungsberufen, die im Mittel zu 54 Prozent glauben, dass sie gesund das Rentenalter erreichen werden, liegt die Berufsgruppe der Erzieherinnen da-

mit am unteren Ende. Ebenso alarmierend ist, dass nur 13 Prozent der Erzieherinnen während bzw. unmittelbar nach der Arbeit keine gesundheitlichen Beschwerden empfinden. Besonders verbreitet sind Kopf-, Rücken- und Nackenschmerzen, Erschöpfungszustände, Atemwegsbeschwerden und Hörverschlechterungen. Hinzu kommen ein sehr hohes Arbeitspensum sowie hohe Lärmkonfrontation aufgrund großer Gruppen. Beides – hoher Leistungsdruck und hoher Lärmpegel – wirken als Stress verursachende Faktoren, die nachhaltig die Gesundheit der Beschäftigten schädigen.

Auf eine schriftliche Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke vom August 2012: „Wie hoch war für die Berufsgruppe ‚Sozial- und Erziehungsberufe‘ die Zahl der durchschnittlichen Arbeitsunfähigkeitstage je 100 Versicherte in der Diagnosegruppe psychische und Verhaltensstörungen im Jahre 2001 und im Jahr 2010, ... ?“, antwortete der Staatssekretär Gerd Hoofe (CDU), dass auf je 100 Versicherte im Bereich Sozial- und Erziehungsberufe deutlich höhere Arbeitsunfähigkeitstage als bei anderen vergleichbaren Berufsgruppen zu verzeichnen sind. „Während sich im Durchschnitt aller Berufsgruppen im Vergleich der Jahre 2001 und 2010 eher ein Rückgang zeigt – eine Ausnahme bildet hier die höhere Altersgruppe – sind die Durchschnittszahlen für die Berufsgruppe Sozial- und Erziehungsberufe deutlich höher als 2001. Insgesamt liegen diese – zumindest für die Frauen, die allerdings einen großen Anteil der Berufsklasse ausmachen – deutlich über dem Durchschnitt“⁴.

Auch in anderen Bereichen der Bildungsberufe zeigt sich, dass der Belastungs- und Leistungsdruck bei den Beschäftigten enorm ist.

1 IG Metall Kampagne

2 Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen in sozialpädagogischen Berufen/Untersuchung des IMU Instituts für Medienforschung und Urbanistik GmbH/München im Auftrag der GEW/1988

3 DGB-Index „Gute Arbeit – Wie Erzieherinnen ihre Arbeitsbedingungen beurteilen“, 2008

4 Staatssekretär G. Hoofe: schriftliche Antwort BT-Drucksache 17/10460, August 2012, S. 68-71

So sind beispielsweise Lehrerinnen und Lehrer besonders gefährdet: Insgesamt 75 Prozent der in Lehrberufen Arbeitenden geben zum Thema Arbeitshetze an, dass ihre eigene Situation durch diesen Satz richtig beschrieben wurde. 35 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer gaben an, dass die Aussage: ‚Ich muss auch zu Hause an Schwierigkeiten bei der Arbeit denken‘ auf sie voll und ganz zuträfe, bei 40 Prozent träfe sie eher zu, 22 Prozent der Lehrkräfte meinten hingegen die Beschreibung träfe eher nicht zu. Und nur 3 Prozent, das träfe auf sie überhaupt nicht zu.⁵

Sowohl bei den Sozial- und Erziehungsberufen als auch bei den unterrichtenden Berufen stellt „die Dauerpräsenz“ beruflicher Probleme auch in der Freizeit ein ganz entscheidender belastender Faktor dar: die Verdichtung der Arbeitsabläufe in den Kindertagesstätten; die hohe Fallzahl in den Jugend- und Sozialämtern; die in Armut lebenden jungen Familien, die zu begleiten und zu unterstützen sind; die prekären Arbeitsverträge für die vielen Schulsozialarbeiter/-innen. Ähnlich wie im Pflege- und Gesundheitsbereich hat die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit fatale Folgen für die Qualität und die Professionalisierung der Arbeitsverhältnisse in der Sozialen Arbeit. Es geht für die Berufsgruppen der Sozial- und Erziehungsberufe – mit immerhin ca. 1,5 Mio. Beschäftigten⁶ nicht um ein berufsmäßiges „Jammern“! Es geht vielmehr darum, Arbeitsbelastungen auch in Dienstleistungsberufen stärker als bisher wahrzunehmen und als Gewerkschaft zu handeln. So ist festzustellen, dass sowohl die Arbeitsmedizin als auch die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege sich erst in den letzten Jahren mit dem Arbeitsfeld der sozialen Berufe intensiver beschäftigt. Welche spezifischen gesundheitlichen Belastungen, welche konsequente gesundheitliche Förderung

am Arbeitsplatz und welche Maßnahmen der Rehabilitation zu ergreifen sind, ist im Bereich der Sozial- und Erziehungsberufe nach wie vor ein ungeklärtes Thema.

Die politische Grundausrichtung ist dabei international längst klar und deutlich formuliert. So wird in der Bangkok-Charta der Vereinten Nationen zur Gesundheitsförderung aus dem Jahr 2005 festgehalten: „Die Vereinten Nationen erkennen an, dass das Erreichen des höchstmöglichen Gesundheitsstandards eines der fundamentalen Rechte aller Menschen ohne Unterschied darstellt.“ Und auch das WHO-Konzept der Gesundheitsförderung aus dem Jahr 1986 formuliert eindeutig: „Gesundheitsförderung zielt auf einen Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen ...“⁷ Die grundsätzlichen politischen Einsichten, die hohe Zustimmungen finden, müssen auf der konkreten Handlungsebene aber eben auch reale Folgen haben. Gerade öffentliche Arbeitgeber müssen hier ihrer Verantwortung nachkommen. Das „Aufwachen in öffentlicher Verantwortung“⁸ bekommt hier eine ganz besondere Bedeutung.

Damit wird deutlich, dass die Gesundheitsförderung und der Abbau von gesundheitsgefährdenden Belastungsfaktoren zu den Kernaufgaben der Gewerkschaften gehören. Der erweiterte Gesundheitsbegriff von Ottawa bezieht auch die Work-Life-Balance mit ein. Im Jahre 2007 haben die DGB-Gewerkschaften begonnen, eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung der Arbeitsbedingungen aus Sicht der Beschäftigten in Deutschland in die Wege zu leiten. Mit dem „DGB Index Gute Arbeit“ wurde eine Berichterstattung etabliert, die eine gute Basis bildet, um repräsentativ die Sicht der Beschäftigten zu untersuchen und politische Konsequenzen abzuleiten. Er ba-

5 GEW-Pressemitteilung: „Index Gute Arbeit – Belastungs- und Leistungsdruck steigen“, 2.5.2012

6 Statistik Bundesagentur für Arbeit 2011/sozialversicherungspflichtig gemeldete Beschäftigte

7 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, BT-Drucksache 16/12860, 30.4.2009, S. 54, 56

8 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, 2002

siert auf drei Themenfeldern: Einkommen und berufliche Zukunftssicherheit; entwicklungs-förderliche Ressourcen; Belastungen. Der DGB Index Gute Arbeit definiert aus Arbeitnehmersicht gute Arbeit. Vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass die Gewerkschaften ver.di und GEW im Januar 2009 sich dazu entschlossen haben, zusätzlich zu ihren Forderungen für eine bessere Eingruppierung von Erzieherinnen auch einen Tarifvertrag „Betrieblicher Gesundheitsschutz/Betriebliche Gesundheitsförderung für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst“ mit den kommunalen Arbeitgebern (TVöD/VKA) zu vereinbaren. In der Öffentlichkeit wurde den Gewerkschaften zunächst vorgeworfen, mit diesem Tarifvertrag die Streikfähigkeit herstellen zu wollen. Es zeigte sich aber sehr schnell, dass für die Beschäftigten beide Themen, sowohl Bezahlung als auch Gesundheitsförderung, von zentraler Bedeutung sind; und so änderte sich im Verlauf der Auseinandersetzung die öffentliche Meinung.

Berufsspezifische Belastungsfaktoren für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes sind „Zeitdruck, Komplexität und Umfang der Anforderungen. Die Folgen sind nicht nur Erkrankungen des Skeletts und der Muskulatur, vor allem des Rückens, sondern auch chronische und psychische Erschöpfung (Burn-out-Syndrom) bei Erzieherinnen und Sozialarbeitern insbesondere auch in Form einer ‚emotionalen Erschöpfung‘.“⁹

Die Gewerkschaften werden darauf dringen, dass nicht nur das Arbeitsschutzgesetz, sondern auch betriebliche Gesundheitsförderung in Tarifverträgen übernommen und umgesetzt wird. So ist der individuelle Rechtsanspruch auf Gesundheitsförderung und auf Überprüfung des Arbeitsplatzes als tarifvertragliches Recht ein entscheidender Faktor, der über das Arbeitsschutzgesetz hinausgeht. Ein

„Höchstmaß an Wohlbefinden zu erreichen“, wie es in der Ottawa Erklärung vorgesehen ist, wird eine dauerhafte Aufgabe der Gewerkschaften sein. Die Dienstleistungsberufe und somit die Erziehungsberufe und die der sozialen Arbeit müssen sich stärker als bisher in dieses Feld einbringen. Sie müssen organisiert sichtbar werden als Profession. In einer Dienstleistungsgesellschaft kann sich der Dienstleistungsarbeitsplatz nicht mehr über die Berufe der Industriegesellschaft definieren und ausgestalten lassen. Eigene Definitionen sind dringend erforderlich, vor allem für die Sozial- und Erziehungsberufe. Sie sind eine Wachstums- und Zukunftsbranche.

Es reicht eben nicht aus, Kinderschutzkonzepte und einen Kinder- und Jugendbericht zum Thema „Gesundheit der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen“ (13. Kinder- und Jugendbericht/2009) als Bundesregierung zu veröffentlichen, sondern man muss auch als öffentlicher Arbeitgeber (Bund, Länder, Gemeinden) oder als öffentlicher Geldgeber (für die Wohlfahrtsverbände und Kirchen) denjenigen, die mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten, einen gesunden Arbeitsplatz anbieten. Die Forderung nach Tariftreue – auch im Bereich gesunder Arbeitsplatz – ist die eine, sich als öffentlicher Arbeitgeber selbst daran zu halten, die andere Seite der Medaille. Darauf werden die Gewerkschaften in den nächsten Jahren verstärkt achten und eigene tarifliche Vorstellungen entwickeln. ■

⇒ Norbert Hocke ist Vorstandsmitglied und Leiter des Organisationsbereiches Jugendhilfe und Sozialarbeit beim GEW-Hauptvorstand. Der gelernte Erzieher arbeitete als Bildungsreferent und Leiter einer Evangelischen Kindertagesstätte, studierte Sozialarbeit und Erziehungswissenschaft an der TH Berlin. Im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GEW ist er für den Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit zuständig sowie für Familienpolitik. Von 1998 bis 2005 hatte er das Amt des stellvertretenden GEW-Vorsitzenden inne.

⁹ GEW-Ratgeber Betriebliche Gesundheitsförderung im Sozial- und Erziehungsdienst, April 2010, S. 5

Black- statt „Crackberry“ – Kleine Betriebsvereinbarung mit großem Potenzial

von Frederic Speidel



Foto: www.fotolia.com, © Maksym Dykha / © Photo-K

Als die Betriebsparteien von Volkswagen am 18. Juli 2011 die Betriebsvereinbarung mit dem sperrigen Titel „Verfahrensregelung zur Vergabe von Smartphones“ unterzeichnet hatten, war keineswegs absehbar, dass selbiges Schriftstück zu einer der öffentlich bislang meist diskutierten betrieblichen Regelungen in der VW-Geschichte werden sollte. Inhalt und Timing der so genannten Blackberry-Regelung trafen und treffen den betrieblichen und politisch-gesellschaftlichen Zeitgeist offensichtlich haargenau. Inmitten real zunehmender arbeitsbedingter Stresskrankheiten (Burnout) sowie des gewerkschaftlichen wie sozialdemokratischen

Vorhabens einer gezielten Anti-Stress-Politik („Anti-Stress-Verordnung“) kommt der Blackberry-Regelung von Volkswagen eine bedeutende Vorreiterfunktion zu. Als erste ihrer Art prägt sie ganz wesentlich die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Gefahr ständiger Erreichbarkeit und unkontrollierter Arbeitssucht. Zugleich wirkt sie als Gradmesser für die Frage, wie viel Stressminimierung in der Arbeit in Deutschland einerseits möglich, andererseits tatsächlich erwünscht ist. Zur besseren Einordnung der Smartphone-Thematik bei Volkswagen seien nachfolgend neben der Regelung an sich ebenso ihr Entstehungshintergrund wie auch einige der

mit ihr zusammenhängenden betrieblichen und gesellschaftlichen Herausforderungen erörtert.

Ausgangssituation

Die Besonderheit der „Blackberry-Regelung“ von Volkswagen liegt in ihrer Entstehungsgeschichte begründet, die einer strikten Bottom-Up-Logik folgt. Sie ist eben nicht entworfen worden als ein politisch satisfaktionsfähiges, unternehmenskulturelles Mode- und Imageprodukt der höchsten Entscheidungsträger im Betriebsrat und Personalwesen, sondern setzt „unten“ an. Ausgangspunkt ist die unmittelbare Arbeitsrealität ganz spezifischer Beschäftigtengruppen. Entscheidend für die Entstehung der Regelung war das Problem- und Verantwortungsbewusstsein in Betriebsratsbereichen der Wolfsburger VW-Zentrale mit klassischer Angestelltenklientel: Marketing, Vertrieb, Finanz, IT, Rechtswesen. In diesen Bereichen stellt die Initiative des Betriebsrats einer maßvollen Regulierung des Gebrauchs von Firmenhandys den Kulminationspunkt andauernder Bemühungen und Auseinandersetzungen um den bestmöglichen Schutz der Beschäftigten vor entgrenzter „Arbeit ohne Ende“ dar. Hierzu zählt die kontrovers geführte Debatte um einen erweiterten Gleitzeitrahmen genauso wie die Frage der Eingrenzung permanenter Arbeitsbereitschaft und Erreichbarkeit durch Laptop und Handy außerhalb betrieblicher, tariflicher und gesetzlicher Arbeitszeiten. Charakteristisch für dieses vielschichtige Themenfeld ist der doppelte Widersacher, dem sich der Betriebsrat in nahezu all seinen Initiativen für eine gleichermaßen verbindliche wie intelligente Regulierung gegenüber sieht. Zum einen gilt es, das Management von der Notwendigkeit eines maßvollen Umgangs mit menschlichem Leistungsvermögen zu überzeugen; zum anderen sehen sich die betrieblichen Interessenvertreter oftmals mit den zu schützenden Beschäftigten selbst

konfrontiert, für die der eingeschränkte Gebrauch elektronischer Arbeitshilfen (Handy, Laptop, Tablet-Computer) im ersten Moment als unerwünschte Beschneidung der eigenen (Arbeits-)Freiheit wahrgenommen wird.

Gleichsam als Vorläufer zur „Blackberry-Regelung“ fungiert bei Volkswagen die seit 2010 existierende „Travel X-Regelung“, die eine kontrollierte Handhabe von Firmen-Laptops vorsieht. Danach muss die Zugriffsmöglichkeit von außen auf das VW-Laufwerk in jedem Einzelfall durch den Betriebsrat genehmigt werden – eine Regulierungspraxis, die angesichts zunehmender Auslandsaktivitäten und einer wachsenden Zahl an Beschäftigten, die immer häufiger wünschen, auch von zuhause aus arbeiten zu können, keineswegs einfach durchzusetzen war. Nahezu analog zur „Travel X-Regelung“ galt auch für den Gebrauch von Firmenhandys lange Zeit das Prinzip der Einzelfall-Genehmigung dergestalt, dass Sonderanträge mit expliziter Bezahlregelung gestellt werden mussten (meistens für Rufbereitschaften). Von Anfang an erwies sich das Vorhaben des Betriebsrats, den Gebrauch elektronischer Arbeitshilfen zu regulieren, politisch und strategisch als äußerst anspruchsvoll. Der Betriebsrat begab sich in diesem Punkt auf ein Handlungsfeld, auf dem ihn viele Beschäftigte und Führungskräfte entweder gar nicht sehen wollten oder ihm aber nicht viel zuge-
traut haben. Für den Betriebsrat stellte diese vordergründig ungünstige Ausgangslage jedoch keineswegs ein unüberwindbares Hindernis dar. Während des gesamten Prozesses der Ausarbeitung und politischen Rechtfertigung der Regelung profitierte der Betriebsrat von Volkswagen mit der IG Metall an der Seite von seiner starken institutionellen und gewerkschaftlichen Machtposition und dem damit einhergehenden gestaltungsorientierten Selbstverständnis. Prägnant auf den Punkt bringt dieses der koordinierende Betriebsrat der oben genannten Angestelltenbereiche und Initiator der „Blackberry-Rege-

lung“, Heinz-Joachim Thust: „Wir haben den Anspruch, Entwicklungen kontrollieren zu können“ (Interview mit dem Verfasser).

Die Regelung im Einzelnen

Und nun zu den in der Betriebsvereinbarung auf etwa einer Seite festgehaltenen konkreten Verfahrensregeln, deren Listung im Interesse einer genaueren Einschätzung der Reichweite und Potenziale der Smartphone-Regelung von Volkswagen unerlässlich ist. Der Geltungsbereich der Regelung umfasst sämtliche Tarifangestellte der Volkswagen AG, die aufgrund ihrer Tätigkeit ein Firmenhandy nutzen. In Zahlen ausgedrückt werden aktuell ca. 2.700 von insgesamt 9.000 Blackberry-Nutzern in der gesamten Volkswagen AG von der Regelung erfasst. Angestellte im so genannten Tarif-Plus, eine eigens für Fachexperten bei Volkswagen eingeführte Tarifsystematik oberhalb des VW-Haustarifvertrags, sowie alle außertariflich angestellten Fach- und Führungskräfte sind von der Regelung ausgenommen. Die Verfahrensregelung zur Vergabe von Smartphones beinhaltet im Einzelnen drei Varianten (die folgenden Passagen entsprechen mit kleineren Ergänzungen dem Wortlaut der VW-Betriebsvereinbarung):

□ Grundsatz (mit Synchronisationsunterbrechung):

Unter die Grundsatzregelung fällt das Gros der Smartphone-Nutzer von Volkswagen. Das Smartphone wird grundsätzlich während der Anwesenheit im Betrieb genutzt, außerhalb der Anwesenheit im Betrieb sind die Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt. Während des Zeitfensters von 18.15 Uhr bis 7.00 Uhr und an Wochenenden steht ausschließlich die Telefonfunktion zur Verfügung, alle anderen Anwendungen, vor allem die E-Mail-Funktion, sind mittels Synchronisationsunterbrechung deaktiviert

(die Synchronisation startet wochentags um 6.30 Uhr). Die bisherige betriebliche Arbeitszeit des Beschäftigten wird durch die Nutzung von Smartphones nicht verändert. Die gesetzlichen, tarifvertraglichen und betrieblichen Regelungen zur Arbeitszeit sind zu beachten. Das Unternehmen veranlasst unverzüglich nach Unterzeichnung dieser Verfahrensregelung die notwendigen Schritte zur technischen Umsetzung.

□ Nutzung als Betriebsmittel (Schichtbetrieb, Instandhaltung etc.):

Die Arbeitsaufgabe erfordert eine hohe Mobilität am Standort. Der Zugriff auf Informationen unabhängig von der regelmäßigen Arbeitsstätte erleichtert die Arbeitsabläufe, unnötige Wegzeiten können vermieden werden. Die Nutzung der Smartphones erfolgt während der regelmäßigen Arbeitszeit im Betrieb bzw. in der Betriebsstätte oder während des Rufbereitschaftszeitraums durch zur Rufbereitschaft eingeteilte Beschäftigte. Alle Anwendungen stehen uneingeschränkt zur Verfügung. Das Smartphone verbleibt – mit Ausnahme der Rufbereitschaft – im Betrieb bzw. in der Betriebsstätte.

□ Einzelfälle (Piloten, Personenschützer etc.):

Über besondere Einzelfälle, die durch diese Verfahrensregelung nicht ausreichend abgedeckt sind, werden Unternehmen und Betriebsrat einvernehmlich entscheiden.

Betriebliche und gesellschaftliche Herausforderungen

Dass Aufmerksamkeitskonjunkturen manches Mal empirisch-praktischen Vorlauf und gezielte Öffentlichkeitsarbeit benötigen, zeigt die „Blackberry-Regelung“ von Volkswagen

überdeutlich. Intensiv medial und politisch diskutiert wird die VW-Regelung seit gut einem Jahr, obwohl sie bereits seit dem 1. August 2011 in Kraft ist. Seitdem bekannt ist, dass bei Volkswagen die Nutzung von Firmenhandys zum Wohl der Beschäftigten einer zeitlichen Einschränkung unterliegt, sind über 100 Anfragen an die Initiatoren der Regelung eingegangen: Ministerien, Parteien, Forschungsinstitute, Verbände, Gewerkschaften und Betriebsräte anderer Unternehmen informieren sich in erster Linie beim Betriebsrat aber auch bei der Wolfsburger IG Metall über die konkreten Inhalte sowie die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Regelung. Dabei fällt die Anerkennung der verschiedenen externen Organisationen und potenziellen Nachahmer für die bei Volkswagen erreichte Praxis allgemein sehr hoch aus.

Wie bereits angemerkt, ist die Binnenwahrnehmung der Blackberry-Regelung deutlich ambivalenter. Insbesondere gegenüber jüngeren Beschäftigten bei Volkswagen, die mit hohen Autonomieansprüchen arbeiten, bedarf die betriebspolitische Regulierung des Gebrauchs von Firmenhandys nicht selten differenzierter Erklärungen, mitunter Rechtfertigungen. Dabei fällt auf, dass sich die Kritik der Beschäftigten an restriktiver Smartphone-Nutzung auf den Betriebsrat und die IG Metall konzentriert, obwohl es sich um eine Betriebsvereinbarung handelt, die die Unternehmensseite mitentwickelt und freilich unterzeichnet hat. Dies legt folgenden verallgemeinerbaren Schluss nahe: Die anspruchsvolle pädagogische Leistung, die notwendig ist, um einen maßvollen Umgang mit permanenter Erreichbarkeit und Arbeitsbereitschaft in der Breite der Belegschaften durchzusetzen, kann und darf nicht von der Interessenvertretung allein geschultert werden.

Im Interesse eines Umdenkens auf ganzer Linie stehen ausnahmslos alle Initiatoren und vor allem Profiteure gesünderer und somit

auf Dauer leistungsfähigerer Beschäftigter in der Pflicht, gleichsam im sozial- bzw. betriebspartnerschaftlichen Schulterchluss offensiv und affirmativ mit derartigen Vereinbarungen umzugehen. Ferner ist aus der Binnenrezeption der Blackberry-Regelung abzuleiten, dass das VW-Beispiel nicht länger singulären Status besitzen darf, sondern möglichst schnell nationale wie internationale Nachahmer benötigt. Nur so kann aus einem immer wieder aufs Neue zu rechtfertigenden Einzelfall gesellschaftlich hegemoniale Selbstverständlichkeit werden.

Die hohe Aufmerksamkeit, die der „Blackberry-Regelung“ von Volkswagen zuteil wird, macht deutlich, wie dringlich (und häufig verzweifelt) Betriebe, Politik und Gesellschaft nach Instrumenten und Maßnahmen Ausschau halten, die Stress, Arbeitshetze und psychische Belastungen wirksam eindämmen. Die Regelung von Volkswagen ist ein kleines Steinchen im großen leistungspolitischen Mosaik, das für intelligente und nachhaltige Arbeitsregulierung prinzipiell zur Verfügung steht. Sie zeigt allen Interessierten und potenziellen Nachahmern, dass ein bewusster Umgang mit menschlicher Arbeit im Allgemeinen und mit elektronischen Arbeitshilfen im Besonderen möglich und durchsetzbar ist. ■

☞ Dr. Frederic Speidel ist Gewerkschaftssekretär in der Verwaltungsstelle der IG Metall Wolfsburg.

„Der Arbeitsmarkt muss endlich familienfreundlicher werden“

Interview mit Manuela Schwesig



↳ Manuela Schwesig ist Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD.

Foto: © Marieke Sobiech

spw: In jüngster Zeit wird vermehrt über hohe psychische Belastungen in der Arbeitswelt diskutiert. Warum steht das Thema auf der Tagesordnung? Welche gesellschaftlichen Veränderungen stehen dahinter?

» **M.S.:** Die Zahlen sprechen eine ganz eindeutige Sprache: Immer mehr Menschen erkranken aufgrund der psychischen Belastung am Arbeitsplatz. Die Zahl der Verrentungen wegen Burn-Out-Syndromen nimmt auch zu. 1993 erfolgten noch 15,4 Prozent aller Verrentungen wegen psychischer Belastungen. 2011 waren es 41 Prozent. Der Anstieg ist gewaltig. Natürlich sind die Ursachen immer sehr individueller Natur. Die Belastungen am Arbeitsplatz können ganz unterschiedliche Gründe haben. Hoher Druck, ständige Erreichbarkeit, verdichtete Arbeitsprozesse. Aber auch die Sorge um den Arbeitsplatz kann zu psychischen Erkrankungen führen. Befristete Beschäftigung, Leiharbeit, Dumpinglöhne – das macht die Menschen krank. Der erhöhte Druck am Arbeitsplatz und die Erwartung, ständig erreichbar zu sein, das ist ganz besonders schädlich für die Familien. Ich sage ganz klar: Nicht die Familien müssen immer marktfreundlicher werden, sondern der Arbeitsmarkt muss endlich

familienfreundlicher werden. Schluss mit der ständigen Präsenz und der Idee, wer zuletzt das Licht ausmacht, ist der beste Arbeitnehmer.

spw: Auch Arbeitgeber haben das Thema Gesundheit aufgegriffen. Die Ergebnisse sind bislang vor allem Rückenurse, Ernährungstrainings und Fitnessprogramme, bestenfalls Einzelcoachings für wenige Fach- und Führungskräfte. Es ist zu beobachten, dass die Unternehmen die Probleme zum einen individualisieren und zum anderen zunehmend in das Privatleben hineinregieren. Beispiele für diese Entwicklung sind ständige Erreichbarkeit und Vorwürfe mangelnder Belastbarkeit oder falscher Ernährung. Hinzu kommt: gerade Beschäftigte großer Unternehmen sehen sich ständigen Umstrukturierungen und fachfremden Kontrollbürokratien ausgesetzt. Wird in den Unternehmen und der Öffentlichkeit nicht zu wenig über die Arbeitsbedingungen und deren Auswirkungen auf die Gesundheit gesprochen?

» **M.S.:** Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht genauso austauschbar wie Maschinen. Weitsichtige Unternehmen wissen ganz genau, dass ihr Personal ihr wichtigstes Kapital ist. Firmen, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind und gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Modelle entwickeln, die über die erwähnte Rückenschule hinausgehen, werden künftig auch das fähigste Personal haben. Es reicht eben nicht, gesundes Essen in der Betriebskantine anzubieten und genügend Fahrradstellplätze zu bauen. Was die Beschäftigten heutzutage krank macht, ist der Druck, der auf ihnen lastet. Die allein erziehende Mutter braucht ein flexibles Ar-

beitszeitmodell, um sich ausreichend um ihre Familie kümmern zu können. Ein anderes Problem findet in der öffentlichen Diskussion immer noch viel zu wenig Beachtung: Die Familie ist der größte Pflegedienst Deutschlands. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen neben ihrem Beruf noch einen pflegebedürftigen Angehörigen betreuen. Das geht nicht immer nur nach 17 Uhr. Menschen, die diese anstrengende, kräfteraubende und wertvolle Arbeit leisten, müssen dabei von den Unternehmen individuell unterstützt werden. Nur wird das nicht reichen. Deshalb setze ich mich für eine bezahlte Pflegeauszeit ein.

spw: Die öffentliche Debatte vermittelt den Eindruck, als ob Entgrenzung und Arbeitsstress vor allem Phänomene von hochqualifizierten Beschäftigten wären. Wird diese Debatte nicht zu eng geführt? Wie sieht es mit psychischen Belastungen für die große Masse der Beschäftigten aus?

» **M.S.:** Arbeitsstress betrifft nicht nur Manager und leitende Angestellte. Der Leiharbeiter am Fließband, der nicht weiß, ob er in einem halben Jahr noch seinen Job hat, ist davon genauso betroffen. Und er nimmt den Stress genauso mit nach Hause wie der leitende Mitarbeiter, der 24 Stunden per Mail oder Handy erreichbar ist. Eine Umfrage des DGB hat erst vor kurzem ergeben, dass für die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das größte Problem ist, dass sie gleichzeitig mehrere Aufgaben erfüllen müssen. Das betrifft alle Gehaltsklassen. Unter dem ständig wachsenden Termindruck hat der Manager gleichermaßen zu leiden wie der Fernfahrer. Wenn immer weniger Beschäftigte immer mehr leisten sollen, wächst der Druck.

spw: Psychosoziale Belastungen der Arbeitswelt werden in Deutschland häufig zum Krankheitsbild erklärt und die Probleme auf das Gesundheitswesen verlagert, anstatt sie

politisch zu bearbeiten. Die SPD-geführten Länder haben jetzt eine Bundesratsinitiative gestartet. Worauf zielt diese ab?

» **M.S.:** Wir wollen die Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz besser vor psychischer Belastung schützen. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, die Arbeit so zu gestalten, dass zum Beispiel das Arbeitstempo adäquat geplant, monotone und taktgebundene Arbeit vermieden bzw. begrenzt wird und die Umgebung so einzurichten, dass psychische Belastungen verringert werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass ein Ausschuss für psychische Belastungen beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales gebildet wird. Vertreter der Arbeitgeber, Gewerkschaften, der Länder und Unfallversicherung sowie der gesetzlichen Krankenversicherung und Wissenschaft sollen sich auf Standards einigen, die psychische Belastungen am Arbeitsplatz minimieren.

spw: Die Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen hat das Thema „Psychische Gesundheit“ für sich entdeckt und neulich unter dem plakativen Titel „Wir machen es zum Thema“ verkündet, dass man das Problem gemeinsam mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften anpacke. Zeichnet sich da bereits ein Konsens ab? Wo liegen die Unterschiede zur Bundesregierung?

» **M.S.:** Es ist leicht gesagt, dass die Menschen abends das Handy einfach mal abschalten sollen. Ginge es Frau von der Leyen nicht nur um einen publikumswirksamen Auftritt vor den Fernsehkameras, hätte sie schon längst ernst gemacht. Die Tarifpartner sind von sehr wichtiger Bedeutung für den Prozess hin zu einer familienfreundlichen Arbeitswelt. Aber der Gesetzgeber – und das sollte eine Bundesregierung ja eigentlich sein – ist hier gefordert. Und ich rede dabei nicht von unnötigen Drangsalierungen der Unternehmen. Ich meine damit auch klipp und klar die Rahmenbedingungen.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf
Konkurrenz für das Empire
 Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt
 304 Seiten - € 24,90

Altvater/Mahnkopf diskutieren zwei gegensätzliche Modelle Europas: ein neoliberales Modell Europa der imperialistischen Konkurrenz zu den USA und ein Modell Europa in einer sozialen und demokratischen Welt.

*Forschungsgruppe
 Staatsprojekt Europa (Hrsg.)*
Die EU in der Krise
 Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling
 im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung
 165 Seiten - € 15,90

Der geplante autoritär-neoliberale Umbau der EU droht die Überreste liberaler und sozialer Demokratie in Europa abzuschaffen.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Deshalb benötigen wir eine Anti-Stress-Verordnung.

spw: Zwar hat die IG Metall die Forderung nach einer Anti-Stress-Verordnung angestoßen. Beim Blick in die Statistiken der Krankenkassen fällt jedoch auf, dass in den Sozial-, Pflege- und Bildungsberufen, also bei den ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen, PflegerInnen und LehrerInnen, besonders hohe Stressbelastungen und Krankheitstage mit der Diagnose „Burn-Out“ aufweisen. Hier stehen die Länder ja zum Teil auch selbst als Arbeitgeber in der Pflicht, welche Rückschlüsse sind aus den Zahlen der Krankenkassen zu ziehen?

» **M.S.:** Man muss sich sehr genau die individuellen Belastungen innerhalb einer bestimmten Berufsgruppe anschauen. Ich bin sehr oft im Gespräch mit Erzieherinnen, Alten- und Krankenpflegerinnen. Viele berichten davon, dass sie für ihre eigentliche Aufgabe, wegen der sie auch vor Jahren den Beruf gewählt haben, gar nicht mehr kommen. Anstelle sich beispielsweise in einem Pflegeheim um die alten Menschen zu kümmern, nehmen Dokumentation und Statistik immer mehr Raum ein. Es bleibt zum Teil extrem wenig Zeit für die Beschäftigung mit den Menschen. Wichtig ist vor allem, dass die Bezahlung und Anerkennung der sozialen Berufe endlich besser wird. ■

↳ Das Interview führten Holger Schoneville und Stefan Stache.

Länderinitiative „Schutz vor Gefährdung durch psychische Belastung bei der Arbeit“

Hintergründe – Zielsetzungen – Realisierungschancen

von Rainer Hellbach



Foto: www.fotolia.com, © Creatix

Arbeitsbedingte psychische Belastung ist zu einem zentralen Thema der gesundheits- und arbeitsschutzpolitischen Diskussion geworden. Nach den Auswertungen der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit gehört arbeitsbedingter Stress zu den wesentlichen gesundheitsgefährdenden Ursachen in der Arbeitswelt (Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz 2009). Der aktuelle Stressreport Deutschland der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin weist das Multitasking, also verschiedene Arbeiten zeitgleich zu betreiben; starken Termin- und Leistungsdruck, ständig wiederkehrende Arbeitsvorgänge und Arbeitsunterbrechungen als zentrale Belastungsfaktoren aus (Lohmann-Haislah 2012). Die Folgen für die physische und psychische Gesundheit können sehr vielfältig sein: Sie reichen von vorübergehenden Beeinträchtigungen wie

Schlafstörungen oder Erschöpfung bis hin zu manifesten Krankheiten wie Herz-Kreislauf- oder Magen-Darm-Erkrankungen.

Psychische Erkrankungen und Arbeitsunfähigkeit – die Kostenseite

Im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen vor allem die psychischen Erkrankungen. Nach den Berechnungen der Krankenkassen werden die jährlichen Kosten arbeitsbedingter Erkrankungen in Deutschland auf insgesamt über 43 Milliarden Euro geschätzt, die sich aus etwa 19 Milliarden Euro direkter und 25 Milliarden Euro indirekter Kosten zusammensetzen. Bei den direkten Kosten nehmen die psychischen Störungen mit ungefähr drei Milliarden Euro nach den Muskel-Skelett-Erkrankungen den zweiten Rang ein (Bödeker, Friedrichs 2011, S.79). Im Jahr 2011 gingen 53 Millionen Arbeitsunfähigkeits-

tage auf das Konto psychischer Störungen; das bedeutet einen Anstieg um mehr als 80 Prozent in den letzten fünfzehn Jahren. Im Hinblick auf die indirekten Kosten lösen die psychischen Störungen mit gut drei Milliarden Euro die zweithöchsten Kosten aus, bezüglich der indirekten Kosten durch Frühberentung sogar die höchsten. Mit über 41 Prozent der Renten-Neuzugänge aufgrund verminderter Erwerbsfähigkeit sind psychische Erkrankungen inzwischen die Hauptursache für Frühverrentungen. Mit durchschnittlich 48 Jahren sind die Betroffenen zudem noch relativ jung (Lohmann-Haislah 2012).

Psychische Belastung im Arbeitsschutzrecht – eine Regelungslücke

Es besteht kein Zweifel, dass Arbeit selbst grundsätzlich einen positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit besitzt. Neben den positiven Wirkungen von Arbeit auf Gesundheit und Wohlbefinden, müssen die Beschäftigten jedoch vor arbeitsbedingten Gefährdungen durch psychische Belastung in den Unternehmen besser geschützt werden.

In Deutschland wurde es bisher versäumt, verständliche, hinreichend konkrete und verpflichtende Regelungen für den Umgang mit arbeitsbedingter psychischer Belastung zu treffen. Die europäische Sozialpartnervereinbarung zum arbeitsbedingten Stress (European Trade Union Confederation et.al. 2004), in der sich die Sozialpartner freiwillig zu systematischen Verfahren und Maßnahmen gegen Stress bei der Arbeit verpflichten, wurde nicht in dem vereinbarten Maße umgesetzt. In Deutschland sind weder die Sozialpartner noch der Gesetzgeber bisher aktiv geworden, im Gegensatz zu dreizehn anderen Mitgliedstaaten der EU. So konnte die EU-Kommission im Jahr 2011 in Deutschland kaum positive Effekte feststellen (European Commission 2011).

Die abstrakte rechtliche Vorgabe des Arbeitsschutzgesetzes zu arbeitsbedingter psy-

chischer Belastung erschwerte es den Arbeitgebern, ihre Verpflichtungen zu erkennen und angemessen zu erfüllen und schränkte die Durchsetzungsfähigkeit der Überwachungsbehörden für konkrete und verbindliche Forderungen an die Betriebe stark ein. Die bedeutende Gefährdung durch arbeitsbedingte psychische Belastung bildet die Rechtsetzung nicht adäquat ab. Betrieben und Aufsichtsbehörden fehlt für ihr Handeln ein verbindlicher Bezugsrahmen.

Das Arbeitsschutzgesetz bietet zwar eine Grundlage für die Beurteilung aller Gefährdungen, muss aber für arbeitsbedingte psychische Belastung – wie dies auch für andere bedeutende Belastungsfaktoren geschehen ist – durch eine untersetzende Verordnung konkretisiert werden. Eine untersetzende Rechtsverordnung ist eine notwendige Voraussetzung, um den Abstand zwischen den Erkenntnissen zu psychisch belastenden Arbeitsbedingungen und der alltäglichen Praxis in den Betrieben zu verringern.

Psychische Belastung bei der Arbeit – eine Herausforderung für die Aufsichtsbehörden

Gefährdungen durch psychische Belastung bei der Arbeit stellen die Aufsichtsbehörden der Länder vor neue Herausforderungen. Neuere Konzepte und Handlungsleitfäden der Arbeitsschutzbehörden verfolgen das Ziel, mögliche Gefährdungen durch psychische Faktoren nachhaltiger als bisher im betrieblichen Kontext aufzugreifen.

Trotz Handlungshilfen für Betriebe, in denen die einzelnen Schritte einer Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen beschrieben werden, trotz der fortschreitenden Integration des Themas psychische Belastung in die Aufsichtskonzepte die Aufsichtsdienste der Länder muss man heute - mehr als zwanzig Jahre nach dem Arbeitsschutzgesetz - eine eher negative Bilanz ziehen: Zwar sind psychische Belastungen grundsätzlich als Thema in den Köpfen

von Aufsichtsbeamten und Arbeitgebern „angekommen“, die betriebliche Umsetzung steckt jedoch vielfach noch in den Kinderschuhen. Einige Verantwortungsträger versuchen immer noch, arbeitsbedingte Probleme zu individualisieren statt in erster Linie die Arbeitsbedingungen auf den Prüfstand zu stellen. Die vorwiegend technisch ausgebildeten Aufsichtsbeamten und betrieblichen Arbeitsschutzakteure stehen oft noch fragend vor dieser für sie „neuen“ Anforderung. So wundert es nicht, dass arbeitsbedingte psychische Belastungen nicht nur in Betrieben weitgehend unberücksichtigt bleiben, sie spielen auch im Tätigkeitsspektrum der staatlichen Arbeitsschutzaufsicht noch immer keine angemessene Rolle (vgl. Beck, Richter, Lenhardt 2012).

Stärkere Verbindlichkeit für Unternehmen – mehr Handlungssicherheit für Aufsichtsdienste

Trotz richtungsweisender Aktivitäten der Länder und anderer Arbeitsschutzakteure, trotz der Anstrengungen vieler Betriebe im Handlungsfeld psychischer Belastungen: Es mangelt an einer stärkeren Verbindlichkeit für die Betriebe und an mehr Handlungssicherheit für die Aufsichtsdienste. Die Verantwortung dafür, die Arbeit menschengerecht zu gestalten, liegt in den Händen der Arbeitgeber. Welche Pflichten sie im Hinblick auf arbeitsbedingte psychische Belastungen erfüllen müssen, gilt es jetzt mit einer rechtlichen Regelung zu konkretisieren. Spätestens seit den Ergebnissen der europäischen Unternehmensbefragung (vgl. ESENER Studie) wissen wir, dass mehr als neunzig Prozent der deutschen Betriebe im Arbeitsschutz handeln, um gesetzliche Verpflichtungen zu erfüllen. Deshalb brauchen sie in ihrem Pflichtenheft klar formulierte Anforderungen für die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen, auf die sich auch die Aufsichtsdienste beziehen können. Zu diesen Anforderungen gehört auch die Beteiligung der Beschäftigten als Experten ihrer Arbeitsbedingungen. Sie ist vor allem bei der Ermittlung psychischer Belas-

PapyRossa Verlag



**Peter Bathke
Anke Hoffstadt (Hg.)**

**Die neuen
Rechten in Europa**
Zwischen Neoliberalismus
und Rassismus

978-3-89438-507-1
362 Seiten | 18,00 Euro

Namhafte Autorinnen und Autoren zeigen Ursachen für den kontinuierlichen Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa. Dabei lassen sie die neoliberalen Rahmenbedingungen nicht außer Acht. Und sie skizzieren, welche Bündnisse gegen Rechts Erfolg versprechen.



Andreas Wehr

**Die
Europäische Union**
Basiswissen Politik /
Geschichte / Ökonomie

978-3-89438-498-2
134 Seiten | 9,90 Euro

Andreas Wehr beschreibt die EU als ein fragiles Bündnis, in dem ein erstarktes Deutschland den Ton angibt. Unter seiner Führung entwickelt sich ein wirtschaftlich starkes Kern-europa, umgeben von einer schwachen Peripherie. Nach relativ erfolgreichen Jahren ist die aktuelle Entwicklung geprägt von Rückschlägen, deren Ende offen ist.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

tungen nahezu unverzichtbar (vgl. Herbig, B. et al. 2012, S. 254f.).

Dem Bedeutungswandel im Spektrum der Arbeitsbelastungen muss in der Gesetzgebung und in der betrieblichen Praxis Rechnung getragen werden: Ein Arbeitsschutz, der psychische Belastungsfaktoren nicht oder nicht angemessen in seinen Fokus nimmt, wird in unserer modernen Arbeitswelt das Ziel, arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren und Unfälle zu vermeiden und Arbeit menschengerecht zu gestalten, nicht erfüllen. Eine rechtliche Regelung, die das Arbeitsschutzgesetz konkretisiert, würde nicht nur vielen zuständigen betrieblichen Akteuren im Betrieb den Rücken stärken. Ein erweiterter Handlungsrahmen würde es den Aufsichtsbehörden ermöglichen, ihren bisher „ungeregelten“ Anforderungen den notwendigen Nachdruck zu verleihen.

Mehr Verbindlichkeit durch Rechtsoffensive schaffen

Mit dem Ziel, die im Hinblick auf den Komplex „psychische Belastung“ bei der Arbeit identifizierten Regelungsdefizite im Arbeits- und Gesundheitsschutz zu schließen, haben sich die SPD-geführten Arbeit- und Gesundheitsressorts der Länder im Frühjahr 2012 darauf verständigt, unter Federführung Hamburgs eine Bundesratsinitiative zur Schaffung einer „Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastung bei der Arbeit“ zu ergreifen. Die Forderung an die Bundesregierung, das Themenfeld „psychische Belastung“ durch eine den Arbeitsschutz konkretisierende Rechtsverordnung abzubilden, ist zudem von der 89. Arbeits- und Sozialministerkonferenz im November 2012 als Beschluss formuliert worden.

Der Schutz der Beschäftigten vor negativen Beanspruchungsfolgen psychischer Belastung und die Förderung ihrer psychischen Gesundheit ist Ziel der Rechtsverordnung. Sie soll eine stärkere Verbindlichkeit für die Betriebe zur

ganzheitlichen Beurteilung der Arbeitsbedingungen herstellen und der Bedeutung psychischer Belastungsfaktoren in der Arbeitswelt gerecht werden. Zudem soll sie Aufsichtsbehörden in die Lage versetzen, qualifiziert und für den Arbeitgeber nachvollziehbar, die Anforderungen aus dieser Regelung überwachen zu können und bei Beratungsresistenz Sanktionen ermöglichen.

Das deutsche Arbeitsschutzrecht kennt für die „klassischen“ arbeitsplatzbezogenen Gefährdungen jeweils ein klares System von allgemeinen gesetzlichen Anforderungen, Konkretisierungen auf einer ersten Stufe durch Verordnungen und weiterführende Konkretisierungen durch Regeln der staatlichen Ausschüsse. Dies fehlt für Gefährdungen durch psychische Belastung bei der Arbeit völlig. Vor allem bestärkt die fehlende normativ dirigierte Konkretisierung im Bereich der Gefährdung durch psychische Belastung das vorhandene Vorurteil, dass man diese Aufgabe bei Gefährdungsbeurteilungen und betrieblichen Maßnahmen ausklammern oder zumindest hintanstellen kann.

Grundzüge einer Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdungen durch psychische Belastungen bei der Arbeit

Die Verordnung formuliert die wesentlichen spezifischen Anforderungen an die Gefährdungsbeurteilung. Es folgen in einem eigenen Abschnitt die jeweiligen betrieblichen Gestaltungspflichten mit dem Fokus auf die Arbeitsorganisation, die Arbeitszeit, Arbeitsumgebungsbedingungen und soziale Bedingungen. Zu den strukturbildenden Elementen der Verordnung gehört die Bildung eines eigenständigen Ausschusses für psychische Belastung bei der Arbeit, der sowohl gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse als auch Regeln zur Umsetzung der Verordnung ermittelt, die vom Ministerium bekannt gemacht werden. Diese Ausschüsse haben sich zu einem wichtigen Element des heutigen deutschen Arbeitsschutz-

rechts entwickelt. Die von ihnen ermittelten Regeln gewinnen zunehmend an Akzeptanz vor allem auch in den Betrieben.

Psychische Belastungen ergeben sich vor allem aus der Arbeitsaufgabe, Arbeitsorganisation, Arbeitszeit, Arbeitsumgebung und den sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz. Das Arbeitsschutzgesetz schließt als Maßnahme des Arbeitsschutzes auch Maßnahmen der menschengerechten Gestaltung der Arbeit explizit mit ein. Durch die beabsichtigte Ergänzung um ‚psychische Gefährdungen und Belastungen‘ ist hier zumindest eine Klarstellung zu erwarten. Dabei bedeutet „menschengerecht“ nicht ausschließlich Gesundheitsschäden und Beeinträchtigungen zu vermeiden oder zumindest zu mindern, sondern auch Arbeit gesundheits- und persönlichkeitsförderlich zu gestalten, um die psychische Gesundheit zu stärken und zu fördern (Oppolzer 2010, S. 63ff, siehe dazu auch Ulich/Wülster 2010, S. 38ff. und S. 253f.).

Um die Anforderungen für Betriebe verständlich und nachvollziehbar zu formulieren soll die Verordnung Grundsätze der Arbeitsgestaltung formulieren wie zum Beispiel „Verhältnisorientierung vor Verhaltensorientierung“ sowie Leitregeln benennen wie etwa die Beteiligung der Beschäftigten bei der Ermittlung und Bewertung psychischer Belastungen und geeignete Maßnahmen zur Prävention psychischer Belastungen. Die Verordnung sollte darüber hinaus Sanktionen ermöglichen, wenn Betriebe nach Beratung und Unterstützung nicht aktiv werden.

Realisierungschancen – wie geht es weiter

Die genannten Länder haben auf Ressortebene unter Mitwirkung externer Arbeitsschutzexperten aus der Wissenschaft und Praxis einen Verordnungsentwurf erarbeitet, der im Oktober 2012 im Hamburger Rathaus einem Expertenkreis aus Bund, Ländern, Unfallversicherungsträgern, Sozialpartnern sowie Vertretern von Wissenschaft und Verbänden vorge-

stellt wurde. Eine Fassung, die dort formulierte Änderungswünsche berücksichtigt, wird derzeit in den Kabinetten der antragstellenden Länder abgestimmt und soll im Mai 2013 in den Bundesrat eingebracht werden.

Die Realisierungschancen in der laufenden Legislaturperiode dürfen in Anbetracht der Bundestagswahl im September nicht überschätzt werden. Derzeit ist wohl eher nicht davon auszugehen, dass die Bundesarbeitsministerin die geforderte Rechtsverordnung umsetzt. Sie selbst will bekanntermaßen eine solche Regelung aber nicht völlig ausschließen. Der Rest dürfte dann Wahlkampf sein. ■

☞ Rainer Hellbach ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Bremen und Leiter der Abteilung „Ministerial- und Rechtsangelegenheiten“ im Amt für Arbeitsschutz in der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Hamburg Seine Tätigkeitsschwerpunkte sind unter anderem Grundsatzangelegenheiten des Arbeitsschutzes, Arbeitsschutzkonzepte und Arbeitsschutzmanagementsysteme.

Literatur

- Beck D., Richter G., Lenhardt U. (2012): Psychische Belastungen in der Aufsichtspraxis der staatlichen Arbeitsschutzbehörden. In: Lothar Schröder, Hans Jürgen Urban (Hrsg.), Gute Arbeit. Sonderausgabe 2012, Zeitbombe Arbeitsstress – Befunde, Strategien, Regelungsbedarf. Frankfurt/ M. (Bund-Verlag): 104-115.
- Bödeker, W., Friedrichs, M. (2011): Kosten der psychischen Erkrankungen und Belastungen in Deutschland. In: Lothar Kamp, Klaus Pickshaus (Hrsg.) Regelungslücke psychische Belastungen schließen, Hans Böckler Stiftung u. Industriegewerkschaft Metall, Düsseldorf, S. 69 – 102. http://www.boeckler.de/pdf/p_mbf_regellungsluecke.pdf
- Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (2009): Europäische Unternehmenserhebung ESENER Studie Bilbao. <http://osha.europa.eu/de/riskobservatory>.
- European Commission (2011): Report on the implementation of the European social partners' Framework Agreement on Work-related Stress. Brussels, 24.2.2011.
- Herbig, B. et al. (2012): Messung psychischer Belastungen: Ausgewählte Methoden und Anwendungsfelder. In: Arbeitsmedizin. Sozialmedizin. Umweltmedizin; 47: 252-268.
- Lohmann-Haislah A, 2012: Stressreport Deutschland 2012. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden, 1. Auflage. Dortmund: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 2012.
- Oppolzer, Alfred (2010): Gesundheitsmanagement im Betrieb. Integration und Koordination menschengerechter Gestaltung der Arbeit. Erweiterte und aktualisierte Neuauflage der 1. Auflage von 2006. VSA: Verlag Hamburg.
- Ulich, E., Wülster, M. (2010): Gesundheitsmanagement in Unternehmen. Arbeitspsychologische Perspektiven, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage. Gabler Verlag Wiesbaden

Managementgehälter – Macht oder ökonomisches Gesetz?

von Arne Heise



Die Diskussion um die Gehälter der Top-Manager in Deutschland bricht nicht ab. Einerseits erscheinen Einkommen von bis zu 6.000 Euro pro Stunde oder 1.300.000 Euro pro Monat (wie Martin Winterkorn von VW im Jahr 2011) schlicht unbegreiflich bzw. unmoralisch. Andererseits werden die Anreize, die von solchen Gehältern ausgehen, gelegentlich als mitverantwortlich für das Risikoverhalten mancher Manager gesehen, das in die Weltfinanzkrise ab 2008 geführt hat und letztlich manches Unternehmen von staatlicher Unterstützung abhängig werden ließ.

Auch beginnt die Diskussion erneut hochzukochen, wenn, wie gerade in der Schweiz und auf EU-Ebene, irgendwo neue gesetzliche Rahmenbedingungen beschlossen werden, die die Managementgehälter betreffen: So haben die Schweizer in einer Volksabstimmung darüber entschieden, dass die Aktionäre über die Vergütungssysteme ihres Spit-

zenpersonals entscheiden sollen (wie bereits in Großbritannien). Das Europäische Parlament und der Ministerrat haben einem Entwurf der EU-Kommission zur Beschränkung der Bonusanteile des Gehalts auf 100 Prozent des Grund- bzw. Festgehalts für die Entlohnung von Bankern zugestimmt.

Andererseits gibt es reichlich Stimmen, die eine Deckelung von Managementgehältern für ökonomisch falsch und moralisch-ethisch nicht legitimierbar halten. Und tatsächlich erscheint es schwer einsichtig, weshalb ein Banker oder Industriemanager nicht das verdienen darf, was für manchen Spitzensportler oder Künstler als völlig normal akzeptiert wird.

Bevor wir uns dieser Frage nähern, soll ein Blick in die Verdienstentwicklung erklären, weshalb dieses Thema in den letzten Jahren besonders virulent geworden ist.

Tabelle 1: Gehälter deutscher Vorstandsvorsitzender

Konzern	Gehalt des Vorstandsvorsitzenden 2003 in Mio. €	Gehalt des Vorstandsvorsitzenden 2011 in Mio. €	Steigerungsrate
VW	2,7	17,5	548%
Siemens	3,6	9,8	172%
Deutsche Bank	7,7	9,0	17%
Linde	2,3	8,0	247%
Adidas	1,7	6,0	253%
Durchschnitt Großkonzerne¹	2,1	6,1	190%

Anmerkungen: ¹ Durchschnitt des Gehalts der Vorstandsvorsitzenden von 24 Konzernen, die seit 2003 ununterbrochen im DAX vertreten waren. Quelle: DSW

Tabelle 2: Entwicklung der Vorstandsvergütung der Deutschen Bank in Euro

Jahr	Vergütung je aktives Vorstandsmitglied	Durchschnittseinkommen je Arbeitnehmer ¹	Relation
1967	221.000	5.225	42
1973	253.000	9.354	27
1989	664.000	20.484	32
2003	7.001.000	29.230	240
2011	13.301.900	34.199	289

Anmerkungen: ¹ Einkommen lt. Rentenversicherungsmeldung

Quelle: Härtel, H.H.: Fundamentaler Wandel der Masstabe; in: Wirtschaftsdienst 84. Jg., 2004, S. 349; eigene Berechnungen

Tabelle 3: Entwicklung von Vorstandsvergütungen, Personalkosten und Aktienkursen von DAX-gelisteten Unternehmen; 1987 = 100

Jahr	Durchschnittliche Vorstands- bezüge pro Kopf	Durchschnittliche Perso- nalkosten pro Kopf	Durchschnittlicher Aktienkurs
1987	100	100	100
1997	190	140	140
2000	400	150	300
2005	500	160	260

Quelle: R. Schmidt/ J. Schwalbach: Zur Höhe und Dynamik der Vorstandsvergütungen in Deutschland; in: ZfB Special Issue, 1/2007, S. 119

Das empirische Bild zeigt eindeutig, wie insbesondere in den letzten 10-15 Jahren die Top-Managementvergütungen teilweise dramatisch gestiegen sind: Zwischen 2003 und 2011 gingen die Bezüge der Vorstandsvorsitzenden der DAX-Konzerne um durchschnittlich 190 Prozent in die Höhe. Damit ist das Verhältnis von Top-Management-Gehältern zum durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelt vom 42-fachen im Jahr 1967 und 27-fachen in 1973 auf das 289-fache im Jahr 2011 geradezu explodiert. Wer nun aber glaubt, diese Steigerungsrate ließe sich durch eine entsprechende Entwicklung des Aktienkurses der DAX-Unternehmen, als Performanzmerkmal der Tätigkeit des Top-Managements, erklären, der sieht sich getäuscht: Gerade in der Zeit der Explosion der Managementgehäl-

ter entkoppelt sich die Gehaltsentwicklung eindeutig von der Substanzentwicklung des Unternehmens. Die Managementvergütung ist viel stärker mit dem Wachstum des Unternehmens als mit dem wirtschaftlichen Erfolg korreliert.

Wer die Entwicklung und, vor allem, das mittlerweile erreichte Niveau der Managementvergütung anhand moralisch-ethischer Standards kritisiert, läuft Gefahr, in die 'Neid-Ecke' gestellt zu werden. Aus genau diesem Grunde bemühen Ökonomen gerne das ökonomische 'Gesetz' von Angebot und Nachfrage. Der Markt – in diesem Falle für Managementdienstleistungen – übernimmt die Bewertung. Das Ergebnis ist schließlich nicht nur zu akzeptieren, jeder Eingriff führt sogar

zu Effizienzverlusten: wer wollte denn auf welcher Grundlage bestimmen, wie hoch die Gehälter sein dürften? Würde man dennoch – willkürlich – Obergrenzen festlegen, würde dies die Leistungsbereitschaft der Manager unterminieren, eine Abwanderung der Leistungsfähigsten in weniger regulierte Märkte erzwingen und, langfristig, gar den Aufbau von ‘Humankapital’ behindern. Im Hintergrund dieser Argumentation schwimmt die übliche Vorstellung mit, dass die Entlohnung von Arbeit immer genau dem entspricht, was der Arbeitende gerade so an zusätzlicher Wertschöpfung erbringt. Diese Argumentation hat allerdings einige Schwachstellen: 1) Wenn die Managergehälter tatsächlich ‘quasi neutrales’ Ergebnis der Kräfte von Angebot und Nachfrage wären, dann müsste entweder die Grenzproduktivität der Manager in den letzten 10-15 Jahren geradezu explodiert oder das Angebot relativ zur Nachfrage zusammengebrochen sein – für beides gibt es keinerlei Hinweise; 2) die Marktgesetze erbringen nur auf so genannten ‘vollkommenen’ Märkten optimale Ergebnisse. Aufgrund von Informationsasymmetrien, unvollkommenen Eigentumsrechten und Interessenkollisionen ist der Markt für Management-Dienstleistungen aber ein recht unvollkommener Markt, der Regulierung benötigt, wenn Manager nicht zu ‘Selbstbedienern’ werden sollen. 3) Schließlich liegt die Honorierung der Leistungen von Managern nicht allein in deren Entlohnung, sondern auch in der Zuweisung gesellschaftlicher Positionen, die mit Anerkennung verbunden sind. Es ist also sehr fraglich, ob die absolute Entlohnung tatsächlich viel über die Leistungsbereitschaft der Manager aussagt

Regulierung heißt natürlich nicht notwendigerweise ‘Deckelung der Management-Bezüge’ – dies wäre nur logisch, wenn der staatliche Regulator besser über die Wertschöpfungsbeiträge der Manager informiert wäre als der Aufsichtsrat oder die Aktionäre. Ökonomisch optimal wäre es, wenn ein Verfahren zur Bestimmung von Manager-Gehäl-

tern gefunden werden könnte, das von allen akzeptiert würde. Die Einführung von Bonuszahlungssystemen war genau als eine solche Verfahrenslösung gedacht: Die fixen Grundbezüge werden eher gering festgelegt, die Bonus-Programme, deren Orientierung am Unternehmenserfolg der Akzeptanz dient, sollten letztlich die ‘berechtigten’ Einkommensansprüche determinieren. Die Ausgestaltung solcher Bonus-Programme ist weitgehend der Gestaltungsmacht der Manager unterworfen – mit dem Ergebnis, dass nicht nur der langfristige Unternehmenserfolg häufig in den Hintergrund trat, sondern eine Risikobereitschaft gefördert wurde, die die Systemstabilität zunehmend gefährdet.

Die Sozialdemokratie könnte ihre Kompetenzen im Bereich der ‘Gerechtigkeit’ ebenso schärfen wie im Bereich der ‘ökonomischen Kompetenz’. Zur Gerechtigkeit gehört eine Deckelung der Grundbezüge des Managements auf einen Faktor, wie er über lange Jahre recht stabil gehalten wurde: zwischen dem 20- und 30-fachen des durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienstes. Zur ökonomischen Kompetenz gehört die Forderung, Bonus-Programme so zu regulieren, dass tatsächlich der langfristige Unternehmenserfolg für alle ‘Stakeholder’ messbar und gleichzeitig die Erfolgsteilung symmetrisch gestaltet wird (also Bonus bei Erfolg, Malus bei Misserfolg). ■

↳ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl **11** Milliarden

von Claudia Bogedan

Arbeit macht mobil...

11 Milliarden Fahrgäste benutzten 2012 Busse und Bahnen im Linienverkehr, wie das Statistische Bundesamt Anfang April meldete. Damit erhöhte sich die Zahl gegenüber 2011 um 0,7 Prozent, gegenüber 2004, dem Jahr der ersten Messung, um 935 Millionen Fahrgäste. Die Nutzung der Bahn wuchs besonders stark an. Die Bahn macht mobil... und Arbeit um so mehr, möchte man den bekannten Werbeslogan ergänzen. Denn die Zahl der Berufspendler wächst seit zwei Jahrzehnten kontinuierlich. Dabei hat die Länge der Pendelstrecke bzw. die Fahrtdauer einen erheblichen Einfluss auf die Balance zwischen Arbeit und Privatleben, denn die Pendelzeit fehlt für andere Freizeitaktivitäten, Familie und Erholung. Etwa zwei Drittel der täglich Pendelnden benötigen weniger als 30 Minuten bis zum Arbeitsplatz, immerhin noch mehr als ein Fünftel ist länger als 30 Minuten unterwegs. Vier Prozent der Pendler benötigen sogar länger als eine Stunde pro Strecke. Dabei ergibt sich eine interessante Geschlechterdifferenz: Frauen brauchen weniger Pendelzeit als Männer. Dies hat unter anderem damit zu tun, dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten, wofür der Arbeitsweg kürzer ausfällt.

Hinter dem steigenden Mobilitätsgrad stehen unterschiedliche Entwicklungen. Einerseits wandern Betriebe und Beschäftigte aus den Kernstädten in die Umlandgemeinden (dieser Trend wird bei schnell steigenden Mieten weiter anhalten). Andererseits verlangt der Arbeitsmarkt immer stärkere Konzessionen von den Arbeitskräften: (1) Die Kriterien zur Aufnahme einer neuen Beschäftigung für Arbeitslose wurden verschärft. Mancherorts gelten Wegezeiten von 45 Minuten pro Pendelstrecke als zumutbar. (2) Der Konkur-

renzdruck am Arbeitsmarkt führt dazu, dass, wer „gute Arbeit“ hat, diese unter allen Umständen behalten möchte. (3) Hinzu kommt: Wenn Frauen und Männer gleichermaßen an der Erwerbsarbeit teilhaben, muss beim Familienwohntort ein Kompromiss zwischen zwei Arbeitsstätten gefunden werden. (4) Für die Unternehmen ist die gestiegene Mobilität zudem eine notwendige Voraussetzung, ihre regional sehr ungleich verteilte Fachkräftenachfrage zu befriedigen.

Arbeit macht also mobil. Allerdings nicht nur was das tägliche Pendeln betrifft: Dienstreisen, wechselnde Einsatzorte – weltweit, Wochenendpendler, mobile Endgeräte und damit verbundene dauernde Erreichbarkeit, Heim- und Telearbeit, Cloudworking und Crowdsourcing sind Phänomene einer neuen Arbeitswelt. 8,8 Millionen Geschäftsreisen gab es laut Verbandsmeldung 2011. Das größte Reisevolumen entstand dabei in kleinen und mittelgroßen Unternehmen.

Innovationen in der Informations- und Kommunikationstechnik haben die Bedeutung des einen konkreten Arbeitsorts verändert. Dabei ist die Ortsunabhängigkeit Fluch und Segen für die Beschäftigten zugleich. Einerseits ermöglicht die Unabhängigkeit von der Werkbank neue Freiräume, um beispielsweise die eigene Arbeitszeit flexibel mit privaten Bedarfen in Einklang zu bringen. Andererseits verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit. Es entstehen teilweise komplexe Koordinationserfordernisse, um Arbeit, Familie und Ehrenamt zu vereinbaren. Gelingt diese schwierige Balance nicht, verkehrt sich Mobilität in ihr Gegenteil und wird zum lähmenden Klotz am Bein. ■

☞ Dr. Claudia Bogedan ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn.

150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

Die offizielle Geschichtsbild der SPD erscheint in ihrem 150jährigen Jubiläum häufig zu linear und eindimensional. Besonders das linkssozialistische Erbe der Partei ist darin unterrepräsentiert oder findet keine Erwähnung.

Ausgehend von dem spw-Schwerpunkt „Brüche und Kontinuitäten – 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken“ haben wir uns vorgenommen, über das gesamte Jahr hinweg an bekannte wie vergessene Akteure der SPD-Linken zu erinnern und die Bedeutung ihres

politischen Denkens und Wirkens für die Gegenwart zu diskutieren. Darüber hinaus nehmen wir die Fachpublikationen über die Parteigeschichte in den Blick unserer Rezensionen.

Es geht uns mit dieser Reihe nicht um eine andere, sondern um eine facettenreichere Geschichte der Sozialdemokratie.

In dieser Ausgabe können wir Rosa Luxemburg zu 100 Jahren ihres Klassikers „Die Akkumulation des Kapitals“ gratulieren. ■

„Ist der Apparat tot, lebt die Bewegung?“

Arkadij Gurland (1904-1979)¹

von Dieter Emig

Lebenslauf-Stationen

Arkadij Gurland, geboren 1904 in Moskau, entstammte einer großbürgerlichen jüdischen Familie aus Wilna, die 1920 die Sowjetunion verließ und nach Berlin zog, wo Arkadij 1922 Abitur machte. Zuvor hatte er noch als Schüler in Moskau nachhaltige Eindrücke auf Massenversammlungen im Gefolge der Revolution gesammelt und hatte Lenin, Kamenev und Trotski noch persönlich reden hören.

Er begann an der Philosophischen Fakultät der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität zu studieren, absolvierte daneben eine kaufmännische Ausbildung mit Abschluss Bilanzbuchhalter. 1924 wechselte er zur Leipziger Universität. Bereits 1924/25 als Redaktionsvo-

lontär, später als Wirtschaftsredakteur an der „Leipziger Volkszeitung“ war der junge Student journalistisch tätig. 1929 schloss er sein Studium mit der Promotion ab. Während der Weimarer Republik arbeitete er als Redakteur und freier Mitarbeiter nichtkommunistischer Blätter der Arbeiterbewegung in Leipzig und Sachsen, aber auch als Korrespondent der „Berner Tagwacht“, des „Volksrecht“ (Bern) und kurzfristig als Chef des Freidenkerblatts „Atheist“.

Ende 1932 schied er nach kurzer Tätigkeit als stellvertretender Chefredakteur der „Chemnitzer Volksstimme“ aus, nachdem die Angriffe gegen ihn als Marxisten und Juden immer heftiger geworden waren. Sein „Antrag auf Aufnahme in den preußischen Staatsverband“ wurde dem weiterhin Staatenlosen verweigert. Nach einem kurzen Zwischenspiel als Verwaltungsangestellter bei der Berliner kommunalen Wohlfahrtspflege plante er, als freier Schriftsteller zu arbeiten. Mitte März 1933 musste er – einem Haftbefehl gerade noch

¹ Titel eines Artikels für die Zeitschrift für Sozialismus. Druckfahnen im Nachlass Gurland. Nachweis in der Zeitschrift nicht möglich. Der Text der biographischen Skizze beruht auf der langjährigen persönlichen Bekanntheit des Autors mit A. R. L. Gurland und fasst im wesentlichen die ausführliche Einführung von Hubertus Buchstein, Dieter Emig und Rüdiger Zimmermann in: A.R.L. Gurland. Sozialdemokratische Kampfpositionen 1925-53, Baden-Baden 1991, SS. 9-42 zusammen.



Foto: privat

entgehend – jedoch über Belgien nach Paris fliehen, wo er bis 1940 weiter als politischer Journalist – unter anderem als Mitarbeiter der „Documentation de Statistique Sociale et Economique“ und als Berichterstatter für Max Sievers’ „Freies Deutschland“ – überlebte. Sein Vater wurde 1938 nach Polen deportiert und 1941 im Ghetto von Wilna ermordet, Mutter und Schwester emigrierten nach England. Ein Kontakt zu ihnen kam nie mehr zustande.

Der Erfolg des Nationalsozialismus und die kampflose Niederlage der Arbeiterbewegung erschütterten sein Vertrauen in die Sache des Sozialismus zutiefst.

Er versuchte, die Ursachen dieser „Krise des Marxismus“ wissenschaftlich zu ergründen, plante eine „umfassende Untersuchung zur Soziologie, Ideengeschichte und Ideologiekritik der modernen (vornehmlich deutschen) sozialistischen Arbeiterbewegung“, fand jedoch letztendlich keine finanzielle Unterstützung für sein Vorhaben.²

1940 konnte Gurland in die USA emigrieren. Er wurde amerikanischer Staatsbürger und blieb dies bis zu seinem Tode. Seinen Namen änderte er bei seiner Einbürgerung in Arcadius R.L. Gurland und bestritt seinen Lebensunterhalt u.a. als Forschungsassistent am „Institut für Sozialforschung“ (IfS) Max Horkheimers, wo er sich mit der ökonomischen Faschismusanalyse und der Antisemitismusforschung befasste. Zusammen mit Kirchheimer und Neumann beteiligte sich Gurland an einer Kontroverse um die politiktheoretische Verortung des Nationalsozialismus. Er vertrat eine Kontinuitätsthese, der zufolge der Faschismus die dem hochmonopolistischen Kapitalismus adäquate politische Organisationsform sei und versuchte, eine Beziehung zwischen Technologieentwicklung und politischem System nachzuweisen, insbesondere in einem Aufsatz über „Technische und ökonomische Entwicklung im Nationalsozialismus“ (1941).³ Mit Kirchheimer und Neumann publizierte er eine bemerkenswerte Studie über das Kleingewerbe in Deutschland und steuerte wesentliche ökonomische Analysen zu Franz Neumanns

² Antrag A.R. L. Gurland an die American Guild for German Cultural Freedom vom 5. Mai 1938, Deutsche Bibliothek Frankfurt/M. Deutsches Exilarchiv 1933-45, EB 70/117

³ Buchstein/Emig/Zimmermann in: A.R. L. Gurland, Sozialdemokratische Kampfpositionen S.0., S. 25 Anm. 55

Nationalsozialismus-Studie „Behemoth“ bei (1942).⁴

Sein zweiter Arbeitsschwerpunkt war die Antisemitismusforschung für das American Jewish Committee (AJC), die bedeutendste und traditionsreichste der großen jüdischen „defense agencies“, für die er auch noch nach dem Kriege Studien zum Antisemitismus in Deutschland und der Sowjetunion anfertigte, nachdem seine Anstellung beim Office of Strategic Services, im Gegensatz zu seinen Kollegen Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer und Franz L. Neumann, nur von äußerst kurzer Dauer gewesen war.

1947 kehrte er als Beobachter der Gewerkschaftsbewegung in der britischen und amerikanischen Zone für das amerikanische Departement of Labor nach Deutschland zurück. Nach seiner Rückkehr in die USA verzögerte sich seine endgültige Heimkehr nach Deutschland aufgrund einer Denunziation bis in den Spätherbst 1950. Damit hatten sich Pläne, eventuell als Parteisekretär an der Seite Kurt Schumachers erstmals in die praktische Politik einzusteigen, zerschlagen. Wohl oder übel – so sah er es im Nachhinein – nahm er den Vorschlag Franz L. Neumanns an und wurde Forschungsleiter am neu gegründeten Berliner Institut für politische Wissenschaft, wo er sich sofort engagiert in den Aufbau des Faches Politikwissenschaft einmischte. Mit seiner Kritik der Politik des dominierenden „Reuter-Flügels“, die er in einer der ersten Studien des Instituts „wissenschaftlich“ verpackte, stieß er zugleich Otto Suhr, den engen Vertrauten Reuters, vor den Kopf und verlor zunehmend den Rückhalt im Institut.⁵ 1954 zog er aus seiner

Sicht die Konsequenzen und kehrte verbittert und frustriert nach Amerika zurück. Nach vergeblichen Versuchen, dort eine feste Anstellung zu finden, nahm er 1962 die Berufung an den Lehrstuhl II für Wissenschaftliche Politik an der Technischen Hochschule Darmstadt an. 1979 ist er in Darmstadt gestorben.

Marxismus

Zeit seines Lebens beschäftigte sich Gurland mit Marx und dem Marxismus. Bereits als 21jähriger publizierte er sein erstes Werk „Der proletarische Klassenkampf in der Gegenwart“⁶. Damals wurde ihm von Kritikern bescheinigt, er beherrsche die marxistische Methode perfekt. Seine Dissertation von 1929, die als Buch unter dem Titel „Marxismus und Diktatur“⁷ erschien, wurde unter dem Einfluss der Marx-Renaissance 1981 nachgedruckt. Schon der junge Marxist war nie müde geworden, die Bedeutung der marxischen Methode zu betonen. Beeinflusst von Rosa Luxemburg analysierte er Probleme kapitalistisch rückständiger Staaten und die Entwicklung in der Sowjetunion. Zeitlebens blieb Marxismus für ihn eine Methode des Denkens und Forschens. Und für diejenigen, die ihn kannten, blieb der Hinweis: „Mit ein bisschen marxistischem Grips im Kopf kann man sich das leicht erklären“ ständiger Wegbegleiter.

Stets bemühte er sich um eine kritische, möglichst vollständige Ausgabe der Werke von Marx und Engels. Seine Mitarbeit bei der Herausgabe des Marx-Engels-Archivs in Moskau scheiterte an der Verfolgung des Herausgebers Rjazanov bei den Stalinschen Säuberungen. Mit seinen marxistisch-ökonomischen Analysen blieb sich Gurland lebenslang treu. Bis ins hohe Alter beschäftigte er sich mit Marx und

4 Franz L. Neumann, Behemoth. The Structure and Practices of National Socialism, New York 1942

5 Gurlands Position in der Entwicklung der Politikwissenschaft nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland kann in diesem Rahmen nicht einmal andeutungsweise gewürdigt werden. Siehe dazu: Hubertus Buchstein: Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeption und Demokratietheorie sozialdemokratischer Nachkriegspolitologen in Berlin, Baden-Baden 1992, Matthias Stoffregen, Kämpfen für ein demokratisches Deutschland. Emigranten zwischen Politik und Politikwissenschaft, Opladen 2002 sowie neuerdings Hubertus Buchstein: From Critical Theory to Political Science: A.R.L. Gurland's Project of Critical Political Science in Postwar Germany, in:

Redescriptions. Yearbook of political Thought, Conceptual History and Feminist Theory, 14/2010, SS. 55-82

6 Arkadij Gurland, Der proletarische Klassenkampf in der Gegenwart. Zur taktischen Orientierung der Sozialdemokratie in der Nachkriegsphase des Kapitalismus, Leipzig 1925

7 Arkadij Gurland, Marxismus und Diktatur. Nachdruck hg. Von Dieter Emig, Frankfurt/M. 1981, zuerst Leipzig 1930

dem Marxismus, auch genealogischen Studien um die Familien Marx und Engels ging er mit akribischer Begeisterung nach.

Zu Gurlands theoretischen Leistungen zählen seine Faschismustheorie, die Formulierung eines marxistischen Diktaturbegriffs und die Betonung der Bedeutung der Arbeiterbildung für die Revolutionierung des Arbeiteralltags. Mit seinen originellen Ideen und theoretisch ausgefeilten Positionen blieb Gurland, der nie einen Posten innerhalb der SPD-Parteihierarchie bekleidete, meist in der Minderheit. Zu theoretisch-kompliziert erschienen seine Thesen, zu kompromisslos war seine Verteidigung inhaltlich schwer angreifbarer Positionen, zu chancenlos war auch nur der diskreteste Versuch, ihn inhaltlich oder gar organisatorisch zu korrumpieren. Dies führte selbst im fortgeschrittenen Alter noch zu solch pikanten Situationen, dass z.B. der Versuch, ihn für langjährige Parteizugehörigkeit zu ehren, mit einer Abfuhr sondergleichen für die angetretenen Parteigranden endete. Gleichwohl – einfach machte er den Genossinnen und Genossen die Einsicht in die praktische Relevanz seiner Thesen zu keiner Zeit. Mit ihm zu arbeiten war anregend, aufregend, anstrengend, anspruchsvoll, und die Ernte eines langen und arbeitsreichen Tages konnte oft erst tief in der Nacht – wenn überhaupt – genossen werden.

Gurland war solider Empiriker. Er war ein akribischer Wissenschaftler, der bei sich und anderen keine handwerklichen Fehler duldete. Im Mittelpunkt der meisten seiner Artikel und später seiner wissenschaftlichen Arbeiten stand sein Bestreben, die soziale Wirklichkeit mit statistischen und sozioökonomischen Hilfsmitteln zu erkennen und zu beschreiben. Diesem Anspruch blieb er sein Leben lang treu.

Er war unglaublich belesen und sprachgewandt – er sprach am Ende seines Lebens deutsch, englisch, französisch, italienisch, spanisch, russisch und jiddisch – beherrschte das Handwerkszeug der „bürgerlichen Ökonomie“

und des Marxismus perfekt. Misstrauisch gegenüber Übersetzungen las er soweit wie möglich Originaltexte. Noch im hohen Alter lernte er polnisch, damit er die Luxemburg-Briefe im Original lesen konnte. Seine eigenen Übersetzungen, dies wurde z. B. von Otto Kirchheimer ebenso wie von Pierre Broué und Emile Témime persönlich bestätigt, wuchsen sich in der Regel zu Neubearbeitungen aus und übertrafen in Teilen die Originale. Allein auf Basis seiner vielfältigen Fähigkeiten als Journalist, Statistiker, Korrespondent, Übersetzer, wissenschaftlicher Arbeiter bewahrte er sich einen – wenn auch oft unter desaströsen ökonomischen Bedingungen und nicht zur Freude der Familie – unabhängigen Lebensstil. Dies änderte sich erst, vom „Berliner Zwischenspiel“ abgesehen, mit seiner Berufung und damit Verbeamtung im Jahre 1962.

SPD – Revolutionäre demokratische Kampfpartei

Erste politische Impulse bekam der Dreizehnjährige während der Russischen Revolution 1917 in Moskau. Als Schüler eines Berliner Reform-Realgymnasiums gehörte er sozialistischen Jugendgruppen an. 1922 trat er mit 17 Jahren der USPD und kurz darauf nach der Vereinigung der SPD bei. 1923 wurde er Gewerkschaftsmitglied. Beeinflusst durch Kontakte zu linken menschewistischen Exilpolitikern wie Martov und Dan, seine Kenntnis der Entwicklung in der Sowjetunion und den Einfluss undogmatischer sozialistischer Intellektueller wie Paul Levi, den er außerordentlich verehrte, entwickelte Gurland einen reflektierten und unnachgiebigen Antikommunismus und gleichzeitig eine eigenständige kritisch-linke Position innerhalb der Weimarer SPD. Seine „Welt“ war in der Weimarer Zeit die nicht-kommunistische Leipziger und sächsisch-thüringische Arbeiterbewegung. Er publizierte vorwiegend in linken SPD-Blättern wie der „Volkszeitung für das Vogtland“, und Zeitschriften wie Paul Levis „Sozialistische Politik und Wirtschaft“, dem „Klassenkampf“ und der

„Marxistischen Tribüne für Politik und Wirtschaft“, wo er als faktischer Chefredakteur bis zur Einstellung der Zeitschrift 1932 arbeitete. Zahlreiche Kürzel und Pseudonyme machen eine Identifizierung seiner damaligen Arbeiten sehr schwer: Verifiziert sind immerhin: AG, g, G, Gnd, Igr, RL, rl, Rudolph Lang, Lynx, später Vexator, W. Grundal, Felix Graham.

Während seiner gesamten Weimarer Zeit gehörte der junge Gurland zu den schärfsten Kritikern des Reformismus in Partei und Gewerkschaft. Er forderte die SPD dazu auf, als „sozialistische Kampfpartei“ Interessenvertretung und Weltanschauungsgemeinschaft in einem und dabei stets demokratisch zu sein. Neue nichtmarxistische Strömungen in der SPD bekämpfte er leidenschaftlich – jegliche Ausgrenzung oder Spaltung lehnte er jedoch ab. Revolutionäre Marxisten hätten in der SPD zu bleiben, selbst wenn diese in der Mehrheit reformistisch sei, und sich um die Überzeugung der Mehrheit zu bemühen. Für scharfe, inhaltlich kompromisslose Auseinandersetzung, aber gegen Spaltung oder Partei-ausschluss blieb sein Leben lang seine Devise. Noch in seiner Darmstädter Zeit unterstützte er vom Parteiausschluss bedrohte Genossen – ohne deren Position zu teilen – und seine Stellungnahmen erreichten mit 25-30 einzellig beschriebenen Seiten leicht den Charakter komplexer Einführungen in Theorie und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Partei „im großen historischen Sinne“ war und blieb für Gurland zeitlebens der organisatorische Ausdruck der proletarischen Befreiungsbewegung. Für ihn bedeutete Arbeiterbewegung nicht nur die Organisation der Arbeiterklasse in Partei und Gewerkschaft, sondern war das strategische Konzept einer „Kulturbewegung“, die alle Aspekte des Alltags umfassen sollte. Dem Entfremdungsprozess von Organisation und Bewegung könne nur mit radikaler Bildungsarbeit begegnet werden. Mit Anklängen an Ansätze der österreichischen Sozialdemokratie plädierte er in

der Weimarer Zeit für eine umfassende Neuorientierung der Presse-, Radio- und Filmpolitik der SPD⁸, für ein neues Verhältnis zur Jugend und eine offenere Haltung zur Sexualität. Er beteiligte sich selbst als Referent am Arbeiterbildungsinstitut Leipzig, an der Berliner Arbeiterbildungsschule und beim Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit an der proletarischen Bildungsarbeit.

Von einer einheitlich ausgerichteten marxistischen Kampfpartei erhoffte er sich eine Signal- und Sogwirkung nicht nur auf die kommunistischen, sondern auch auf die christlich organisierten Arbeiter, um den aufkommenden Faschismus gemeinsam abzuwehren. Diese Position brachte ihm die Kritik vieler Linker in der SPD ein, die jedwede Koalition mit dem Bürgertum weiterhin ablehnten, mit der Gründung einer neuen Partei liebäugelten und 1931 die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) gründeten.

Gurland war einer der wenigen marxistischen Theoretiker, der nicht nur auf die Unterschiede zwischen italienischem und deutschem Faschismus hingewiesen und einen eigenständigen Faschismusbegriff entwickelt, sondern auch Vorschläge für den antifaschistischen Tageskampf gemacht hatte. 1931 sah er in seinem Buch „Das Heute der proletarischen Aktion. Hemmnisse und Wandlungen im Klassenkampf“⁹ im Gegensatz zu anderen marxistischen Denkern die Endphase des Kapitalismus und den unausweichlichen baldigen Sieg des Sozialismus nicht gekommen – er hielt solche Parolen für illusionäre Phrasen. Gurland plädierte dafür, den Faschismus auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft mit aller Kraft abzuwehren, stieß aber auf wenig Zustimmung. Im Sommer 1932 erkannte Gurland als einer von wenigen Wirtschaftswissenschaftlern, dass der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise überwunden war und forderte

⁸ Arkadij Gurland, *Das Heute der proletarischen Aktion. Hemmnisse und Wandlungen im Klassenkampf*, Berlin 1931

⁹ Gurland, *Das Heute...*, s. o., S. 146 f.

Streikmaßnahmen, um den Aufschwung zu nutzen. In einem kritischen Rückblick betonte Gurland die Bedeutung staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die die Nazis geschickt genutzt und die Marxisten und die Arbeiterbewegung unterschätzt hätten.¹⁰

Nachkriegszeit

Auch nach 1945 gab es für Gurland weiterhin nur eine Bewegung – die traditionelle Arbeiterbewegung. Immer noch zählte er zu den Verfechtern eines linken, rigide antikomunistischen Parteikurses. Er maß die „neue“ SPD kritisch daran, ob sie sowohl die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und zweitens die Einbeziehung aller Fragen des neuen Lebensalltags in neue Formen solidarischer Vergemeinschaftung anstrebte. Die starken Verluste der SPD bei der Wahl in den Berliner Westsektoren 1950 führte er darauf zurück, dass es der SPD nicht gelungen sei, „ein konkretes Bild vom sozialistischen Neubau der Gesellschaft und eine klare Vorstellung von den Wirkungsmöglichkeiten einer Massenpartei in einer demokratischen Ordnung zu gewinnen.“ Die Partei sei bei der Wahl in Berlin nicht als Arbeiterpartei, sondern als „Partei des Verwaltungsapparats“ aufgetreten. Diese Position trug ihm innerhalb der Berliner SPD scharfe Kritik u. a. von Ernst Reuter und Otto Suhr ein und trug letztlich zu seinem Weggang vom Institut für Politische Wissenschaft bei.

Jegliche Zusammenarbeit mit Kommunisten lehnte er zeitlebens ab, hielt jedoch einen Sinneswandel christlicher Arbeiter für möglich. Eine während seiner Zeit am IfpW entstandene und erst 1980 posthum veröffentlichte Studie „Die CDU/CSU – Ursprünge und Entwicklung bis 1953“ setzt sich schwerpunktmäßig mit der weltanschaulichen Basis der Gründerkreise, besonders der Strömung des „Christlichen Sozialismus“ auseinander und

knüpfte an seine alte Idee an, die christlichen Arbeitnehmer für die sozialistische Arbeiterbewegung zu gewinnen.¹¹

Gurland stand der Entwicklung der jungen Bundesrepublik äußerst kritisch gegenüber. Sein Deutschland-Bild war wesentlich durch massive Kritik an Versäumnissen der Westalliierten geprägt. Er kritisierte die Westalliierten, die in allen wesentlichen Fragen eines demokratischen Neuaufbaus versagt hätten. Die Entnazifizierung sei völlig fehlgeschlagen, die deutsche – traditionell antidemokratische – Bürokratie sei nicht zerschlagen worden und im Ergebnis sei von einer „Renazifizierung“ zu reden. Schließlich seien ohne nennenswerte Gegenwehr der Alliierten die alten kapitalistischen Monopole wieder in Schlüsselpositionen aufgerückt. Seine politische Diagnose der Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland war in jeder Hinsicht vernichtend. Bemerkenswert bleibt allerdings – als politische Vision den basisdemokratischen Ideen der späteren Neuen Sozialen Bewegungen erstaunlich nah – seine schon 1949 vorgetragene Forderung „die Verlegung möglichst vieler Staatsfunktionen in die Hände von nichtberuflichen Funktionären der Selbstverwaltung, die Einschaltung von demokratisch-parlamentarischen und demokratisch-massenorganisationsmäßigen Kontrollorganen auf allen Stufen des Regierens, Verwaltens und Wirtschaftens“.¹² Angesichts von so genannten „Wutbürgern“ eine auch heute noch lohnende Überlegung. ■

⇒ Dieter Emig ist Bürgermeister a.D. und Mitglied der SPD seit 1967. Als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Darmstadt war er in den letzten Lebensjahren enger Vertrauter von A.R.L. Gurland. Heute arbeitet Emig als kommunaler Unternehmensberater.

11 A. R. L. Gurland, Die CDU/CSU – Ursprünge und Entwicklung bis 1953, hg. Von Dieter Emig, Frankfurt/M. 1980

12 Hubertus Buchstein, Soziale Bewegungen als Thema der westdeutschen Nachkriegspolitologie, in: Forschungsjournal NSB 1/92, SS.77-85, hier S. 80 f.

¹⁰ A. R. L. Gurland in einer RIAS-Rundfunksendung 1953, „Die Entstehung des Faschismus“, Text Nr. 39 in A.R.L. Gurland, Sozialdemokratische Kampfpositionen, s. o. SS.410 - 418

Die Aktualität der Rosa Luxemburg

von Michael R. Krätke

Vor genau 100 Jahren, im Januar 1913, erschien Rosa Luxemburgs Hauptwerk, „Die Akkumulation des Kapitals“. Sie wollte einen „Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“ leisten, wie sie im Untertitel ihres Buchs ankündigte.¹ Mehr als ein bescheidener Beitrag, eine wahre Provokation, ja ein Sakrileg. Denn die damals 42jährige Frau, die sich im Revisionismustreit und in der Massenstreikdebatte einen Namen als scharfzüngige und angriffslustige Vordenkerin der Linken in der SPD gemacht hatte, ging nun den parteioffiziellen Marxismus an: Ohne sie zu nennen, attackierte sie die Erklärung des Imperialismus, die Karl Kautsky und Rudolf Hilferding gegeben hatten. Und sie schreckte nicht davor zurück, Marx selbst zu kritisieren.

Seit 1907 hatte Rosa Luxemburg an der Berliner Parteischule der SPD Politische Ökonomie gelehrt, verehrt und geliebt von ihren Schülern, hoch geschätzt von ihren Kollegen. August Bebel rühmte sie als die beste Lehrerin der Parteischule und verteidigte sie gegen alle Angriffe.²

Aus den Vorlesungen für ihren Kurs sollte ein Lehrbuch, eine Einführung in die Politische Ökonomie werden. Rosa Luxemburg arbeitete fleißig daran, feilte, ergänzte, erweiterte – und kam nicht zum Abschluss. Sie stieß auf ein Problem, das Marx in seiner Analyse des Akkumulationsprozesses des Kapitals ungelöst hinterlassen hatte, so schien es ihr. Daher brach sie die Arbeit an

ihrem Lehrbuch ab und warf sich mit Verve auf den Versuch, die Lücke zu schließen, die sie im Bau der Marxschen Theorie entdeckt zu haben glaubte.³ In etwas über einem Jahr schrieb sie ein ganz neues, völlig anderes Buch, eben „Die Akkumulation des Kapitals“, 446 Seiten in der Originalausgabe.

Es ist ein gelehrtes Buch, kein politisches Pamphlet. In drei Abschnitten legte Rosa Luxemburg erst das Problem dar, das Marx im zweiten Band des „Kapital“ und auch später nicht gelöst hatte. Es ist das Problem der „erweiterten Reproduktion“ des „gesellschaftlichen Gesamtkapitals“, also der Kapitalakkumulation auf gesellschaftlicher (nationaler, globaler) Ebene; das, was wir heute als Problem des (nationalen oder globalen) Wirtschaftswachstums bezeichnen würden. Als nach dem zweiten Weltkrieg die ökonomische Wachstumstheorie entwickelt wurde, stieß man nicht zufällig auf Marx als einen der großen Pioniere, vor dem auch bekennende Nicht-Marxisten den Doktorhut zogen. Marx war in der Tat der erste politische Ökonom nach François Quesnay, der 1862 wieder den Versuch einer Analyse des Gesamtkreislaufs von Waren und Geld in einer kapitalistischen Ökonomie unternahm – zuerst in graphischer Form, dann in einem Gleichungssystem. Seine berühmten „Reproduktions-schemata“ sind so etwas wie das erste makroökonomische Modell, ein Modell des Gesamtprozesses einer kapitalistischen Ökonomie. Rosa Luxemburg fand es fehlerhaft, da es den Akkumulationsprozess, also den Mechanismus des ökonomischen Wachstums im Kapitalismus nicht zureichend erklären könnte. Sie fand, dass Marx’ Abstrak-

1 Vgl. Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin: Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer GmbH 1913 (wieder abgedruckt in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 5).

2 Diese erste Parteischule der SPD, die von 1906 bis 1914 bestand, war eine der Glanzleistungen der Vorkriegssozialdemokratie, viel bewundert und oft, wenn auch in viel kleinerem Maßstab, nachgeahmt. Eine beachtliche Zahl von Parteifunktionären wurde dort erzogen, auch Friedrich Ebert gehörte zu den Schülern Rosa Luxemburgs.

3 Rosa Luxemburgs Lehrbuch wurde 1925 auf der Grundlage der erhaltenen Manuskripte von Paul Levi unter dem Titel „Einführung in die Nationalökonomie“ herausgegeben (wieder abgedruckt in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 5).

tionen zu weit gingen und das Problem der „Realisierung“ (also der Verwandlung von produzierter Ware in Geld) des Mehrwerts (oder des Teils der jährlichen Wertschöpfung, der die Summe der gezahlten Löhne und Gehälter überstieg) nicht gelöst habe.

Im zweiten Abschnitt präsentierte Rosa Luxemburg die Geschichte des Problems – in einer Folge von theoretischen Zweikämpfen oder „Turnieren“, ausgefochten zwischen Berühmtheiten der Theoriegeschichte (Ricardo, Say, Malthus, Sismondi), bis hin zu den Auseinandersetzungen in Russland um die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der „Entwicklung des Kapitalismus“.

Im dritten Abschnitt stellte Rosa Luxemburg ihre Lösung des Problems vor: Der moderne Kapitalismus, so lautet ihr zentrales Argument, braucht andere, nicht-kapitalistische „Räume“ oder „Milieus“, die Akkumulation des Kapitals in den kapitalistischen Kern- und Hauptländern kann nur funktionieren, wenn es gelingt, den dort nicht realisierbaren Warenüberschuss (der dem Mehrwertanteil der Wertschöpfung entspricht) in den nicht-kapitalistischen „Räumen“ abzusetzen. Aus dieser „inneren“ Logik der Kapitalakkumulation folgt für alle kapitalistischen Länder der Drang, sich die nicht-kapitalistischen „Räume“ und Milieus anzueignen, sie zu kolonisieren und sich (bzw. dem Weltmarkt) einzuverleiben. In den letzten sechs Kapiteln des Buches analysierte sie, wie dieser Prozess der Kolonisierung vor sich geht – von der systematischen Transformation einer bäuerlichen Natural- und Subsistenzwirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft bis zum System der internationalen Anleihen und der Schutzzölle. Das letzte Kapitel ist der Analyse des „Militarismus“ gewidmet. Einen internationalen Waffenhandel wie heute gab es damals nicht, die Rüstungsindustrien der kapitalistischen Kernländer verkauften nur an ihre „eigene“ Regierung; also untersuchte Rosa Luxemburg tatsächlich die Rolle des

Staates (als Konsument von Rüstungsgütern) im Prozess der Kapitalakkumulation.

Mit diesem Buch erging es ihr schlecht. Außer Franz Mehring widersprachen ihr so gut wie alle, die als Theoretiker in der damaligen Sozialdemokratie Rang und Namen hatten. Der Streit entzündete sich an der Frage, ob das Problem des „Wachstums“ im Kapitalismus (oder, in Marx' Redeweise, der „beschleunigten Akkumulation“) auf der Marxschen Grundlage lösbar sei oder nicht. Niemand bestritt die Relevanz einer Analyse des Imperialismus, aber die meisten hielten Rosa Luxemburgs Lösung des theoretischen Akkumulationsproblems für verfehlt. Otto Bauers lange Kritik, die prompt in der *Neuen Zeit* (damals die führende Theoriezeitschrift des internationalen Sozialismus) erschien, zeigt das sehr klar: Bauer versuchte genau das, was nach Luxemburgs Ansicht nicht ging, eine dynamische Analyse des kapitalistischen Wachstums unter den gleichen Annahmen, die Marx gemacht hatte.⁴ Anton Pannekoek, der Rosa Luxemburg politisch sehr nahe stand, fand ihre Argumentation ganz verfehlt, und meinte, sie habe die Bedeutung des Kolonialismus / Imperialismus zwar richtig gesehen, aber völlig falsch erklärt.

Rosa Luxemburg war über die vernichtende Kritik ihrer Arbeit erbost, im Gefängnis schrieb sie eine „Anti-Kritik“, eine Kurzdarstellung ihrer Theorie, ohne allzu viel gelehrten Ballast. In der Hauptsache war es eine Auseinandersetzung mit Otto Bauers Kritik (weit länger als Bauers Aufsatz). Wegen der knappen und zugespitzten Form, in der Rosa Luxemburg sich dort zu den Problemen der Marxschen Akkumulations- und Krisentheorie äußerte, ist diese Schrift bemerkenswert.⁵

4 Siehe Otto Bauer, Die Akkumulation des Kapitals, in: Die Neue Zeit, I. Bd. 1913, S. 831ff, 862ff (wieder abgedruckt in: Otto Bauer Werkausgabe, Bd. 7).

5 Siehe Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik von Rosa Luxemburg, Leipzig: Franke Verlag GmbH 1921 (wieder abgedruckt in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 5).

Sie erschien erst posthum, 1921, und konnte ihre Kritiker nicht überzeugen. Dennoch hat Rosa Luxemburgs Akkumulationsbuch lange nachgewirkt. Denn ohne es zu wollen hatte sie eine Debatte unter den marxistischen Ökonomen losgetreten, die noch Jahrzehnte nach ihrem Tod weiter geführt wurde. Dank Rosa Luxemburgs Marx-Kritik begannen sie, sich über die Lücken und Schwachstellen der Marxschen ökonomischen Theorie zu streiten. Zu Recht. Denn Marx hatte in der Tat seine Arbeit an den Manuskripten zum zweiten Band des „Kapital“ im Sommer 1882 abgebrochen, nachdem er fast zwanzig Jahre daran gearbeitet und mit den verschiedensten Varianten seiner „Reproduktionsschemata“ herum experimentiert hatte. Das konnte Rosa Luxemburg nicht wissen, aber ihre Intuition hatte sie nicht getrogen. Die Marxsche Theorie war in diesem (wie in etlichen anderen Punkten) unfertig, unabgeschlossen; sie einfach nur verschieden zu interpretieren, reichte daher nicht.⁶

Heute wird Rosa Luxemburgs Imperialismustheorie nur noch in Teilen und in der Regel in einer ganz anderen Sprache wahrgenommen und verwendet, weit mehr in der Soziologie als in der Ökonomie. Das Theorem (besser die Rede- oder Denkfigur) der „Landnahme“, das für kapitalistisches Wachstum steht, knüpft daran an. Denn Rosa Luxemburgs zentrale These von der Abhängigkeit des Kapitalismus von nicht- oder vorkapitalistischen Räumen oder Milieus gilt nicht nur für Gebiete oder Gesellschaften außerhalb der Ursprungsländer des modernen Kapitalismus. Innerhalb hoch entwickelter kapitalistischer Länder bestanden und bestehen Nischen, Inseln, ganze Ökonomien der privaten oder kollektiven Subsistenz-, Versorgungsökonomie, in Familien-, Freundschafts-, Nachbarschafts- oder Dorfverband, ohne Tausch, ohne Markt, ohne Konkurrenz, ohne

Kapitalverhältnisse. Der historische wie der gegenwärtige Kapitalismus war immer sehr viel mehr als eine „reine“ Markt- oder Warenökonomie, aber die kapitalistische Produktionsweise hat von Anfang an die Tendenz, sich auch überall dort breit zu machen, wo sie (noch) nicht zu Hause ist. Man kann verschiedene Perioden in der Geschichte des Kapitalismus, wie z.B. die lange Prosperität der Nachkriegszeit, das „goldene Zeitalter“ des Wohlfahrtskapitalismus (zugleich eine Zeit der „Dekolonisierung“), auch mit diesem Prozess der kapitalistischen „Landnahme“ im Innern erklären. Entwickelte kapitalistische Ökonomien wurden immer kapitalistischer, immer weitere Bereiche der materiellen (und geistigen) Produktion und Reproduktion, des Alltagslebens wurden vom kapitalistischen Geist und von kapitalistischen Praktiken durchdrungen. Der „innere Markt“ wuchs ebenso wie der Weltmarkt.⁷

„Landnahme“ ist eine Metapher, die zum modernen Kapitalismus nicht gut passt. Denn Eroberung, Besetzung, Aneignung von Territorien war und ist nicht sein Lebenselement. Natürlich existiert jede kapitalistische Ökonomie nur in Raum und Zeit, natürlich braucht sie Land – und selbstverständlich verändert sie den sozialen und ökonomischen Raum (die regionale, nationale und globale Geographie der Wirtschaft) fortwährend. Aber für die kapitalistische Entwicklung ist die Umwandlung aller sozialen und ökonomischen Beziehungen, ihre „Kommodifizierung“, „Vermarktung“ oder „Durchkapitalisierung“ wichtiger als räumliche Expansion oder die Kolonisierung neuer Territorien.⁸

6 Inzwischen sind diese Marxschen Manuskripte zum zweiten Band des „Kapital“ in den Bänden II/4,1 und II / 11 der MEGA veröffentlicht worden.

7 Burkard Lutz hat eine derartige, „luxemburgistische“ Erklärung der Nachkriegsprosperität vorgelegt (vgl. Burkard Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt a.M. 1984).

8 Vgl. zum Theorem der „Landnahme“ und seinem Gebrauch in der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus: Klaus Dörre, Die neue Landnahme. Dynamik und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: Klaus Dörre/Stephan Lessenich/Hartmut Rosa, Soziologie – Kapitalismus – Kritik, Frankfurt a.M. 2009.

Die Aktualität der Rosa Luxemburg wird noch deutlicher, wenn wir uns die gegenwärtige Weltlage vor Augen führen. Als gute Schülerin des alten Marx wollte sie die ganze „Theorie der kapitalistischen Entwicklung“ vom historischen Anfang bis zum historischen Ende verfolgen, erweitern, wo nötig ergänzen bzw. korrigieren. Die Erklärung, warum, wann und unter welchen Bedingungen der moderne Kapitalismus historisch möglich geworden war, warum und wie er seinen historischen Aufstieg in Europa begann, wie er im 19. Jahrhundert und danach zur weltweit dominanten Wirtschaftsform aufstieg, diese Erklärung war in ihren Augen unvollständig. Zum Begreifen des Kapitalismus gehörte für sie auch, das heute (fast) Undenkbare zu denken: wie, wo warum und wann der moderne Kapitalismus historisch an sein Ende kommen werde – und notwendig kommen müsse. Rosa Luxemburgs Antwort war klar: Wenn der Kapitalismus in allen seinen Gestalten, als Industrie-, Handels- und Finanzkapitalismus, die ganze Welt erobert, alle anderen, vor- oder nicht-kapitalistischen Räume vollständig durchdrungen, mithin in kapitalistische „Innenräume“ transformiert hat, dann kommt er unweigerlich an seine Grenze. Nicht im Sinne eines „Zusammenbruchs“, des oft zitierten „großen Kladderdatsch“, sondern im Sinne der anhaltenden Stagnation und Depression, des Niedergangs eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das seine historischen Potentiale erschöpft hat und vom Raubbau an den Quellen des gesellschaftlichen Reichtums, am Menschen und an der Natur, fortlebt. Zum ersten Mal sind wir heute annähernd in einer solchen Lage – wir nähern uns der „Luxemburg-Situation“; die gegenwärtige Weltkrise, in der wir stecken, erinnert uns jeden Tag daran. Ebenso wie die rasante Entwicklung der kapitalistischen „Schwellenländer“, die in wenigen Jahrzehnten Entwicklungen nachholen, für die die alten Haupt- und Kernländer des Kapitalismus Jahrhunderte gebraucht haben. Wenn aber keine neuen Länder, keine neuen

„inneren Märkte“, keine neuen Wachstumslokomotiven mehr zu (er)finden sind, was wird dann aus einem Wirtschaftssystem, das von Anfang an auf immerwährende Beschleunigung eines immerwährenden Wachstums angelegt wird?

Rosa Luxemburg lebte in der Periode der langen Prosperität, die 1895 einsetzte und bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs anhielt. Zwei größere Krisen hat sie erlebt und beobachtet, die große Krise von 1900/1901 und die große Finanzkrise von 1907, die für die Zeitgenossen ein ähnlich einschneidendes Ereignis war wie der Ausbruch der Weltfinanzkrise 2007/2008 für uns. Sie nahm sie zum Anlass, um über die Grenzen des kapitalistischen Weltsystems ihrer Zeit nachzudenken – und sie meinte, diese Grenzen schon in Sichtweite zu haben. Da irrte sie.

Sie war eine sehr politische Ökonomin und sie legte Wert darauf, als solche wahr- und ernst genommen zu werden. Auch ihre bekanntesten Schriften wie „Sozialreform oder Revolution“, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ oder die „Junius-Broschüre“, sind eigentlich im Kern politisch – ökonomische Analysen, keine Abhandlungen zur politischen Theorie.⁹ Auf neuere Versuche, sie mitsamt ihrem Werk einem Amalgam von „marxistischem Feminismus“ einzugemeinden, in dem ihre Beiträge zur politischen Ökonomie völlig verschwinden, hätte sie vermutlich höchst rabiat reagiert.¹⁰ ■

⇒ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

⁹ Vgl. zu dieser Lesart Luxemburgs: Michael R. Krätke, Das verdrängte ökonomische Erbe, in: Jörn Schütrumpf (Hrsg.), Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit, Berlin 2010.

¹⁰ Vgl. zur feministischen Lesart: Frigga Haug, Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik, Hamburg 2007.

Eine Staatstheorie des Reformismus?

von Michael Wendt

1. Thilo Scholle, Jan Schwarz und Uwe Kremer nehmen in ihrem Rückblick auf die Geschichte der Jungsozialisten auch das Staatsverständnis der Jungsozialisten in den kritischen Blick. Das ist interessant, weil sie von einem theoretischen Paradigma aus argumentieren, das durch eine verkürzte Rezeption der marxischen Kritik der Politischen Ökonomie geprägt ist. Das führt zu Fehlschlüssen. Scholle/Schwarz schreiben über die „Antirevisionisten“ der Jusos der 1970er Jahre, dass diese angenommen hätten, dass „staatliches Handeln unmittelbar aus den Machtverhältnissen entsteht und somit Reformpolitik nicht zum Umbau der Gesellschaft, sondern zur Verfestigung des Kapitalismus führt“ (Scholle/Schwarz, spw 194, 1/2013, S.46). Das wurde so nie behauptet. Der Name „Antirevisionismus“ hat nichts mit „Antireformismus“ zu tun, auch wenn das in der SPD so gesehen worden ist. Dieser Begriff, der nach dem Münchner Bundeskongress 1974 durch die pragmatische Bezeichnung „Göttinger Kreis“ ersetzt wurde, begründete sich aus der Kritik an einer als revisionistisch bezeichneten Interpretation der marxischen Theorie, nach der Marx im ‚Kapital‘ ein bestimmtes historisches Stadium der kapitalistischen Entwicklung, des „Kapitalismus der freien Konkurrenz“, analysiert hätte. Dieser Kapitalismus wird durch den Monopolkapitalismus, später den staatsmonopolistischen Kapitalismus, abgelöst. Die subtile Kritik an Gerhard Schröder ist verfehlt. Dieser war nie ein Antireformist. Dass er damals zu den „Antirevisionisten“ und später zum „Göttinger Kreis“ gezählt wurde, basiert darauf, dass diese politische Strömung in dem Parteibeirk, in dem er politisch sozialisiert wurde, eine Mehrheit hatte und jeder aufstiegsorientierte Politiker sich damals an diesen Mehrheiten orientieren musste. Sein „Reformismus“ der Agenda 2010 zielte nicht auf eine Demontage, sondern auf einen Umbau des Sozialstaates. Dass dieser aus makroökonomischer Perspektive völlig missglückt ist, liegt auch daran, dass Schröder, wie viele Jusos, von der Theorie Keynes‘ fast nichts wusste und deshalb wenig davon gehalten hatte. Nach Lafontaines Rücktritt war auch dessen Konzeption, ein auf internationale Koordination gerichteter Keynesianismus, diskreditiert. Schröder stützte sich auf sozialdemokratische Berater, die durch die neoklassische Wirtschaftstheorie geprägt waren und deshalb für soziale Ungleichheit und niedrige Löhne zur Revitalisierung des deutschen Kapitalismus plädierten.
2. Auch Hilferdings Sicht des „organisierten Kapitalismus“, die er in den 1920er Jahren, nach seiner Studie über das „Finanzkapital“ entwickelt hatte, gehört zu einer „historisierenden“ Interpretation der marxischen Theorie. Hilferding meinte, er müsse Marx‘ ‚Kapital‘ für den neuen Kapitalismus des 20. Jahrhunderts aktualisieren. Die „Göttinger“ haben Hilferding, Lenin und Luxemburg als „Revisionisten“ gesehen, die wichtige Elemente der marxischen Theorie nicht verstanden und diese „revidiert“ hatten. Ende der 1960er Jahre begann eine andere Sicht auf den theoretischen Status der Kritik der Politischen Ökonomie, die Marx‘ Analyse des kapitalistischen Gesamtproduktionsprozesses nicht als Nacherzählung einer historischen Entwicklung des Kapitalismus verstand, sondern als eine logisch-strukturelle Gliederung abstrakter, aber systematisch zusammenhängender

Ebenen des kapitalistischen Gesamtreproduktionsprozesses bis zur „Oberfläche“ des Kapitals. Diese „logisch-strukturelle“ Interpretation des ‚Kapital‘ von Marx hatte zum Ergebnis, dass es nicht nur um Arbeitswerte und ihre Größen als Ausdruck gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit als Basis des Werts der Waren geht, sondern zugleich um die Formen, die der Wert, vermittelt durch die Form des Geldes im Austauschprozess der Waren, einnimmt. Mit solch einem methodischen Verständnis konnten auch die „Fetischisierung“ und „Mystifizierung“ der ökonomischen Beziehungen und ihre Rückwirkung auf das Bewusstsein der Akteure erfasst und entschlüsselt werden. Diese Interpretation der marxischen Kritik der politischen Ökonomie hat sich dann als „Neue Marx-Lektüre“ durchgesetzt. Diese neue Interpretation der Marxschen Theorie, die mit den Arbeiten von Rosdolsky, Backhaus, Reichelt und dem Projekt Klassenanalyse initiiert und von anderen Autoren fortgesetzt wurde, ist bei den Jusos nicht mehr rezipiert worden, obwohl Elemente aus diesen Theoriediskussionen der 1970er Jahre, wie die Unterscheidung zwischen einer „Systemgrenze“ und einer „Tätigkeitsgrenze“ staatlichen Handelns, Begriffen aus der marxistischen Debatte über die „Ableitung“ des Staates, 1976 einen ganzen Bundeskongress beschäftigt hatten. Wir hatten staatliches Handeln gerade nicht aus den Verhältnissen der Produktion abgeleitet, sondern aus den Formen der Zirkulation, in der sich die Akteure als *Käufer* und als *Verkäufer* der Arbeitskraft gegenüber treten und in der der Staat die Rechtsformen dieser Warenbesitzer so setzt und garantiert, dass sich Kapitalisten und Lohnarbeiter als freie und formal gleiche Rechtssubjekte gegenüber treten können und so ihre rechtlichen Beziehungen regeln. Hinter der Durchsetzung dieser Rechtsbeziehungen als Freie und Gleiche stehen

politische und soziale Kämpfe, deren Resultate Rechtsform annehmen und staatliches Handeln bestimmen. Aus diesen Rechtsbeziehungen von Lohnarbeitern und Kapitalisten wurde die historische Notwendigkeit und der politische Erfolg des Reformismus zu erklären versucht, der zwischen diesen beiden Polen von Lohnarbeit und Kapital vermittelte und durchsetzen konnte, dass sich ein System von Tarifautonomie, Sozialversicherung und Sozialstaat entwickeln konnte. Deshalb haben die theoretischen „Antirevisionisten“ den Reformismus und seine Resultate ernster genommen als die Marxisten mit ihren Theorien des Monopolkapitals oder des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihrer Sicht vom Staat als Instrument der Monopole. Es war ein theoretischer Rückschritt, dass die Jusos sich nach dieser Debatte über Staat und Reform wieder auf Kapitalismustheorien in der Tradition des organisierten Kapitalismus und die Regulationstheorie fixiert haben.

3. Wenn wir den Reformismus der Gewerkschaften und der SPD als Form der Regulation des Kapitalismus durch soziale Beziehungen, entsprechende Bewusstseinsformen und Rechtsformen zwischen der ökonomischen Basis und den politisch-rechtlichen Überbauten der kapitalistischen Gesellschaft verstehen, dann verstellt eine Stadientheorie der kapitalistischen Entwicklung, wie wir sie mit der Regulationstheorie sehen, den genauen Blick auf diese Beziehungen. Die Regulationstheorie gaukelt eine theoretische Kohärenz des historischen Zusammenhanges von kapitalistischer Produktion und dazu passenden Akkumulationsregimes vor, die es in dieser Einfachheit und Entsprechung historisch nie gegeben hat und die dadurch den Charakter einer theoretischen Konstruktion aus dem Kopf der Beobachter be-

kommt. Die Beiträge von Scholle, Schwarz und Kremer, bestätigen meine Sicht, dass die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei den Marxisten durch eine Mischung aus der Theorie des organisierten Kapitalismus und Elementen der Regulationstheorie abgelöst worden ist. Ein Theorieverständnis, das Begriffe aus historischen Entwicklungsabschnitten der Ideengeschichte der Linken auf aktuelle Auseinandersetzungen um die Staatstätigkeit und ihre politische Bewertung überträgt, sehe ich skeptisch. Diese Herangehensweise markiert eine idealistische Methode. Geeignete Begriffe aus der Ideengeschichte der Arbeiterbewegung werden den tatsächlichen Entwicklungen quasi von oben aufgesetzt, um sie damit zu kennzeichnen. Scholle/Schwarz resümieren zu Recht, dass „sich Staatlichkeit in den letzten Jahrzehnten massiv verändert hat“ (ebd. S.51). Aber sie präsentieren mit den Theorien von Gramsci und Poulantzas Ladenhüter der staats-theoretischen Diskussion, deren Kenntnis für das Verständnis eines Abschnitts der marxistischen Theorie- und Politikgeschichte wichtig ist, aber wenig für das Verständnis des Zusammenhangs von ökonomischen Strukturen und politischem Handeln unter den gegenwärtigen Bedingungen bringt. Umgekehrt hätte eine materialistische Herangehensweise sich damit auseinanderzusetzen, dass die Menschen im Kapitalismus mit Bewusstsein von den Gegenständen und Prozessen, auf die sich ihr Handeln bezieht, entsprechend zu handeln versuchen und ihr Bewusstsein durch die ökonomischen Formen und sozialen Beziehungen, von denen sie geprägt sind, bestimmt wird. Dieses Handeln mit Bewusstsein kann aber gerade nicht nur auf ökonomische Interessen im engen Sinn reduziert werden, sondern hat einen spezifischen Eigensinn und spezifische Theorien, wie im Bewusstsein

der politischen Linken eben auch. Diese Ebene des „bürgerlichen“ Bewusstseins fällt in den traditionellen Kapitalismustheorien unter den Tisch, weil es als theoretische Herausforderung nicht ernst genommen wird, da das Bewusstsein der anderen Akteure in der bürgerlichen Gesellschaft als mehr oder minder manipuliert angesehen wird. Vor dem Hintergrund eines so manipulierten Bewusstseins der gesellschaftlichen Subjekte werden dann auch der Staat und seine Handlungen gesehen und entsprechend als „Klassenstaat“ eingeordnet. Klassiker wie Abendroth werden aktualisiert, ohne dass die spezifischen historischen Bedingungen der Staats- und Rechtstheorie von Abendroth berücksichtigt werden. Dabei kann über den Staat und seine politischen Institutionen eine Politik, die auf Vollbeschäftigung und soziale Einkommensverteilung zielt, durchgesetzt werden. Der Staat selbst steht diesen Handlungen nicht entgegen. Es müssen Funktionsbedingungen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems und der internationale Zusammenhang, in dem sich Deutschland ökonomisch und politisch bewegt, beachtet und es müssen erhebliche politische Widerstände kalkuliert werden. Die Paradigmen für eine solche Politik stammen aus der keynesianischen Theorie und der Staatstheorie des Reformismus der Weimarer Republik (Neumann, Kirchheimer, Fraenkel). Diese sind ambitionierter als der tradierte Marxismus. ■

↳ Michael Wendl ist Publizist und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus.

Sammelrezension:

Viele Geschichten einer langen Geschichte

von Robert von Olberg

150 Jahre SPD-Geschichte liefern reichlich Stoff für historische Betrachtungen und Nacherzählungen. Sie liefern Anlass für anerkennende, teils überschwängliche Würdigungen, aber auch Material für kontroverse Deutungen und kritische Perspektiven. Ein Blick auf einige Neuerscheinungen zum Parteijubiläum zeigt, dass sich im allgemeinen Jubiläumsstolz und Geburtstagsrausch mancherorts auch Letzteres finden lässt.

Nachdem er im vergangenen Herbst bereits eine Überblicksdarstellung zur SPD-Geschichte vorgelegt hat, liefert Bernd Faulenbach nun erneut einen Beitrag zur Jubiläumsliteratur. Gemeinsam mit Andreas Helle hat er einen umfangreichen Sammelband herausgegeben, in dem 40 Autorinnen und Autoren, meist Mitglieder der Historischen Kommission beim Parteivorstand, die wechselhafte SPD-Geschichte in Einzelbeiträgen darstellen. Dabei geht es nicht um eine lückenlose Erzählung. Die Zusammenstellung nimmt vielmehr Lücken und eine gewissen Willkür bei der Auswahl in Kauf und versucht so, möglichst facettenreiche Eindrücke aus der Parteigeschichte zu vermitteln. Im Mittelpunkt jedes Beitrags stehen einzelne Ereignisse, Programme, Persönlichkeiten. In der Summe sollen sie einen Beitrag zur Beantwortung der Frage nach der sozialdemokratischen Identität leisten.

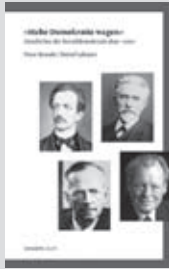
Dabei kommen trotz der Kürze der Beiträge auch kritische und ambivalente Einschätzungen zu Wort. So ist sowohl in Reinhard Rürups Aufsatz über den 9. November 1918 als auch in Walter Mühlhausens Beitrag über Friedrich Ebert von „Fehlentscheidungen mit teilweise fatalen Folgen“ und einer Politik „nicht frei von Fehlern und Fehleinschät-

zungen“ die Rede. Rürup zeichnet anschaulich die Versuche Philipp Scheidemanns nach, seine Rede zur Ausrufung der Republik in den Jahren der Weimarer Republik umzudeuten und in seinen Memoiren umzudichten.

Mühlhausen zeichnet ein Bild Eberts als unbeirrter Verfechter der Burgfriedenpolitik, Gegner der Revolution und Reichspräsident, eines auf seinen eigenen politischen Einfluss und seine Machtposition bedachten Politikers, der sich zunehmend von seiner Partei entfremdete und der bereit war, programmatische Ziele den Prämissen staatspolitischer Verantwortung unterzuordnen. Zweifellos würdigen beide Beiträge ihre Protagonisten auch in ihrem historisch bedeutenden Einsatz für eine demokratische Republik nach dem Sturz der Monarchie.

Ein deutlicher Gewinn dieser Aufsatzsammlung liegt darin, dass hier auch solche Ereignisse und Personen gewürdigt werden, die häufig abseits des parteihistorischen Mainstreams stehen. Dazu zählen sicherlich jene Aufsätze, die verschiedene sozialdemokratische Persönlichkeiten und Organisationen im Widerstand gegen Hitler vorstellen, sowie auch Faulenbachs biografischer Aufsatz über Jeanette Wolf.

Die aus Westfalen stammende Jüdin war in der Weimarer Republik als Vorkämpferin für die Rechte und Interessen von Frauen in Erscheinung getreten. Ihre Erfahrungen in den Konzentrationslagern der Nazis schilderte sie nach 1945 in ihren Erinnerungen. Sie bezog klar Stellung gegen die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der SBZ und gehörte ab 1952 als Berliner Abgeordnete dem Bundestag an. Ab 1965 war sie zudem zehn Jahre lang



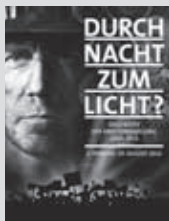
Peter Brandt / Detlef Lehnert:
„Mehr Demokratie wagen“.
 Geschichte der Sozialdemokratie 1830-2010
 Vorwärts Buch Verlag,
 Berlin 2013, 299 S.,
 20,00 Euro,
 ISBN 978-3-86602-092-4



Bernd Faulenbach / Andreas Helle (Hg.):
Menschen, Ideen, Wegmarken.
 Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie
 Vorwärts Buch Verlag,
 431 S., 35,00 Euro,
 ISBN 978-3-88602-210-2



Anja Kruke / Meik Woyke (Hg.):
Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung
 1848 – 1863 – 2013
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf.,
 Bonn 2012, 304 S.,
 29,90 Euro,
 ISBN 978-3-8012-0431-0



Technoseum Mannheim:
Durch Nacht zum Licht?
 Geschichte der Arbeiterbewegung 1863-2013.
 Technoseum Mannheim
 2013, 450 S., 20,00 Euro,
 ISBN 978-3-9808571-7-8



Franz Walter / Stine Marg:
Von der Emanzipation zur Meritokratie.
 Betrachtungen zur 150-jährigen Geschichte von Arbeiterbewegung, Linksintellektuellen und sozialer Demokratie.
 Vandenhoeck & Ruprecht,
 Göttingen 2013,
 160 S., 19,99 Euro,
 ISBN 978-3-525-38001-7

als erste Frau stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden. Gegen die Gefahr, in Vergessenheit zu geraten, ist auch Gisela Notz´ Beitrag über die sozialdemokratische Mutter des Grundgesetzes, Elisabeth Selbert, geschrieben.

Dietmar Süß widmet sich in seinem Beitrag der Juso-Entwicklung in den 1970er Jahren. Zwar ist darin immer wieder ein gewisses Unverständnis gegenüber der als weltfremd und selbstreferentiell dargestellten Theorieorientierung unüberlesbar. Dennoch fällt die rückblickende Bewertung dieses Abschnitts der Juso-Geschichte nicht einseitig kritisch aus. Unmissverständlich wird auch das „Element der Erneuerung und Revitalisierung“ in der Juso-Arbeit gewürdigt, das für die „alte Tante SPD“ zweifellos gewinnbringend war - und ist.

Sebastian Nawrat zeichnet in seinem Beitrag zur „Agenda 2010“ die seiner Meinung nach bis zum Anfang der 1990er Jahre zurückreichende Genese neoliberaler und angebotsorientierter Privatisierungs- und Konsolidierungstendenzen innerhalb der sozialdemokratischen Programmatik nach und widerspricht damit der These vom Überraschungscoup der Schröderschen Agenda-Politik.

Thematische Breite, Perspektivenvielfalt, das In-Erinnerung-Rufen von Personen und Ereignissen, die in der parteihistorischen Erinnerung in Vergessenheit zu geraten drohen und das Anklingen auch kritischer Töne machen den Sammelband zu einem insgesamt gewinnbringenden Beitrag unter den vielen Neuerscheinungen zum Parteijubiläum.

Dem Aufruf Dieter Doves in dem Sammelband Faulenbachs und Helles, mit der Parteigeschichtsschreibung bereits in den 1830er Jahren und nicht erst 1863 zu beginnen, folgen Peter Brandt und Detlef Lehnert in ihrer „Geschichte der Sozialdemokratie

1830-2010“. Frühsozialistische Positionen, die Organisation von Handwerkervereinen im europäischen Ausland und die revolutionären Ereignisse um 1848/49 werden hier als Ursprünge der deutschen Sozialdemokratie vor der offiziellen Parteigründung 1863 dargestellt.

Wie das Brandt-Motto im Titel „Mehr Demokratie wagen“ bereits verrät, wird die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hier v. a. als Demokratiebewegung dargestellt. Als zentrale Überlebensversicherung gilt den Autoren jedoch auch die Fähigkeit der Partei, ihr politisches und soziales Profil mehrfach grundlegend verändert und den jeweiligen historisch-politischen Gegebenheiten angepasst zu haben.

Besonders auffallend sticht dabei die Darstellung der rot-grünen Regierungsjahre zwischen 1998 und 2005 hervor. Die häufig bemängelte unkritische Würdigung tritt hier gegenüber einer meist klaren Kritik an innerparteilichen Entwicklungen, politischen Entscheidungen der Regierungspartei SPD sowie einzelnen ihrer Protagonisten zurück. Dabei liegt der Fokus auf den Abweichungen der Politikinhalt von einer klassisch sozialdemokratischen Programmatik.

Das Motiv der Bewegung wird auch in dem von Anja Kruke und Meik Woyke herausgegebenen Begleitband zur aktuellen FES-Wanderausstellung „Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung“ aufgegriffen. Die Einzelbeiträge stellen dabei nicht nur „Meilensteine“ der Parteientwicklung dar, sondern rücken auch zentrale Quellentexte, regelrecht zu Ikonen gewordene Bildquellen, klassische Texte, Liedgut sowie Filme der Arbeiterbewegung in den Mittelpunkt.

Stefan Berger verdeutlicht den Wandel der MSPD von marxistischen Positionen zur staatstragenden, angesichts der Revolution zu Ruhe und Ordnung mahnenden Partei an-

hand der „Vorwärts“-Ausgabe vom 10. November 1918. Andreas Biefang beschäftigt sich mit der verblüffenden Neigung der SPD zu Troika-Konstellationen von Brandt-Schmidt-Wehner über Scharping-Schröder-Lafontaine bis hin zu Steinbrück-Steinmeier-Gabriel. Benjamin Ziemann schildert Ulrich Becks „Risikogesellschaft“ als „Klassiker der Arbeiterbewegung“, indem er Parallelen zu Positionen des Berliner Grundsatzprogramms aufzeigt. Thomas Mergel zeichnet die Entwicklung der SPD-Wahlwerbepots von 1957, als ein Wahlwerbefilm noch 20 Minuten dauerte, bis heute nach. Nina Verheyen analysiert den Online-Auftritt der SPD und erkennt darin ein Anknüpfen an die Tradition der Debattierclubs der ersten Arbeitervereine Mitte des 19. Jahrhunderts.

Enttäuschend, weil im Gegensatz zur Darstellung bei Brandt und Lehnert weitgehend unkritisch, fällt die Betrachtung sozialdemokratischen Regierungshandelns nach 1998 aus. Edgar Wolfrum sieht Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Politik der „Agenda 2010“ eher bei der medialen Vermarktung als in den Politikinhalt selbst.

Dennoch machen die genannten Beispiele deutlich, wie der Band ein buntes, vielfältiges und facettenreiches Gesamtbild einer auch hier eher 165-jährigen als 150-jährigen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie entstehen lässt. Beatrix Bouvier spürt den Wurzeln der sozialdemokratischen Grundwerte sogar bis zur Französischen Revolution 1789 nach. Anschaulich und ansprechend ist die Aufmachung des Bandes. Zahlreiche Literaturhinweise laden zu einer vertieften Beschäftigung mit dem Geschilderten ein.

Als Entwicklung „Von der Emanzipation zur Meritokratie“ erscheint den Göttinger Parteienforschern Franz Walter und Stine Marg die SPD-Geschichte. Ihnen geht es, wie sie einleitend schreiben, in ihren „Betrachtungen zur 150-jährigen Geschichte von Arbeiterbewegung, Linksintellektuellen und sozialer De-

mokratie“ um charakteristische Züge der SPD-Geschichte und ihrer maßgeblichen Protagonistinnen und Protagonisten.

Die Essays sind überwiegend lebendige Porträts solcher Persönlichkeiten, die Walter und Marg als Parteiintellektuelle kennzeichnen. Pointiert und immer wieder kritisch werden Lassalle, Marx, Kautsky, Bernstein, Hilferding schlaglichtartig vorgestellt. Aber auch weniger präsenten Vordenkern wie Hermann Heller, Siegfried Marck, Leonard Nelson wird hier Platz eingeräumt.

Ob die Vorgestellten nun tatsächlich alle charakteristisch für die Entwicklung der Partei sind, mag zuweilen bezweifelt werden. Die amüsante Kontrastierung des Bonvivants und Liebhabers Lassalle mit seinen Nachfolgern im Vorsitzendenamt, Rudolf Scharping und Kurt Beck, lässt daran doch Zweifel aufkommen. Auch stellt sich die Frage, inwieweit die jeweils vertretenen Positionen tatsächlich für Kontinuität und Konsens in der Sozialdemokratie stehen. Besteht die Kontinuitätslinie von den biologistisch begründeten Positionen zur Bevölkerungs- und Zuwanderungspolitik der Schweden Myrdal oder der Briten Webb bis hin zu Thilo Sarrazin tatsächlich als unbestritten charakteristischer Zug der Sozialdemokratie? Unbestritten richtig ist zweifelsfrei, auch auf solch höchst problematische Debatten innerhalb der Sozialdemokratie zu schauen.

Eher kritisch schildern die Autoren auch die von ihnen beobachtete Akzentverschiebung in Bezug auf die Formulierung einer identitätsstiftenden Zukunftsperspektive. Der Sozialismus sei spätestens mit Eintritt der SPD in die bundesdeutsche Regierungsverantwortung durch das Aufstiegsversprechen der Meritokratie abgelöst worden. Die vor diesem Hintergrund eingeleiteten Bildungsreformen hätten zwar einen großen gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht, jedoch sei die Hinwendung zum meritokratischen Versprechen

auch auf Kosten der Unterscheidbarkeit der konkurrierenden Parteien gegangen.

Alarmierend sind die im Schlusskapitel dargestellten, jedoch bekannten Entwicklungen in Wählerschaft und Mitgliedschaft. Kritisiert werden Widersprüche zwischen Partizipationsrhetorik und tatsächlichem Handeln der Parteispitze. Als Paradebeispiel gilt hier die zurückliegende Kür des Kanzlerkandidaten. Eindeutig fällt auch der Appell zu einer stärkeren Mitgliederbeteiligung aus. Programmatische Positionen werden jedoch lediglich gestreift. Starke Flügel gelten Walter und Marg hingegen als Garanten einer breiten gesellschaftlichen Verankerung der Partei.

150 Jahre Sozialdemokratie nicht allein als Parteigeschichte zu begreifen, sondern ebenso auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung einzugehen – diesem Anspruch wird die besonders anschauliche Darstellung über 150 Jahre Arbeiterbewegung der aktuellen Mannheimer Ausstellung „Durch Nacht zum Licht?“ gerecht.

Eine Stärke des Katalogs ist sicherlich die Tatsache, dass er den Blick auch auf die Entwicklungen der Arbeiterbewegung in der DDR legt. Renate Hürtgen stellt dazu beispielhaft die Entwicklung des Streikgeschehens in der DDR zwischen gewerkschaftlicher Aufbruchsstimmung nach 1945, politisch erzwungenem Erliegen der Streiktradition und Neubelebung unabhängiger Gewerkschaftsinitiativen in den Jahren 1989/90 dar.

Die umfangreiche Dokumentation der Ausstellungsexponate wird im Katalog ergänzt um drei thematisch fokussierte Essays. Werner Plumpe charakterisiert das Verhältnis von Kapital und Arbeit in Deutschland zwischen Kaiserreich und Gegenwart. Frank Engelhausen zeichnet das ambivalente Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zum Staat zwischen Revolutionserwartung in

Opposition zum Klassenstaat und Reformen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung und verfassungsmäßiger Demokratisierung und Republikanisierung nach.

Aufmerken lassen dabei jedoch einzelne Verkürzungen in der Darstellung. So wäre zur Einordnung der Hinweis hilfreich gewesen, dass Hugo Haase zwar als Fraktionsvorsitzender 1914 die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten im Reichstag begründete, innerhalb der Fraktion jedoch zu den Gegnern dieser Haltung gehörte. Und die Gründung der USPD auch als Konsequenz der Revisionismusdebatte zu deuten, kann schon aufgrund der Tatsache, dass sowohl Kautsky als auch Bernstein sich ihr anschlossen, nicht unumstritten bleiben. Die Rolle der gespaltenen Sozialdemokratie in der Novemberrevolution 1918 bleibt weitgehend ausgespart bis auf Versuche, beide Parteien in der Frage des Rätekonzepts zu klassifizieren. Unerwähnt bleibt dabei, dass auch hier keineswegs ausnahmslos von einer Eindeutigkeit ausgegangen werden kann. Der Versuch einer vermittelnden Position zwischen Parlamentarismus und Räten des USPD-Mitglieds Kurt Eisner während seiner kurzen bayrischen Ministerpräsidentenschaft wäre hierfür ein Beispiel

Unverständlich bleibt auch, warum die Schilderung der Phase zwischen 1933 und 1945 gänzlich darauf verzichtet, auf die systematische Verfolgung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch den NS-Staat einzugehen, in dessen Folge schon bei der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 im Reichstag durch die SPD-Fraktion etliche SPD-Abgeordnete der Sitzung fernbleiben mussten, weil sie von Nazischergen verhaftet oder misshandelt worden waren. Auch dieses finstere Kapitel gehört zur Geschichte des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Staat.

Unverständlich sind diese Verkürzungen insbesondere im Vergleich zu den Begleittex-

ten des Dokumentationsteils des Katalogs, in denen Franz Jungbluth und Peter Steinbach sowohl die Ereignisse rund um 1918/19 als auch während des Nationalsozialismus deutlich differenzierter darstellen.

Besonders anregend beleuchtet hingegen Sylvia Schraut die Geschlechterverhältnisse in der deutschen Arbeiterbewegung zwischen „Nähe und Fremdheit“. Einerseits fand die Frauenbewegung innerhalb der Sozialdemokratie prominente, auch männliche Fürsprecher, allen voran August Bebel. Andererseits sprach sich der ADAV genauso gegen die Frauenfabrikarbeit aus wie der Eisenacher Gründungs- und der Gothaer Vereinigungs-parteitag. Von Marx war hingegen zeitgleich der Ausspruch überliefert: „Der gesellschaftliche Fortschritt lässt sich messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts“.

Über die Bedeutung freireligiöser Gemeinden innerhalb der Arbeiterbewegung, die in einer Art Annex der Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung angehängt ist, hätte man gerne mehr erfahren, um diesen neuen Aspekt besser einordnen zu können. ■

☞ Robert von Olberg studiert Politikwissenschaft und ist stellvertretender Vorsitzender der SPD Münster.

**Neuerscheinung:
Deutschland neu erfinden – Impulse für die
Neuausrichtung sozialdemokratischer In-
tegrationspolitik**

Im Wahljahr legt die Parlamentarische Linke, gemeinsam mit dem SPD-Landesverband Berlin das Buch „Deutschland neu erfinden – Impulse für die Neuausrichtung sozialdemokratischer Integrationspolitik“ vor. Damit signalisiert die SPD-Linke, dass sie die etwa 5-6 Mio. migrantisch geprägten Wählerinnen und Wähler ernst nimmt. Das Buch ist das erste seiner Art. Es bietet einen wissenschaftlichen und politisch-programmatischen Hauptbeitrag und viele Kommentierungen aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Perspektiven. Damit öffnet sich die SPD-Linke aktiv und sichtbar für Verbände und ihre Multiplikatorinnen, die an der Gestaltung der deutschen Einwanderungsgesellschaft mitarbeiten.

Daniela Kaya, die Hauptautorin, liefert das ABC sozialdemokratischer Integrationspolitik. Sie richtet den Blick nach vorn und zeigt auf, welche Wege progressive sozialdemokratische Politik weiter gehen muss, um die deutsche Einwanderungsgesellschaft zu gestalten. Sie dechiffriert dominante Integrationsdiskurse in Deutschland, reflektiert die Rolle der SPD hierin und unterbreitet zukunftsgeordnete Vorschläge. Anerkennung, Zugehörigkeit und Teilhabe bilden die Schlüsselbegriffe für eine linke

Integrationspolitik. Sie reformuliert das Aufstiegsversprechen der Sozialdemokratie und schließt Bindestrich-Deutsche ein. Daniela Kaya stellt die Kernfrage nach den Bedingungen des Deutschen und fordert ein klares politisches Bekenntnis zum pluralen Deutschland ein. Der rote Faden des Buches ist deutlich: Es geht in der Integrationspolitik primär um die soziale Frage.

Parteilinke im Aufwind? Strategische Perspektiven des spw-Zusammenhangs

spw-Frühjahrsworkshop, 24.-25. Mai 2013, Heimvolkshochschule Springe

Erstmals seit den 60er Jahren wird die SPD das Thema Gerechtigkeit in den Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung rücken. Die Wiederentdeckung der sozialen Frage ist eine Konsequenz der Umorientierung, die die Partei nach der für sie desaströsen Bundestagswahl 2009 in ihrer arbeitsmarkt-, sozial- und wirtschaftspolitischen Ausrichtung eingeleitet hat. Allerdings stehen diese Zugeständnisse der rechten Parteiströmung unter Vorbehalt. Zudem leidet die neue Linie unter einem personellen und programmatischen Glaubwürdigkeitsdefizit. So erschwert etwa der krampfhafteste Versuch ehemaliger Regierungsakteure, die Geschichte der Agenda 2010 weiterzuerzählen, die Rückgewinnung von Vertrauen in den Wählerklientelen. Darüber hinaus wird allein eine Besinnung auf linkszentristische bzw. linksliberale Projekte auf Dauer keine programmatische Antwort auf die Gleichzeitigkeit von ökonomischer, ökologischer und sozialer Krise des gegenwärtigen Kapitalismusmodells bieten. Im Jubiläumsjahr der Partei feiert unser Diskussionszusammenhang seinen 35. Geburtstag. Zeit zu beraten, wie sich spw und ihr Umfeld in der Auseinandersetzung der politischen Lager und zwischen der linken und rechten Parteiströmung strategisch aufstellen sollen.



Autor: Daniela Kaya
ISBN: 9783942972147
Verlag: Rotation Vorwärts Verlag

Programm

Freitag, 24.05.13

- 18.00 Uhr Anreise
Abendessen (für NachzüglerInnen gibt es in der Gaststätte ein Spätbüffet)
- 19.00 Uhr Begrüßung
- 19.10 - 21.00 Uhr **Die SPD-Linke vor der Bundestagswahl**
Kamingsgespräch mit Dr. Carsten Sie-ling, MdB und spw-Mitherausgeber

Samstag, 25.05.13

- 8.30 Uhr Frühstück
- 9.30 Uhr **Aufstiege und Krisen der SPD-Linken. Bedingungen der Hegemonie von rechten oder linken Strömungen**
Dr. Max Reinhardt, Autor des Buches *Aufstieg und Krise der SPD: Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei*, Baden Baden 2011.
Diskussion: Die strategische Aufstellung des spw-Zusammenhangs und Folgerungen für die Arbeitspraxis
- 12.30 - 13.30 Uhr Mittagessen
- 13.30 Uhr Mitgliederversammlung Verein z. Förderung v. Demokratie u. Völkerverständigung; Gesellschafterversammlung spw-Verlag GmbH
- 13.30 - 15.00 Uhr Fortsetzung der Strategiediskussion und Ergebnissicherung
- 15.00 Uhr Ende

Anmeldung:

Anmeldung **möglichst bis zum 13. Mai 2013** bitte an: redaktion@spw.de

Der Teilnahmebeitrag beträgt 30 Euro mit und 20 Euro ohne Übernachtung, und wird vor Ort eingesammelt. Mitglieder ohne Einkommen zahlen die Hälfte. Für Kinder **ab drei Jahren** steht eine Betreuung zur Verfügung (bitte anmelden).

Tagungsort: Die HVHS Springe ist mit ÖPNV bis zum Bahnhof Springe aus Richtung Hannover bis 21.55 Uhr im Halbstundentakt zu erreichen (Abfahrt *.25 Uhr und *.55 Uhr). Von der A 2 Abfahrt Lauenau, ca. 30 Min. bis HVHS Springe. Informationen zum Tagungsort gibt es unter www.hvhs-springe.de.

Der historische Machtwechsel in Baden-Württemberg – Ursachen und Bedeutung



Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg

Herausgegeben von Uwe Wagschal,
Ulrich Eith und Michael Wehner

2013, 272 S., brosch., 46,- €
ISBN 978-3-8487-0034-9

(*Vergleichende Analyse politischer
Systeme, Bd. 1*)

www.nomos-shop.de/20098

Was waren die Gründe für den Machtwechsel in Baden-Württemberg? Wie kann der Wahlausgang erklärt werden? Welche Rolle spielt das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21? Und was wurde im ersten Regierungsjahr politisch verändert?



Nomos

DL 21 Aktuell

Die **DL21-Frühjahrsagung** und Mitgliederversammlung am 23. März 2013 in Mainz war ein voller Erfolg. Über 100 TeilnehmerInnen kamen in den Erbacher Hof, um unter der Überschrift „150 Jahre SPD – als linke Volkspartei im Wahljahr 2013“ über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und den aktuellen SPD-Regierungsprogrammmentwurf zu diskutieren. Mit unseren Gästen Ulla Brede-Hoffmann, Dr. Max Reinhardt, Andrea Ypsilanti und Johanna Uekermann entwickelte sich am Vormittag eine lebhaftige Diskussion über die Geschichte und Zukunft der deutschen Sozialdemokratie. Am Nachmittag wurde zusammen mit unseren Mitgliedern ein Abgleich unserer DL21-Bausteine mit dem Regierungsprogrammmentwurf erstellt sowie mögliche Forderungen und Schwerpunkte für den Wahlprogrammparteitag in Augsburg erörtert.

In der Diskussion zum Regierungsprogramm und bei der anschließenden Mitgliederversammlung wurde wieder deutlich, dass die **DL21 ein wichtiger Impulsgeber für die inhaltliche Positionierung der Gesamtpartei** ist. Mit unseren Programmbausteinen haben wir erfolgreich wichtige Impulse für das Regierungsprogramm der SPD gesetzt. Die DL21 hat den Erneuerungsprozess, den sich die SPD seit 2009 verordnet hat, massiv unterstützt und beeinflusst. Viele unserer DL21-Forderungen und Schwerpunkte, die wir in den letzten Monaten erarbeitet und vertreten haben, finden sich im SPD-Regierungsprogramm wieder: Die beharrliche Arbeit der DL21 an den Programmbausteinen hat sich gelohnt. Das Regierungsprogramm beinhaltet Aussagen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die weit über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns gehen und u.a. auch wieder die Zumutbarkeit von Arbeit an die Zahlung von Tariflohn koppeln. Auch in der Antragskommission und auf dem **Parteitag in Augsburg** konnten wir wichtige Ergänzungen und Nachschärfungen erzielen. Hier konnte u.a. erreicht werden, dass die Forderung



nach einer „stärkeren Besteuerung hoher Vermögen in der EU“ nun im Regierungsprogramm verankert ist.

Die DL21 ist also gut aufgestellt – dies zeigt sich neben der inhaltlichen Arbeit auch an der **Zusammensetzung des neuen Vorstandes**: Hilde Mattheis MdB wurde mit 98,5 % als Vorsitzende bestätigt. Als Stellvertreter/innen wurden Daniela Kolbe MdB, Knut Lambertin, Matthias Miersch MdB und Nina Scheer gewählt. Als Beisitzer/innen wurden Sonja Elser, Michael Groß MdB, Dierk Hirschel, Christian Kleiminger, Christine Lambrecht MdB, Ülker Radziwill MdA, Mechthild Rawert MdB, Christian Schmitz, Ewald Schurer MdB, Joachim Schuster und Stefan Stache sowie Burkhard Zimmermann für den AK Frieden und als Koordinator der DL in den ostdeutschen Bundesländern gewählt bzw. bestätigt.

Die DL21 wird weiterhin selbstbewusst mit ihren Mitgliedern Inhalte und Positionen erarbeiten und diese in die Partei hinein und nach außen vertreten. Dabei sollte es eine Selbstverständlichkeit bleiben, dass sich die SPD-Linke durch Austausch und Unterstützung in der Sache gegenseitig stärkt. Wir leben von der Vielfalt und wir profitieren von der Vielfalt.

Denn **unser gemeinsames Ziel** ist und bleibt: mit einem guten linken Regierungsprogramm und einem überzeugenden Wahlkampf im Herbst die Möglichkeit einer Regierungsbildung zu haben um unser Land gerechter zu machen.

Auf unserer Homepage www.forum-dl21.de findet ihr einen ausführlichen Tagungsbericht, Impressionen von der Tagung, den neuen DL21-Vorstand in einer Bildergalerie sowie einen Bericht zum Bundesparteitag. ■

Fünf Fragen an... Uta Biermann



↳ Uta Biermann

Foto: privat

Zur Person: Dr. Uta M. Biermann, geb. 1964 in Gütersloh, Ausbildung als Köchin, Studium der Chemie in Bielefeld, Doktorarbeit am Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz, Doktorvater Paul Crutzen (Nobelpreisträger), Forschungsschwerpunkt: Entstehung und Wachstum des Ozonloches, Promotion 1988. Nach Forschungstätigkeit in Berlin-Adlershof dann Ende 2001 Wechsel zum SPD-Parteivorstand als Referentin für Umwelt- und Energiepolitik, Einstieg in die Kampa zur BTW 2002. Im Jahr 2008 Umzug nach Hannover und Tätigkeit zunächst als freiberufliche Beraterin. Anschließend Einstieg bei der „Wert.Arbeit. Gesellschaft für Arbeit, Chancengleichheit und Innovation“. Seit Mai 2012 Geschäftsführerin des SPD-Unterbezirks Region Hannover, derzeit Leiterin des OB-Wahlkampfes für Stefan Schostok. Seit 1985 Mitglied der SPD und bis 1996 aktiv bei den Jusos, u.a. in der Bundesfrauen-Kommission. Ehemaliges Mitglied der spw-Redaktion. 1998 Gründungsmitglied und seither Koordinatorin des Netzwerk Frauen-Zeiten, einem Netzwerk von Frauen aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften, die sich für eine gerechtere Stellung von Frauen insbesondere am Arbeitsmarkt einsetzen. Stichworte: „Doppelte Umverteilung“ von Zeit, Macht und Geld - von oben nach unten und von Männern zu Frauen! Uta Biermann ist verheiratet mit Michael Rüter, hat zwei Söhne (7 und 14 Jahre), und lebt in Hannover.

spw: Welche politischen Debatten haben Dich inhaltlich am meisten geprägt?

» **U.B.:** Politisch aktiv geworden bin ich in der Zeit der Anti-Atomkraft-Bewegung, der großen Friedens-Demos und von Ina Deter („Neue Männer braucht das Land!“). Dieses Koordinatensystem der großen Herausforderungen prägt mich bis heute. Natürlich habe ich mich bedingt durch mein Studium und die langjährige Klimafor-schung und –politik besonders an der Frage eines nachhaltigen Umgangs mit unseren (Energie-)Ressourcen auseinandergesetzt. Die Herausforderung, offensichtliche wissenschaftliche Erkenntnisse in politisches Handeln umzusetzen, ist ein Grund für meinen Wechsel in die Politik gewesen. Hier ist noch Platz nach oben offen! Das wird mich weiterhin antreiben.

spw: Gibt es Inhalte aus Deiner Juso-Zeit, die Dir auch heute noch wichtig sind?

» **U.B.:** Da sind einerseits die vielen, manchmal verbissenen, frauenpolitischen Diskurse. Wie schaffen wir Rahmenbedingungen in Schule und Studium, im Arbeitsleben und im Privaten, die sicherstellen, dass nicht das Geschlecht über die Chancen bestimmt. Dass stattdessen Interessen, Qualifikation und Engagement über die Beteiligungsmöglichkeiten und den Aufstieg bestimmen. Bei allem gleichstellungspolitischen Fortschritt sind wir hier nicht am Ziel. Nach wie vor gibt es kulturelle, ökonomische und rechtliche Barrieren. Insbesondere die Arbeitswelt lässt derzeit keine Chancengleichheit zu und birgt während der gesamten Erwerbsbiographie große Risiken und Ungerechtigkeiten für Frauen. Auch hier gilt: Die Wissenschaft hält eine Menge praktikabler Vorschläge bereit, allein für die Umsetzung fehlt Politik häufig die Kraft und/oder Mehrheit.

Wobei ich bei einem zweiten Punkt bin: Schon als Juso gehörte ich zu denen, die

Politik öffnen und mehr Beteiligung von allen Jugendlichen ermöglichen wollten. Wir alle wissen: Nur die guten Konzepte reichen nicht, wir brauchen gesellschaftliche Mehrheiten. Dazu müssen die Menschen unsere Politik verstehen, sich dafür begeistern können. Damit tun wir uns nach wie vor (zu) schwer.

spw: Du warst selbst Mitglied der spw-Redaktion. Welche Themen müsste eine linkssozialdemokratische Zeitschrift heute in den Mittelpunkt ihrer Diskussionen stellen?

» **U.B.:** Es sind weniger die Themen, es sind die Zugänge, an denen wir arbeiten müssen. Davon bin ich fest überzeugt. Inhaltlich sind wir ganz gut aufgestellt, aber wir erreichen zu wenige mit unseren Diskursen. Wir müssen neue Wege der „Ansprache“, der Übersetzung ins Alltagsleben und der politischen Bilder suchen, um einfach mehr Menschen einzubeziehen und klar zu machen, dass wir für ihre Interessen streiten. Mit Blick auf ein neues gleichstellungspolitisches Profil der SPD habe ich gemeinsam mit anderen Sozialdemokratinnen dazu Anfang letzten Jahres in der spw einen Aufschlag gemacht. Daran möchte ich gerne weiterarbeiten.

spw: Was glaubst Du sind organisationspolitisch die großen Herausforderungen für die SPD?

» **U.B.:** Es muss gelingen, Formen der Beteiligung und der Mitsprache für all die zu gewährleisten, die in ihrer aktuellen Lebenssituation nicht in die zeitaufwändigen Strukturen der Parteiarbeit vor Ort eingebunden sein können oder wollen. Die in Beruf und/oder Familie zeitlich stark eingebunden sind, Mobilität organisieren müssen oder parallel in anderen Initiativen oder Verbänden aktiv sein wollen.

Häufig gilt: Einmal raus, für immer raus. So verlieren wir viele sehr kompetente un-

serer MitstreiterInnen, die wir eigentlich dringend und gut gebrauchen könnten. Hier müssen neue Brücken in die Partei(-arbeit) organisiert werden. Unser Unterbezirk beteiligt sich am Innovationsfonds der Partei. Es geht nicht nur um Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch um die Vereinbarkeit von Politik und Privatem!

spw: Wie schätzt Du die Lage der politischen Linken in Deutschland insgesamt ein? Wer gehört dazu, und welche Akteure sind entscheidend?

» **U.B.:** Die Frage, wer zur politischen Linken gehört ist für mich eigentlich irrelevant. Ich mache Politik mit allen, die die Grundwerte der SPD teilen: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Und besonders gerne mit denen, die dabei im Blick haben, dass eine gerechte Beteiligung von Frauen untrennbar dazu gehört. ■

↳ Das Interview führte Thilo Scholle.



Neue Netze für neue Energie

Das Stromübertragungsnetz ist der Schlüssel zur erfolgreichen Gestaltung der Energiewende.

Wir bei 50Hertz sind Vorreiter bei der sicheren Integration der erneuerbaren Energien. Wir betreiben das Höchstspannungsnetz für mehr als 18 Millionen Menschen im Norden und Osten Deutschlands. Wir meinen es ernst mit unserer gesellschaftlichen Verantwortung,

Stromautobahnen gemäß den Klimazielen Deutschlands und Europas zu entwickeln. Mit der Inbetriebnahme der Nordleitung zwischen Schwerin und Hamburg sowie der Netzverstärkung mit Hochtemperaturleiterseilen in Thüringen haben wir 2012 wichtige Fortschritte gemacht. Weitere Projekte sind bereits auf gutem Weg.

Die Energiewende kommt voran!



Mehr unter www.50hertz.com


Energie für eine Welt in Bewegung

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Lucas Zeise
Euroland wird abgebrannt. Profiteure, Opfer, Alternativen
Neue Kleine Bibliothek 174
142 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-483-8,
Papyrossa Verlag

Ceren Türkmen
Migration und Regulierung
Einstiege Band 18
171 S., € 14,90, ISBN: 978-3-89691-684-6,
Westfälisches Dampfboot



Prämienpaket 2

Frank Deppe
Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute – Eine Einführung
Neue Kleine Bibliothek 184
148 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-497-5,
Papyrossa Verlag

Susanne Feustel / Jennifer Stange / Tom Strohschneider (Hrsg.)
Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen
160 Seiten, € 12,80, ISBN 978-3-89965-539-1,
VSA Verlag



Prämienpaket 3

Beat Ringer
Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus
mit einem Vorwort von Alex Demirović
218 Seiten, € 24,90, ISBN: 978-3-89691-875-8,
Westfälisches Dampfboot

Ulrich Brand / Bettina Lösch / Benjamin Opratko / Stefan Thimmel (Hrsg.)
ABC der Alternativen 2.0.
Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft
In Kooperation mit Wissenschaftlicher Beirat von Attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung und taz.
dietaleszeitung
352 Seiten, € 15,00, ISBN 978-3-89965-500-1,
VSA Verlag



Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____ Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.